

Die Arbeit

Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde

1928

HERAUSGEBER: THEODOR LEIPART, BERLIN
REDAKTEUR: LOTHAR ERDMANN, BERLIN

HEFT 5

Der Anteil des Menschen am Produktionseffekt.

Von Otto Lipmann.

Die Frage nach dem Anteil des Arbeiters am Produktionseffekt zerlegt sich in zwei Teilfragen:

- a) wie gross ist der Anteil des Arbeiters am Produktionseffekt?
- b) worin besteht der Anteil des Arbeiters am Produktionseffekt?

Die Grösse des Anteiles ist schon sehr verschieden in den einzelnen Industrien und den einzelnen Arbeitsprozessen einer Industrie. Vergleicht man etwa den Steinkohlen- und den Braunkohlenbergbau miteinander, so sieht man, dass im Braunkohlenbetriebe der Abbau sowohl des Abraumes wie der Braunkohle selbst fast ausschliesslich die Arbeit maschinell betriebener Bagger ist, hinter der die Tätigkeit der relativ wenigen in einem Braunkohlenbetriebe überhaupt noch anzutreffenden Arbeiter ganz zurücktritt. Ganz anders in einem Steinkohlenbergwerke, wo die Arbeit der Hauer noch immer, zum mindesten neben und an den maschinellen Abbau- und Fördereinrichtungen von entscheidender Bedeutung ist.

Ganz ähnlich liegt es, wenn man etwa in der Textilindustrie die Arbeit des Sortierens der Rohmaterialien, z. B. der Flächse, vergleicht mit der eigentlichen Arbeit des Spinnens.

Neben diesem Simultanvergleich ist ein Sukzessivvergleich anzustellen: wie ändert sich im Laufe der Zeit innerhalb einer und derselben Industrie die Grösse des Anteils der menschlichen Arbeitsleistung am Produktionseffekt? Wir brauchen hier nur an die Tatsache der fortschreitenden Technisierung und Maschinisierung zu erinnern, um zu erkennen, dass dieser Anteil ganz allgemein in rapidester Abnahme begriffen ist. Wie rapid in manchen Industrien diese Entwicklung vor sich geht, zeigt z. B. die Tatsache, dass im Steinkohlenbergbau des Ruhrgebietes im Jahre 1913 noch mindestens 95 Prozent der geförderten Kohle von Hand bzw. durch Schiessarbeit gefördert wurden, im Jahre 1925 nur noch 52 Prozent und im Jahre 1926 nur noch 33 Prozent. Die übrigbleibenden Anteile von zuerst 5 Prozent, dann 48 Prozent und zuletzt 67 Prozent haben Kohलगewinnungsmaschinen, nämlich die Abbauhämmer, Schrämmaschinen und Kohlschneider, mehr und mehr an sich gerissen.

Auf jeden Arbeiter kommen heute in Deutschland drei mechanisch erzeugte Pferdekräfte, d. h. die Kraft jedes Arbeiters ist um das 226fache gesteigert. Der



Maschine werden von Tag zu Tag neue Arbeiten und Handgriffe übertragen, die noch gestern als so kompliziert oder intelligent angesehen wurden, dass ein Ersatz des Menschen undenkbar erschien. Als die am höchsten entwickelten Maschinen erscheinen hier diejenigen der Textil- und der Buchdruckindustrie.

Wie sehr sogar ausgesprochene *Qualitätsarbeiten* auf Maschinen übertragen werden können, zeigt ein von Herrn *Giese* berichteter Fall, wonach für das Erkennen von Fehlern in Papieren mit Erfolg eine Selenzelle verwendet und dadurch die Zahl der in einem Betriebe damit befassten Arbeiter von 130 auf 0 herabgesetzt werden konnte. Ein Querschnitt, den man heute durch eine Industrie unter dem Gesichtspunkte zieht, welchen Anteil am Produktionseffekt der Arbeiter noch hat, ist wegen der rapide fortschreitenden Technik morgen schon überholt; das Verhältnis zwischen den einzelnen Unternehmungen einer und derselben Industrie verschiebt sich dauernd, weil nur die kapitalkräftigsten Unternehmungen sich stets die neuesten Errungenschaften der Technik zu eigen machen können; daher ist die Konkurrenzfähigkeit der kleineren und kapitalschwächeren Betriebe ständig bedroht, und damit ist auch die fortschreitende Industrialisierung des Handwerks prädestiniert; ich erinnere an die Entwicklung des Schuhmacherhandwerks zur Schuhindustrie.

Aber es sind nicht nur die verschiedenen Grade der Technisierung, welche Gradunterschiede des Anteils des Menschen am Produktionseffekt bedingen; zum Teil sind solche Unterschiede auch durch die Natur der Arbeitsprozesse bedingt. Arbeitet der Bergmann in einem günstigen Flöz, so ist der Produktionseffekt um ein Vielfaches grösser, als wenn er auf eine Verwerfung stösst und nun bei gleichem oder sogar vermehrtem Arbeitsaufwand einen viel geringeren Produktionseffekt erzielt, soweit dieser an der Grösse des geförderten Kohlenquantums messbar ist. Für viele Industrien, in denen der Produktionseffekt erheblich von der Qualität des zu bearbeitenden Stoffes oder dem regelmässigen Gange der Maschinen abhängt, ist es sogar charakteristisch, dass der Arbeitsaufwand um so *grösser* ist, je häufiger und intensiver Störungen auftreten, die wiederum die Grösse des Produktionseffektes *vermindern*.

Die Qualität des zu bearbeitenden Stoffes kann bedingt sein:

- a) durch die *Natur*, wie im Steinkohlenbergbau, oder
- b) durch die *Konjunktur*, wie in der Textilindustrie, wenn zeitweise minderwertige Rohstoffe verarbeitet werden müssen, oder wie in der Eisenhüttenindustrie, wo die Marktpreise des Schrotts eine ausschlaggebende Rolle für die Zusammensetzung der Möllung und damit des Produktionseffektes spielen, wie endlich
- c) auch, wenn es sich um die Weiterverarbeitung von *Vorprodukten* handelt, vom Arbeitsaufwande der das Vorprodukt liefernden Arbeiter — so z. B. in der Spinnerei und Weberei.

Wir stellen hier bereits fest, dass das *Quantum* des Produktionseffektes häufig kein eindeutiger Massstab für den Arbeitsaufwand des an dieser Produktion beteiligten Arbeiters ist, und dass unter Umständen nach anderen Massstäben

gesucht werden muss. Aber wir stellen diese Frage des Massstabes vorläufig zurück, um sie später eingehender zu behandeln.

Was uns hier zunächst interessiert, ist die arbeitswissenschaftliche Bedeutung jener beiden Tatsachen, dass die Grösse des Anteils der menschlichen Arbeit am Produktionseffekt in *vielen* Industrien schon heute sehr gering ist, und dass sie in *allen* Industrien in ständiger Abnahme begriffen ist.

Diese Tatsache ist von Bedeutung für alle diejenigen arbeitswissenschaftlichen Probleme, die es mit dem Arbeitsleistungsaufwande des Arbeiters als einer veränderlichen Grösse und mit den Bedingungen ihrer Veränderlichkeit zu tun haben, sei es, dass die Intervariation dieses Faktors und seine Abhängigkeit von Eignung, Alter, Geschlecht, Berufserfahrung und dergleichen in Frage kommt, sei es, dass es sich um die Intravariation handelt, d. h. um die Abhängigkeit des Arbeitsleistungsaufwandes von der jeweiligen subjektiven und objektiven Leistungsbereitschaft des Arbeiters, d. h. seinem Arbeitswillen und seiner Leistungsfähigkeit, die wiederum beeinflusst sind oder sein können u. a. von den Lohn- und den Arbeitszeitverhältnissen.

Näheres über die grundsätzliche Bedeutung der Mechanisierung für das Arbeitszeit- und das Lohnproblem sei hier nicht ausgeführt.

Nur auf eine unter dem Gesichtspunkte der Sozialpolitik notwendige Folgerung für das Arbeitszeit- und das Lohnproblem will ich kurz hinweisen. Es hat keinen Zweck, über die aus der fortschreitenden Mechanisierung erwachsende Entseelung der Arbeit, die Tatsache, dass der Arbeiter seiner Arbeit innerlich mehr und mehr entfremdet wird, zu klagen oder diesen Prozess aufhalten zu wollen, der naturnotwendig mit der Tatsache der Industrialisierung zusammenhängt und sich nur umkehren liesse, wenn man überhaupt die Entwicklung des Handwerks zur Industrie wieder in ihr Gegenteil umkehren wollte. Nicht für die Gestaltung der Arbeit selbst also gilt es, die Konsequenzen aus der Erkenntnis dieser Entwicklungstendenz zu ziehen.

Wohl aber muss aus den verschiedensten Gründen die Einführung jeder neuen, Arbeiter ersparenden Maschine oder Arbeitsweise begleitet oder unmittelbar gefolgt sein von einer Verkürzung der Arbeitszeit und einer Erhöhung (zum mindesten aber keiner Verkürzung) der Reallöhne. Auf eine Diskussion dieser Gründe kann ich hier nicht eingehen; ich erwähne sie nur schlagwortartig: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Vermehrung der Konsumentenkreise, Erhöhung der Kaufkraft, Gutwilligkeit der Arbeiter gegenüber allen Rationalisierungsbestrebungen.

Aber auch für das spezielle Teilgebiet der Arbeitswissenschaft, das der *Zuordnung zwischen Arbeitern und Arbeiten* auf Grund wissenschaftlicher Verfahrensweisen und das der Arbeitsorganisation, sind diese Gesichtspunkte von ausschlaggebender Bedeutung. Man muss sich fragen, für welche Industrien und Arbeiten es sich überhaupt noch lohnt, umständliche Verfahrensweisen der Zuordnung anzuwenden, wenn für viele Arbeiten entweder schon heute der Einfluss des Arbeiters auf den Produktionseffekt nur noch gering ist, und wenn zweitens aller Voraussicht nach dieser Einfluss morgen noch geringer sein wird. Lohnt es

noch, umständliche Verfahrensweisen für die Eignungsprüfung von Telephonistinnen auszuarbeiten und anzuwenden, wenn doch aller Voraussicht nach der Fernsprechbetrieb in wenigen Jahren allenthalben automatisiert sein wird?

Für eine ökonomische und rationelle Bearbeitung des Zuordnungsproblems ist es notwendig, eine Liste und Rangordnung der Industrien und Arbeiten aufzustellen, in der jede Arbeit charakterisiert ist

1. durch ihren Bedarf an Arbeitern;
2. durch den Anteil, den der Arbeiter am Produktionseffekt hat.

Die Antwort auf diese letzte Frage ist nicht vom grünen Tisch aus zu gewinnen. Als objektive Kriterien können insbesondere Aufstellungen darüber dienen, ob und in welchem Masse der Produktionseffekt sich ändert, wenn — *ceteris paribus* — ein und derselbe Arbeiter während längerer Zeit für diesen Produktionseffekt „verantwortlich“ ist, und wenn gleichzeitig verschiedene Arbeiter an gleichen Produktionsprozessen beschäftigt sind. Mit anderen Worten:

Wie ist das Verhältnis der durch Inter- oder Intravariation der *Arbeiter* bedingten Änderung des Produktionseffektes zu den durch Verschiedenheiten der Rohmaterialien, des ungestörten Verlaufes der Arbeitsprozesse usw. bedingten Änderungen des Produktionseffektes? Das *Zuordnungsproblem* ist nur da *relevant*, wo der Arbeiter neben den anderen Faktoren ausschlaggebende Bedeutung hat, das *Rationalisierungsproblem* wird da relevant, wo die anderen Faktoren sich als relevant erweisen.

Für eine Arbeit, bei der sich herausstellt, dass monatelang die Leistungen verschiedener Arbeiter, gemessen am Produktionseffekt, gar nicht oder nur wenig voneinander verschieden sind, oder bei denen etwaige durch Leistungsänderungen verursachte Schwankungen des Produktionseffektes durch solche überdeckt werden, die durch äussere Verschiedenheiten, z. B. auch die Verschiedenheiten der herzustellenden Ware (wie bei manchen Arbeiten der metallverarbeitenden und der Textilindustrie) bedingt sind, mit anderen Worten da, wo die Leistungsfähigkeit des Arbeiters am Produktionseffekt nicht mehr in die Erscheinung tritt, hat es keinen Zweck, Zuordnungen zwischen Arbeiter und Arbeit vorzunehmen. Wohl aber kann und soll hier die Arbeits- und Betriebsorganisation darauf gerichtet sein, den Produktionseffekt von äusseren Störungen (zeitweiser Materialmangel, Störungen im Gange der Maschine, Preisschwankungen der Rohmaterialien, häufige Umstellung der Produktion) möglichst unabhängig zu machen. Nur da, wo sich andererseits herausstellt, dass die, verschiedenen Arbeitern zuzuordnenden Produktionseffekte immer eine der Richtung nach gleiche Differenz aufweisen, derart, dass diese Differenz nicht auf zufällige Verschiedenheiten in den zu bearbeitenden Rohmaterialien, im Gange der zu bedienenden Maschinen usw. zurückzuführen ist, hat das Zuordnungsproblem beim gegenwärtigen Stande der Dinge noch eine Daseinsberechtigung, wenn man nicht auch hier der allgemeinen Entwicklungstendenz entsprechend den Versuch machen kann und will, durch weitergehende Mechanisierung des Arbeitsprozesses oder durch Verbesserung der *sachlichen* Arbeitsbedingungen dem Menschen die Verantwortung für

den Produktionseffekt abzunehmen und ihn auf einen mehr oder weniger automatisch ablaufenden Mechanismus zu übertragen.

Wenn beispielsweise die Leistung einiger Arbeiter eines Betriebes in hohem Masse von der Güte der Beleuchtung abhängt, so kann man entweder auf Grund einer Auslese nur solche Arbeiter für diese Arbeit heranziehen, deren Augen auch bei mangelhafter Beleuchtung noch genügend leistungsfähig sind, oder — man kann die Beleuchtung so verbessern, dass sie nunmehr für *alle* Arbeiter genügt.

So krass wie in diesem Falle liegen die Dinge freilich nicht immer; aber sie liegen doch in sehr viel zahlreicheren Fällen, als man zunächst annehmen möchte, so, dass man verhältnismässig leicht eine Arbeit, die bisher hochqualifizierte und sorgfältig auszulesende Arbeiter erfordert hat, so umgestalten kann, dass sie nun quasi von jedem Arbeiter verrichtet werden kann.

Welcher dieser beiden möglichen Wege gewählt wird, ist meistens eine reine *Rentabilitätsfrage*, fällt also aus dem Bereiche der *Arbeitswissenschaft* heraus und in den Bereich der *Betriebswissenschaft*. Die Arbeitswissenschaft hat sich darauf zu beschränken, diese beiden Wege bzw. nur den einen von ihnen als *möglich* nachzuweisen.

Mit dieser fortschreitenden Mechanisierung ändert sich nicht nur die Grösse des *Anteiles* der menschlichen Arbeitsleistung am Produktionseffekt, sondern in einer noch viel mehr in die Augen fallenden Weise *die Art und Weise*, in der der Mensch auf den Produktionseffekt einzuwirken vermag. Wenn man beabsichtigt, Leistungsfähigkeit oder Arbeitsaufwand einerseits und Produktionseffekt andererseits in Beziehung zueinander zu setzen, das eine am anderen zu messen, so muss man immer mehr darauf verzichten, den Produktionseffekt durch eine Masszahl charakterisieren zu wollen, welche die *Menge* des in der Zeiteinheit gelieferten Produktes darstellt. Dasselbe gilt überall da, wo die Menge des Produktes von Natur- oder sonstigen äusseren Bedingungen abhängt. Man wird zwar ohne weiteres erkennen, dass es unsinnig wäre, den Arbeitsleistungsaufwand eines Fördermaschinisten an der Menge der geförderten Kohle messen zu wollen. Aber überall da, wo noch eine unmittelbare Berührung des Arbeiters mit dem Arbeitsprodukt stattfindet, ist man leicht geneigt, die Intimität dieser Beziehung zu überschätzen. Der Baggerführer in einem Braunkohlenbergwerk hat direkt nur mehr Einfluss auf den ungestörten Lauf des Baggers, in gewissem Masse also auf die Vermeidung und auf die Schnelligkeit der Beseitigung von Störungen, in nur verhältnismässig geringem Masse und nur indirekt aber auf die Menge der durch den Bagger geförderten Braunkohle. Seine Leistungsfähigkeit ist im höchsten Masse dann angespannt und kommt am besten zur Geltung in solchen Momenten, in denen der Bagger wegen irgendwelcher Störungen *keine* Kohle fördert.

Für die Arbeitswissenschaft und insbesondere auch für das Zuordnungsproblem ist es von grösster Bedeutung, ein System der Berufe und der einzelnen beruflichen Arbeiten zu gewinnen, in dem diese danach geordnet sind, in welchen Symptomen der Arbeitsleistungsaufwand oder die grössere oder geringere Leistungsfähigkeit zum Ausdruck gelangen kann. Solche Symptome sind:

1. die Schnelligkeit des selbstgewählten Tempos bei der Verrichtung von Arbeitsaufgaben;
2. die Schnelligkeit des von aussen her gegebenen Tempos, dem der Arbeiter zu folgen vermag, bzw. die Anzahl der Maschinenelemente (z. B. Spindeln) oder Maschinen (z. B. Webstühle), die der Arbeiter zu bedienen vermag.
Hierbei ist wieder noch zu unterscheiden, ob die Frage der Leistungsfähigkeit der Arbeiter im Sinne einer *Alternativfrage* auftritt, wie bei der Fliessarbeit — der Arbeiter kann dem Tempo des laufenden Bandes folgen oder nicht, tertium non datur —, oder ob durch ein zu rasches Tempo, durch eine zu grosse Zahl der zu versiehenden Maschinen usw. eine qualitative Verschlechterung der Arbeit eintritt.
3. die Vermeidung von Fehlern im Ablauf des Arbeitsprozesses; solche „Fehler“ können sich geltend machen:
 - a) in der Gefährdung des Arbeitsablaufes, z. B. des Ganges der Maschinen,
 - b) in Fehlern des Produktes, z. B. Webfehlern, oder
 - c) in den Gefährdungen der eigenen Person oder anderer Personen, d. h. in Unfällen;
4. die Schnelligkeit und Zweckmässigkeit der Reaktion, mit deren Hilfe Störungen beseitigt werden, wobei es sich wiederum um Störungen in der Art des Materials oder des Maschinenlaufes, z. B. das Wiederanknüpfen abgerissener Fäden beim Spinnen oder Weben, wie auch um das Reagieren auf Unfallgefahren (Chauffeur) handeln kann;
5. die Qualität der Arbeit im engeren Sinne des Wortes, wie im höchsten Masse, z. B. bei der Herstellung kunstgewerblicher Erzeugnisse, die nicht mehr an der Fehlerzahl messbar ist, d. h. also nicht mehr an Abweichungen des Produktes von einem Normalprodukt nach *unten*, sondern gewissermassen an derartigen Abweichungen nach *oben*.

In je höherem Grade der Produktionseffekt vom Arbeiter unabhängig ist, in desto geringerem Masse kann auch der Arbeitsleistungsaufwand des Arbeiters am Produktionseffekt überhaupt noch in Erscheinung treten, oder, wenn er in Erscheinung tritt, desto mehr treten die zuletzt genannten Symptome der Leistungsfähigkeit an die Stelle der zuerst genannten, und in desto höherem Masse ist an diesen, d. h. an der *Qualität* der Arbeit, und nicht an jenen quantitativen Massstäben die Eignung eines Menschen für diese oder jene Arbeit zu bemessen.

Ist die Produktionsmenge im wesentlichen durch das — nicht vom Arbeiter selbst regulierbare — Tempo einer Maschine bestimmt, so kann die Arbeitsleistung des Arbeiters, die wiederum zum Teil von seiner Eignung abhängen kann, nur noch damit in Beziehung gesetzt werden, wie der von ihm erzielte „praktische Nutzeffekt“ von dem durch die volle Ausnützung der Maschine bestimmten theoretischen Nutzeffekt abweicht. In diesem theoretischen Nutzeffekt sind dann ferner etwaige durch Material und Produkt bestimmte und je nach Material und Produkt verschiedene „normale“ Stillstandszeiten der Maschine einzukalkulieren, wie z. B. in der Spinnerei und Weberei die Stillstandszeiten, die unumgänglich erforderlich sind für das Auswechseln der Spulen und der Schützen, für unvermeidbares Abreissen von Fäden u. dgl.

Insofern, als ferner eine *qualitativ* hochwertige Arbeit, d. h. das Vermeiden und das rasche Beseitigen von Fehlern und Störungen im allgemeinen höhere

Funktionen beansprucht als eine Tätigkeit, die nur Schnelligkeit oder Kraft der Verrichtung erfordert, so zeigt sich, dass die fortschreitende Mechanisierung, die auf der einen Seite das Gros der Arbeiter entweder ganz überflüssig macht oder quasi zu Maschinenelementen degradiert, auf der anderen Seite auch immer höher qualifizierte Facharbeiter erfordert. Das Zuordnungsproblem, von dem wir früher gesehen haben, dass es infolge der Mechanisierung an Bedeutung *verliert, gewinnt* somit eine neue und noch höhere Bedeutung; aber es wird wieder in die Betriebe hineinverlegt, und während man heute noch die Eignung für eine Arbeit *vor* dem Eintritt in den Beruf festzustellen sucht, gestattet es dieser neue Aspekt, dass der Betrieb *sich selbst* aus dem Gros der unqualifizierten Arbeiter die für einige wenige hochwertige Arbeiten erforderlichen Hochqualifizierten ausliest.

Ich möchte nicht schliessen, ohne den fortschreitenden Mechanisierungsprozess mit einigen Worten auch vom Standpunkte der *Arbeitspsychologie* aus zu beleuchten. Die Änderung der Arbeitsprozesse und ihre fortschreitende Mechanisierung müssen die Stellung des Arbeiters zu seinem Berufe und zu seiner Arbeit von Grund aus verändern, zunächst schon rein äusserlich, wofür vielleicht das Beispiel des Bergmannes am charakteristischsten ist: Noch vor wenigen Jahren war die Arbeit des Bergmannes charakterisiert durch Einsamkeit, Dunkelheit und Stille. Heute arbeitet der Bergmann in grösseren Kameradschaften und Kolonnen, auch sein Verdienst ist nicht mehr durch seine eigene Leistung allein, sondern durch die seiner Kameraden mitbestimmt; der Ort ist, wenn nicht elektrisch, so doch jedenfalls nicht nur durch die eigene Lampe des Bergmannes beleuchtet, und die nur durch die eigene Hacke des Bergmannes unterbrochene Stille ist abgelöst durch den tobenden Lärm der Schrämmaschinen und Schüttelrutschen. Der Berg, den der Bergmann früher als seinen Freund bezeichnete, weil er ihn warnte, wenn Gefahr drohte, kann heute den Lärm der Maschinen nicht mehr übertönen, und so ist auch das Freundschaftsverhältnis zwischen Berg und Bergmann zerstört.

Ganz allgemein können wir feststellen, dass durch die Zwischenschaltung der Maschine oder mechanischer Prozesse zwischen Arbeiter und Werk die intime Beziehung zwischen beiden gelockert ist. Dass dem Gros der Arbeiter damit die direkte Freude am Werke verlorengehen muss, ist eine unaufhaltsame Folge der fortschreitenden Technik, die man nur aufhalten könnte, indem man den Fortschritt der Technik selbst aufhielte. Diesem Verluste an direktem Ansporn zur Arbeitsfreudigkeit muss eine diesen Verhältnissen Rechnung tragende Betriebs- und Arbeitsorganisation dadurch Rechnung tragen, dass sie den direkten Ansporn durch indirekte Stimulantien ersetzt, von denen ich hier nur eine, in näherer Beziehung zu unserem Thema stehende nennen möchte: die Möglichkeit des Aufrückens in hochqualifizierte und verantwortliche Stellungen.

Jedoch möchte ich davor warnen, die durch die Mechanisierung verursachten Veränderungen der von dem Gros der Arbeiter zu verrichtenden Arbeiten damit charakterisieren zu wollen, dass man sagt, die Arbeit werde „monotoner“. Monotonie ist kein Kennzeichen einer Arbeit, sondern man kann nur sagen:

gewisse, sich ständig wiederholende Arbeitsprozesse *können* auf *gewisse* Arbeiter monoton wirken, d. h. Müdigkeit, d. i. Herabsetzung des Arbeitswillens, der subjektiven Leistungsbereitschaft, erzeugen.

Ausserlich als einförmig erscheinende Arbeiten sind für sehr viele Arbeiter durchaus nicht monoton, weil diese Arbeiter es verstehen, der Arbeit interessante Seite abzugewinnen, die derjenige, der die Arbeit nur von *ausen* betrachtet, gar nicht entdecken kann. Kleine Veränderungen des Rohmaterials, der Art, wie es sich greifen lässt, das Tempo der Verarbeitung usw. können den Arbeiter unter Umständen aufs höchste interessieren.

Selbst solche Arbeiten, die für einen Arbeiter ausgesprochen monoton sind, brauchen für ihn deshalb noch nicht unangenehm zu sein. Viele Arbeiter ziehen einförmige Arbeiten gerade deshalb vor, weil sie dabei nicht gezwungen sind, an die Arbeit zu denken, und weil sie bei der Arbeit träumen oder an familiäre, gewerkschaftliche und sonstige Dinge denken können und ihre Aufmerksamkeit durch die sich „von selbst“ vollziehende, mechanisierte Arbeit nicht beansprucht ist.

Allerdings gilt das nicht von *allen* sogenannten einförmigen Arbeiten, z. B. nicht von solchen Arbeiten, wie derjenigen eines Buchhalters, die trotz ihrer Gleichförmigkeit ständige Aufmerksamkeit beanspruchen. Noch unangenehmer für den monotoneempfindlichen Arbeiter sind solche Tätigkeiten, bei denen in unvorhersehbaren Zeitpunkten plötzlich besondere Gefahrmomente auftauchen können, auf die in bestimmter Weise reagiert werden muss (Schalttafelwärter). Um diese Gefahrmomente nicht zu verpassen, muss der Arbeiter *ständig* seine Aufmerksamkeit auf den im übrigen ganz gleichförmig verlaufenden Arbeitsprozess gerichtet halten.

Wenn eine Arbeit einen Arbeiter gleichzeitig geistig beansprucht und langweilt, so leidet unter der bald eintretenden Müdigkeit das Tempo oder die *Quantität* der Arbeit, wenn der Arbeiter das Tempo selbst regulieren kann, oder die *Qualität* der Arbeit (oder es vermehrt sich die Unfallgefahr), wenn der Arbeiter an ein festes Tempo gebunden ist. Die Stellung des Arbeiters zu seiner Arbeit ist also durchaus ein Merkmal seiner *Eignung* für diese Arbeit; aber ob diese Stellungnahme sich eruieren lässt, *bevor* der Arbeiter diese Arbeit lange Zeit ausgeübt hat, ist mir zweifelhaft: man kann mit einer Arbeit, wenn man sie lange ausübt, durchaus verwachsen, man kann sie aus inneren oder äusseren Gründen schliesslich gern haben, nachdem man sich zuerst voll Abscheu von ihr gewandt hat.

Auch der fortschreitende Mechanisierungsprozess also hebt das Eignungsproblem nicht ganz auf; aber die durch die Mechanisierung bedingten Verschiebungen der Problemstellung sollte man scharf ins Auge fassen, Verschiebungen, die darin bestehen, dass

1. für gewisse Tätigkeiten die Eignung nicht schon *vor*, sondern erst *in* der Berufsausübung erkannt werden kann;
2. die grössere oder geringere Eignung für gewisse Tätigkeiten immer weniger an der *Grösse* des Produktionseffektes direkt, sondern nur an *anderen* Kriterien messbar ist.

Um zu einem System der Eignungsforschung zu gelangen, ist zweierlei notwendig:

1. eine Klassifikation der einzelnen Berufsarten danach, welche Relevanz die Eignung des Arbeiters für den Produktionseffekt hat;
2. ein System der beruflichen Arbeiten danach, an welchen Kriterien die grössere oder geringere Eignung der Arbeiter in Erscheinung treten kann.

* * *

Die 4. Internationale Konferenz für Psychotechnik, die im Oktober 1927 in Paris abgehalten wurde, hat mich auf meinen Antrag mit der Organisation einer internationalen Untersuchung beauftragt, die der Aufklärung der folgenden Fragen dienen soll:

1. Welche Rolle spielt bei den verschiedenen industriellen Arbeitsprozessen neben den anderen Faktoren, die den *Produktionseffekt* bedingen, die menschliche Arbeitsleistung?
 - a) Wie *gross* ist die durch Änderungen des Arbeitsleistungsfaktors bewirkte Änderung des *Produktionseffektes*?
 - b) An welchen *Symptomen* des Produktionseffektes können Änderungen des Arbeitsleistungsfaktors in Erscheinung treten?
2. Welche Rolle spielt bei den verschiedenen industriellen Arbeitsprozessen unter den die *Arbeitsleistung* beeinflussenden Faktoren die Berufs- oder Arbeitseignung des Arbeiters?
 - a) Wie *gross* ist die durch verschiedene Eignung des Arbeiters bewirkte Verschiedenheit des Arbeitsleistungseffektes?
 - b) An welchen *Symptomen* des Arbeitsleistungseffektes können verschiedene Grade oder Arten der Berufseignung des Arbeiters in die Erscheinung treten?

Grundsätzliche Betrachtungen zur Arbeitsrationalisierung in der Landwirtschaft.

Von Kurt Lomberg

I.

Bevor wir die landwirtschaftliche Arbeitsrationalisierung im Rahmen des Gesamtfortschritts betrachten, müssen wir die landwirtschaftlichen Unternehmungen in zwei verschiedene Teile zerlegen. Wir müssen unterscheiden erstens zwischen der führenden Landwirtschaft, dem rationell eingestellten Betriebe, der seine Betriebsmassnahmen von rechnungsmässigen Erwägungen abhängig macht, und zweitens dem übrigen Teil, der diese Erwägungen nicht kennt, also mehr oder weniger planlos wirtschaftet. Die erste Gruppe setzt sich aus allen Betriebsgrössen zusammen, wenn auch der Gross- und Mittelbetrieb hierin bei weitem das Übergewicht hat. Dieser erste Teil verhält sich bei wirtschaftlichen Erwägungen genau so wie die Industrie und wird den jeweils „wichtigsten“ Fortschritt bevorzugen. Jedoch muss man hierbei eine gewisse Einschränkung machen, insofern die Anwendung von Fortschritten der landwirtschaftlichen Technik nicht eine freiwillige ist, die auf der Einsicht der Landwirte

in ihrem Nutzen beruht, sondern es stellt lediglich die Einbeziehung der deutschen Landwirtschaft in den Weltmarkt mit den hierdurch bedingten niedrigeren Produktpreisen den *Druckpunkt* auf dem Wege zur Rationalisierung dar. Ein ökonomischer Zwang zur Verbesserung der Landwirtschaftstechnik in einer geschlossenen Volkswirtschaft existiert nicht.

In dem Bestreben, das Unternehmen rentabler zu gestalten, bestand vor dem Kriege allgemein das grösste Interesse für technische Errungenschaften bei der Anwendung von künstlichem Dünger, Meliorationsanlagen, Nutzbarmachung der Elektrizität. Diese kapitalzehrenden Neuerungen konnten damals auf der Grundlage der Rentabilität die Produktion zu höheren Leistungen bringen. *Warum können dieselben das heute nicht mehr im gleichen Masse?* Wir können doch wohl kaum annehmen, dass diese Fortschritte schon überall zu Selbstverständlichkeiten geworden sind. Nein, in diesem Fall müssen wir die andere Annahme geltend machen, dass diese Neuerungen sich nicht auswirken können. Der landwirtschaftliche Unternehmer ist heute eben durch den allgemeinen Kapitalmangel und den hierdurch bedingten, für die Landwirtschaft untragbaren Zinsfuss *in seinen Handlungen gebunden*. Er kann, wenn er wirtschaftlich vernünftig handeln soll, diese kapitalzehrenden Betriebsmassnahmen in grossem Masse nicht durchführen.

In diesem Stadium der *Betriebsgebundenheit* muss er sich auf die *innere Ausgestaltung* des Betriebes besinnen, auch in demselben Sinne wie die „Filiation der industriellen Unternehmung“. Er wird den bestehenden Betrieb einer kritischen Revision unterziehen und wird feststellen, wo und wie an Aufwand gespart werden kann. Bei der Auswahl der kapitalsparenden Massnahmen wird er sich natürlich auch vom ökonomischen Prinzip leiten lassen und da beginnen, wo der grösste Erfolg liegt. Es ist eine feststehende Tatsache, dass *Krisen den Landwirt für Betriebsverbesserungen recht empfänglich* machen. Die heutige Krise unterscheidet sich dadurch von ihren Vorgängern im verflossenen Jahrhundert, als heute zum Unterschied von damals für den Landwirt *nicht mehr die Möglichkeit besteht, sich auf eine extensivere Produktionsbasis zurückzuziehen*. Mit dem Anschluss an die Weltwirtschaft wird er auf der einmal beschrittenen Bahn der Intensivierung weitergetrieben. Denn extensive Weidewirtschaft und Körnerbau können ihm heute unmöglich eine ausreichende Existenz garantieren. Die in den letzten Jahren angestellten betriebswirtschaftlichen Untersuchungen von betriebswirtschaftlichen Autoritäten wie Aereboe und Laur sagen mit einiger Bestimmtheit voraus, dass nur durch Ausdehnung des Hackfrucht-, Handelsgewächs-, Hülsenfrucht- und Samenbaues sowie durch die Gewinnung hochwertiger tierischer Erzeugnisse für den deutschen Landwirt eine Existenzmöglichkeit besteht. Dieses sind nun alles Produktionszweige, die einen *erhöhten Arbeitsaufwand* erfordern.

Ganz abweichend hiervon zeigt sich die Einstellung der *zweiten Gruppe* der Arbeitsrationalisierung gegenüber. Diese Verschiedenheit ist durchaus verständlich. Die zweite Gruppe ist an rein technischen Fragen bedeutend mehr interessiert als an Fragen von für sie immerhin problematischem Charakter. Wir

können dies an dem Echo, das unsere Bestrebungen in diesen Kreisen auslöst, recht wohl ermessen. Sie fühlen instinktiv, dass hierbei mehr herauskommt. Es gilt auch, den technischen Vorsprung, den der rationelle Betrieb ihnen voraus hat, einzuholen. Die Landwirtschaft ist eben, wie Professor *Beckmann* treffend bemerkt, eine weit auseinandergezogene Marschkolonnie, die Spitze ist modern, das Gros mehrere Jahre und die Nachhut viele Jahrzehnte zurück.

Weiter kommt noch hinzu, dass der bäuerliche Mittelbetrieb in einzelnen Gegenden (Bayern, Westdeutschland) in mancher Hinsicht schon seit langem arbeitsrationeller wirtschaftet als der Grossbetrieb. Denn, soweit der Bauer selbst ausführendes Organ der Arbeit war, bemühte er sich schon immer, den Arbeitsvollzug im Sinne der Erleichterung zu verbessern, und entsprang dieses Bestreben hauptsächlich dem natürlichen Hang zur Bequemlichkeit. Aber nicht auf systematischem Wege suchte er dies zu erreichen, sondern ganz im „Handwerkerstil“, mit seinen dürftigen Mitteln und nach seiner verschiedenen geistigen Veranlagung im Erfolge stark unterschiedlich. Ihm fehlte ja auch der Vergleichsstab. Seine Erfahrungen beschränkten sich im günstigsten Fall auf den kleinen Kreis seiner Dorfgenossen. Anregungen, die der Handwerker durch seine Lehr- und Wanderjahre empfing, gab es für ihn nicht.

Betriebe auf niedrigerer Entwicklungsstufe, also vergleichsweise „*handarbeitsintensive*“ Betriebe, werden aus der Arbeitsrationalisierung grösseren Nutzen ziehen als „*kapitalintensive*“. Als Beweis hierfür sei die rasche und zum Teil auch erfolgreiche Aufnahme der Bestrebungen zur Förderung der Landarbeit in Ostpreussen und Pommern angeführt. Allgemein wird die Bedeutung der Arbeitsrationalisierung zunehmen mit der Betriebsgrösse, der Handarbeitsintensität, der Einseitigkeit des Betriebes, der Höhe des ortsüblichen Tageslohnes, der Entwicklung der ganzen Volkswirtschaft, der zunehmenden Verschärfung der Arbeiterfrage. Der Nutzen wird um so grösser sein, je niedriger bisher das Leistungsniveau der Arbeiter lag, je mangelhafter bisher die praktische Vorbildung der Arbeiter und Beamten war, je schlechter bisher die Arbeitseinteilung und je unzweckmässiger die Geräte und sonstigen Hilfsmittel waren. Betriebe mit vorwiegendem Ackerbau werden dieselben vorteilhafter verwenden als Betriebe mit ausgesprochener Viehhaltung.

II.

Die Landwirtschaft mit ihren von Ort zu Ort wechselnden Produktionsverhältnissen bietet zu den klaren, übersichtlichen der Industrie noch ein uneinheitliches buntes Bild, weshalb es auch sehr schwerhält, die beiden unter einen einheitlichen Gesichtswinkel zu bringen. Betrachten wir zunächst die *persönliche Einstellung* des Durchschnittslandwirts zur Produktion, so finden wir, dass er seine Stellung noch immer nicht wie die eines modernen Unternehmers auffasst, der seine besonderen technischen und geschäftlichen Fähigkeiten möglichst hoch zu verwerten wünscht, sondern entweder wie die eines Kapitalisten, der sein Kapital sicher anlegen will, oder wie die eines Gutsherrn, der mit seinen Leuten in altherkömmlicher Weise vom Ertrage leben will. Die Idee der *Selbstgenügsamkeit* ist noch weitgehend vorherrschend. Es fehlt die

kapitalistische „Rechenhaftigkeit“. Bei industriellen Anlagewerten besteht ein festes Verhältnis zwischen Ertrag und Bewertung, und zwar „*ein dynamisches*“ Verhältnis zwischen den vier Faktoren: Kapitalwert, Durchschnittszins, Ertrags- und Kapitalpreis, das bei eintretender Krise die Möglichkeit *zur Anpassung* an die Marktveränderung bietet. Ähnlich liegen die Verhältnisse für die amerikanische Landwirtschaft. Wenn der amerikanische und australische Farmer sieht, dass seine Farm ihm trotz aller Bemühungen nicht eine gute Verzinsung des investierten Kapitals ermöglicht, verkauft er sie und sucht sich etwas anderes. Dagegen muss man das deutsche System der Bodennutzung als ein mehr oder weniger „*starres*“ bezeichnen, weil die Bewertung des Bodens sich nicht allein nach wirtschaftlichen Faktoren richtet, da der Boden hier noch besonderen *Pietätswert* besitzt. Weiter erfreut sich die Bodennutzung noch einer *hohen sozialen Geltung*. Diese Sonderheit bedingt eine *hohe und verhältnismässig stabile Preislage weit über den kapitalisierten Reinertrag hinaus*. In diesem Missverhältnis zwischen Reinertrag und Bodenwert ist der *letzte Grund* für die geringe Rentabilität der deutschen Landwirtschaft zu suchen.

Das landwirtschaftliche Gewerbe trägt noch in seinen Grundzügen jenes *traditionell-handwerksmässige Gepräge*, das die Industrie in der frühkapitalistischen Epoche bietet. Es seien nur in einigen grossen Zügen die Parallelen gezeichnet. Hier wie dort werden die Rohstoffe in einem Betriebe produziert, verarbeitet und verbraucht. Genau wie damals der Gewerbetreibende und Handwerker sämtliche in sein Gewerbe einschlagenden Artikel herstellte, so erzeugt heute noch der Landwirt auf seiner Scholle die mannigfachsten Produkte. Diese Arbeitersplitterung ist zum grossen Teil bedingt durch ökonomische Voraussetzungen, wie Fruchtfolge, Boden Anpassung und Arbeitsausgleich, teilweise beruht sie aber auch auf Antipathie gegen die Spezialisierung, weil dieselbe ein grösseres Risiko nach sich zieht, und auf hauswirtschaftlichen Gesichtspunkten im Interesse der Selbstversorgung.

Während *die Industrie an erster Stelle Veredelungsgewerbe* ist, stellt *die Landwirtschaft eine Urproduktion* dar, und zwar im Gegensatz zum Bergbau eine Gewinnung von Rohstoffen auf ausgedehnten Bodenflächen, die noch einer Bearbeitung unterzogen werden müssen. Der landwirtschaftliche Produktionsvorgang ist ein organischer, im Gegensatz zum mechanischen in der Industrie, und wird von Naturkräften und Zufälligkeiten, die sich heute noch mehr oder weniger dem Willen des Menschen entziehen, beeinflusst. Jedoch geht die Tendenz genau wie in der Industrie dahin, sich von den Zufälligkeiten in der Produktion zu befreien, wenn auch dieses Bestreben in der Landwirtschaft unter anderen Gesichtspunkten wie in der Industrie steht. Die ganze Pflanzenbaulehre gipfelt in dem Vorsatz, die ungünstigen Wachstumseinflüsse auf ein Minimum herabzuschrauben. Wir vermögen ja heute schon in gewissen Grenzen den Einfluss der Witterung zu beschränken, teils durch indirekte Massnahmen (Wetterbeobachtung, Züchtung witterungsfester Pflanzensorten und Viehrassen), teils durch direkte, wie künstliche Bewässerung und Beregnung, Getreide- und Heutrocknungsanlagen, Wolkenzerteilung und andere. Aprioristisch liesse sich

die Grenze der Befreiung von dem Zwange der Witterungsabhängigkeit nicht bestimmen, aber man sollte sich davor hüten, die Möglichkeit eines weitgehenden Fortschritts auf diesem Gebiete zu negieren.

In den meisten volkswirtschaftlichen Lehrbüchern ist zu lesen, dass die Eigenart der Landgutswirtschaft und der Landarbeit insbesondere eine weitgehende Arbeitsteilung, sowohl technischer wie wirtschaftlicher Art, verbiete, und mit dieser Feststellung glaubt man ruhigen Gewissens die Frage erledigt zu haben. Auf einseitige Beobachtung hin scheint es allerdings so, als ob die Arbeitsteilung, die Spezialisierung auf ganz gewisse Arbeiten, dieses wichtigste industrielle Betriebsziel, nicht in der Landwirtschaft durchgeführt werden könnte. *Die Diskontinuität, Unständigkeit, geringe Beschleunigungsfähigkeit, der Saisoncharakter, die Weite der „Werkstatt“, die noch geringe Bedeutung der Maschinen und die noch begrenzte Verbesserungsfähigkeit der organischen Werkzeuge, alles Argumente, die David gegen die Spezialisierung ins Feld führt, scheinen einer nutzbringenden Arbeitsteilung hinderlich zu sein.* Diese betriebstechnischen, dem organischen Wesen der Landwirtschaft entspringenden Hemmungen erschweren sie zweifellos weitgehend, sind aber vielleicht für einen rationellen Grossbetrieb von nicht so grosser Bedeutung.

Die *Kontinuität* ist auch in der Industrie oft gehemmt und stellt lediglich eine Forderung der Rationalisierung dar, was sie ja auch in der Landwirtschaft ist. Es muss zweifellos häufiger als in der gewerblichen Werkstatt mit der Arbeit gewechselt werden; aber im Kreis der Arbeiten ist ein Zusammenschluss gleicher Verrichtungen im Sinne einer wirtschaftlichen Rationalisierung wohl möglich. Auch gibt es sehr viel Arbeiten, teils bei Maschinen, z. B. das Dreschen, teils bei Handarbeiten, z. B. das Sortieren, Abwägen, Polarisieren in Saatzuchtanstalten, die stationär ausgeführt werden können.

Inwieweit wir es nicht in der Hand haben, den Wachstumsvorgang *zu beschleunigen*, wenn wir auch hier wieder durch Anbau schnellreifender Kulturen ihn indirekt beeinflussen, so vermag man den Bergungs- und Veredelungsprozess doch, wenn man will, mit der denkbar möglichsten Arbeitsbeschleunigung durchzuführen. Die beiden letzten Vorgänge kann man direkt als mechanische bezeichnen.

Der *Saisoncharakter* der Landwirtschaft mit seinen hieraus sich ergebenden Schwierigkeiten bleibt zweifellos bestehen und ist je nach dem vorherrschenden Produktionszweig sehr stark ausgeprägt. Durch eine gewisse Vielgestaltigkeit der Produktionszweige kann er in seiner Auswirkung gemildert werden. Einzelne landwirtschaftliche Produktionszweige, wie z. B. die Waldwirtschaft, sind, technisch genommen, an keine bestimmte Zeit der Arbeitsausführung gebunden. Sie ist vom Standpunkt des Arbeitsausgleiches als idealer Bodennutzungszweig anzusprechen, weil sie auch Beschäftigungsmöglichkeit während des Winters bietet. Übrigens finden wir den Mangel des Saisonbetriebes auch bei vielen Gewerben, z. B. im Bekleidungs- und Baugewerbe, wenn vielleicht auch hier andere Gründe mitsprechen. Es ist also keine Eigentümlichkeit der Landwirtschaft.

Bei der über eine gewisse zulässige Entfernung der einzelnen Felder voneinander hinausgehenden *Flurenlage* ist man gezwungen, den Betrieb in Vorwerke zu dezentralisieren. Auch ist hierin durch geeignete Betriebsorganisationen, wie Schlageinteilungen, sehr viel zu verbessern. Nur ein kleines Beispiel für den Einfluss der Schlagform auf die Arbeitsleistung sei hier angeführt. Bei Maschinenhacken entfielen auf 500 Meter Ganglänge 90 Prozent der Arbeitszeit auf reine Hackarbeit und 10 Prozent auf Zeitverluste durch Leerläufe und Wendungen, auf 300 Meter erreichten die Zeitverluste bereits 20 Prozent und auf 100 Meter sogar 50 Prozent. Hieraus ist ersichtlich, dass der bäuerliche Betrieb mit seiner starken Parzellierung in kleine Grundstücke dem Grossbetrieb, wenn derselbe seine Schläge richtig eingeteilt und seine Wege richtig gelegt hat, ganz bedeutend unterlegen ist.

Von einer *geringen Bedeutung der Maschinen* darf man schon heute nicht mehr sprechen, ihre Wichtigkeit wird jedem Besucher einer grösseren landwirtschaftlichen Ausstellung klar vor Augen geführt, wo er zunächst jedesmal den Eindruck gewinnt, als ob er in eine rein maschinentechnische Ausstellung hineingeräten wäre. Es besteht also im Gegenteil die Tendenz, jede Hand- und Gespannarbeit durch maschinelle zu ersetzen, oder mit anderen Worten, es wird ein immer grösserer Anteil am Arbeitsaufwande vom landwirtschaftlichen Betriebe in die industrielle Werkstatt verlegt. Eine ausgiebige Maschinenanwendung begünstigt vielseitige differenzierte Gruppenarbeiten und drängt die landwirtschaftliche Arbeitsweise allmählich immer mehr in eine der industriellen ähnliche Form. So dürfen wir fast annehmen, dass die Vorhersage Fords zutrifft: „In wenigen Jahren wird eine nur mit Menschen- und Pferdekräften betriebene Farm eine ebenso grosse Seltenheit sein wie eine durch eine Tretmühle betriebene Fabrik.“ Dass wir das Prinzip des mechanisierten Vollzuges (Verwerklichung) Hand in Hand mit weitgehender Automatisierung auch schon in der deutschen Landwirtschaft in die Praxis umgesetzt haben, legen meine Ausführungen in Nr. 51 (54. Jahrgang) der deutschen landwirtschaftlichen Presse dar.

Im Kleinbetrieb, wo der Bauer mit seiner Familie schafft, haben wir nur eine einfache *Arbeitsteilung*, und zwar die ursprüngliche, natürliche, zwischen Mann, Frau und Kindern. Im mittleren Betrieb ist die Arbeitsteilung schon weiter ausgebildet, hier stösst die gegenseitige Vertretbarkeit schon auf Schwierigkeiten, und im rationellen Grossbetriebe haben wir eine weitgehende Gliederung in Spezialarbeitergruppen. Aus diesen Ausführungen kann man ersehen, dass die betriebstechnischen Unterschiede, die sich bei der Betrachtung der landwirtschaftlichen und industriellen Gütererzeugung ergeben, *weniger grundsätzlicher als gradueller Natur* sind, und dass keine grundsätzlichen Schwierigkeiten einer rationellen Gliederung der Landwirtschaft entgegenstehen.

Neben der *technischen Arbeitsteilung*, die er nur flüchtig streift, unterscheidet Backhaus (Die Arbeitsteilung in der Landwirtschaft) noch eine *wirtschaftliche*, die eine wesentliche Voraussetzung für die höhere technische Arbeitsteilung darstellt. Durch die zunehmende Verengung der immer wiederkehrenden Arbeiten ist es möglich, den Arbeiter in diesen Spezialarbeiten durch Übung und

besondere Ausbildung zu einer hohen Geschicklichkeit zu bringen. Der Gedanke einer wirtschaftlichen Arbeitsteilung findet in der noch im Zeichen der Hauswirtschaft stehenden deutschen Landwirtschaft wenig Beachtung. Dagegen haben die Engländer und Skandinavier, trotzdem sie in viel ungünstigerer Lage als die deutsche Landwirtschaft waren, es verstanden, sich gegen die gewaltige überseeische Konkurrenz lebensfähig zu erhalten, was nach Backhaus nur durch eine Verbilligung und Vereinfachung der Wirtschaft infolge Arbeitsteilung möglich gewesen ist. Auch in Amerika finden wir eine Anzahl Gruppen von Spezialbetrieben (z. B. die Weizenfarmen in Dakota). Die grösste Einseitigkeit zeigen die tropischen und subtropischen Plantagenbetriebe, die sich nur auf den Anbau einer Nutzpflanze gestellt haben. Diese Monokulturen sind aber aus rein technischen Gesichtspunkten (Fruchtfolge) für deutsche landwirtschaftliche Betriebe so gut wie undurchführbar. Backhaus bringt die verschiedenen Produktionszweige nach ihrer Struktur in bezug auf Arbeitsteilung in eine gewisse Reihenfolge, wenn er sagt: „Die Durchführung einer höheren landwirtschaftlichen Arbeitsteilung, also einseitige Produktion, lässt sich zunächst ermöglichen bei den technischen Nebengewerben, dann in der Viehzucht, dem Handelsgewächsbau, sodann im Getreidebau und erst in letzter Linie im Futterbau.“ Merkwürdigerweise zeigt sich gerade bei den landwirtschaftlichen Verarbeitungsgewerben, die in ihrer Art teils noch einen Übergang, teils schon Wesensgemeinschaft mit industrieller Produktionsweise darstellen, ein allmähliches Sichlösen vom Mutterbetriebe. Es ist dies sowohl ein Zeichen für ein Spezialisieren im Rahmen der Gesamtlandwirtschaft als auch dafür, dass dem landwirtschaftlichen Betriebe mehr und mehr unter dem Einfluss volkswirtschaftlicher Arbeitsteilung die Verwertungsarbeit im wachsenden Umfange entzogen wird. Die Konzentrationstendenz ist am stärksten bei den landwirtschaftlichen Werkvorrichtungen, die am Anfang oder am Ende der Produktion stehen: Kraftproduktion, Brennerei, Trocknerei, Milchverarbeitung, Kellerei. Ob die Zusammenfassung von Rohproduktion und Weiterverarbeitung in einer Hand, gemäss den Vorgängen bei der Industrie, zu einer besseren Rentabilität der Bodennutzung führen kann, bleibt zu untersuchen. Leonhard (Landwirtschaft — Landindustrie-Aktiengesellschaft. Tübingen 1913) glaubt sogar eine grundlegende Reform durch eine Industrialisierung der Landwirtschaft herbeiführen zu können, und zwar durch folgende drei Massnahmen: „Erstens, indem die Betriebsleitung nach kaufmännisch-kapitalistischen Grundsätzen geführt wird, zweitens, indem man der Landwirtschaft möglichst viel weiterverarbeitende Betriebe angliedert, drittens, indem man den Absatz bis zum Konsum des genussreifen Produktes in die Hand nimmt.“ In den Zucker- und Zichorienindustrien, in verschiedenen Konsumgenossenschaften (z. B. GEG.-Betriebe Osterholz bei Stendal, Wilhelmshaven-Rüstringen, Westerland) und einzelnen industriellen Konzernen¹⁾ (Harpener Bergwerksgesellschaft) sehen wir heute einen ähnlichen Vorgang.

¹⁾ Die Harpener Bergwerksgesellschaft hat seit 1907 auf einem Komplex von 4000 Hektar Ödland in Geeste (Kreis Meppen) einen Riesenbetrieb eingerichtet, dessen Schwerpunkt in der Schweinezüchtereier-, -mästerei und -schlächtereier liegt. Es werden 25 000 Arbeiter des Werkes von hier aus mit Fleisch versorgt.

III.

Die Durchführung der Rationalisierung erfordert das Wegräumen mancher Hindernisse und die Erfüllung verschiedener wirtschaftlichen Vorbedingungen, von denen hier die Rede sein soll. Hindernisse liegen zunächst in dem stark ausgeprägten konservativen und traditionellen Charakter der Landwirtschaft. Weil die Landwirtschaft abgeschlossen ist vom pulsierenden Verkehrsleben und mit grosser Zähigkeit an altherkömmlichen Überlieferungen und Gewohnheiten hängt, stellt sie sich allen Neuerungen skeptisch und abwehrend gegenüber. Sodann verhindert der Quietismus die Lust am ruhigen Leben in überkommenen Formen, die volle Entfaltung des Erwerbsprinzips. Die Landwirtschaft unterscheidet sich in ihrer Wirtschaftspsychologie grundlegend vom modernen Unternehmertum. Es fehlt ihr die Tendenz auf fortlaufende Erhöhung ihres Lebensstandards. Auf dem Wege der Entwicklung zur Gesellschaft zeigt sie nach *Tönnies* noch „den stärksten gemeinschaftlichen Zug“. Jedoch macht sich letztlich eine Lockerung dieser Bande traditioneller Gemütswerte bemerkbar, die sich im Schwinden des alten patriarchalischen Verhältnisses und in der Abkehr von naturalwirtschaftlichen Lohnformen äussert. Aber bis zur „Kontraktualisierung“, d. h. Auflösung aller ursprünglichen Bindungen in vertragsmässige Beziehungen, ist es noch ein weiter Weg.

Aus den obigen Ausführungen geht hervor, dass zwei Hindernisse von grösserer Bedeutung einer erfolgreichen Rationalisierung entgegenstehen, *das augenblickliche Betriebsgrössenverhältnis und der Saisoncharakter* der Landwirtschaft. Die Rationalisierung erweist sich erst bei einer bestimmten Betriebsgrösse als wirtschaftlich vernünftig, weil sonst das arbeitsteilige, mechanisierende Prinzip nicht zur vollen Anwendung gelangen kann. Es fehlen dann die Massen, die gleichzeitig alle Stadien der Produktion durchwandern. Die Frage Gross- oder Kleinbetrieb kann hier unmöglich entschieden werden, weil nicht allein technische, sondern auch bevölkerungspolitische und soziologische Gesichtspunkte bei der Beurteilung der Frage eine ausschlaggebende Rolle spielen. Aber in technischer Hinsicht und speziell in bezug auf Arbeitsrationalisierung ist der Grossbetrieb dem Kleinbetriebe bedingungslos überlegen. Selbst ein so eifriger Befürworter des kleinbäuerlichen Betriebes, wie der Schweizer Betriebslehrer *Laur*, gesteht, dass *die Produktivität der menschlichen Arbeit proportional der Betriebsgrösse abnimmt*. Man sagt, dass der Bauer wesentlich unabhängiger von dem Bestande einer Rentabilität ist, er kann dies aber nur sein auf Kosten seiner Lebensbedürfnisse oder eines vergleichsweise unverhältnismässig hohen Arbeitsaufwandes.

Man muss sich nun sehr wundern, dass die Landwirtschaft als einzige unter allen Gewerben bisher nicht die *Entwicklungstendenz zum Grossbetriebe* aufweist. Die Betriebszählung 1925 zeigt sogar ein ganz geringes Anwachsen der Kleinbetriebe. Aber bei genauerer Betrachtung macht auch hier die Landwirtschaft keine rühmliche Ausnahme. Es werden lediglich die vorherrschenden Besitzverhältnisse einerseits durch Tradition und Erbgang, andererseits durch staatliche Massnahmen, wie Schutzzölle und Innenkolonisation, gestützt. Der

Konzentrationsprozess erfährt aber hierdurch nur eine Verzögerung, kann aber nicht dauernd aufgehalten werden. Diese Auffassung wird bestätigt durch einen Vorgang, den man sowohl in Ostpreussen wie Pommern und der Provinz Sachsen in den letzten beiden Jahren feststellen kann. So wurde z. B. in Ostpreussen durch Zusammenschluss von 16 Betrieben mit einer Gesamtfläche von 184 000 Morgen zu einem festgeschlossenen Güterverband der höchste kaufmännische und technische Nutzeffekt systematisch angestrebt. Die bisherigen Ergebnisse sind recht günstig. Auch die Wentzelschen Betriebe, Teutschenthal-Salzmünde, mit rund 35 000 Morgen landwirtschaftlich genutzter Fläche haben gewaltige Produktionsergebnisse zu verzeichnen. Mit einer jährlichen Durchschnittslieferung von 10 900 Tonnen Getreide und 10 000 Tonnen Zucker haben sie es erreicht, dass jeder tausendste Deutsche Brot aus Wentzelschen Betrieben und jeder zweihundertste Teutschenthal-Salzmünder Zucker isst. Ihre Hektarerträge liegen 75 Prozent über dem Reichsdurchschnitt. Weiter wären hier noch der Halberstädter Güterverband (Blankenburg im Harz) und der „Wibu“-Verband in Hinterpommern mit rund 80 000 Morgen zu nennen.

Der Kleinbetrieb hat auch seine grosse Bedeutung im Rahmen der Gesamtländwirtschaft, soweit er sich auf Betriebszweige, die individuelles Verständnis und grössere Sorgfalt erfordern (z. B.: Pferdezucht, Geflügelhaltung, Gemüsebau), oder auf Standorte erstreckt, die keinen rationellen Grossbetrieb ermöglichen (Gebirge). Aber eine künstliche Stärkung eines *unrentablen* Kleinbetriebes gegen den natürlichen Lauf der Dinge ist, volkswirtschaftlich betrachtet, nicht ratsam. Dagegen sollte man lieber, wie *Hainisch* empfiehlt, den Grossbetrieb „juristisch und ökonomisch so fundieren, dass die technischen Möglichkeiten zur Ausnützung gelangen“. Denn erst der Grossbetrieb ist der Vermittler höherer Rationalität nach den verschiedensten Richtungen hin. Neben den schon weiter oben angeführten betriebstechnischen Vorteilen bietet er die Möglichkeit, durch Anstellung besonderer Spezialisten, wie Versuchsbeamte für Dünger- und Tierzuchtwesen, Arbeitsstudienbeamte, Absatzleiter, sowie durch Austausch von Produktionsmitteln, gemeinsamen Bezug und Absatz, gemeinsamen Abschluss von Versicherungen, Verbreiterung der Kreditbasis usw. den Betriebserfolg ganz erheblich zu steigern. Als besonders beachtenswertes Beispiel sei hier angeführt, dass es in einem pommerschen Grossbetrieb von 8000 Morgen gelang, durch Anstellung eines besonders tüchtigen Arbeitsstudienbeamten in einem Jahre die gewaltige Summe von etwa 40 000 Mark am Arbeitsaufwande zu sparen.

Wenn der Boden von all diesen Fesseln, die seine Beweglichkeit hindern, befreit ist, werden wir durch eine Rationalisierung eine gewaltige *Umschichtung und Strukturveränderung* bewirken, und zwar in Richtung zum tüchtigsten Wirt und zur jeweils optimalen Betriebsgrösse, die individuell stark schwanken kann, nach dem durch Boden und Klima bedingten Kulturartenverhältnis.

Das zweite Hemmnis, den *Saisoncharakter*, kann auch nur ein grosszügig organisierter Grossbetrieb durch Angliederung möglichst vieler technischen Nebengewerbe überwinden, wie *Schurig* (Markee) seine überzähligen Arbeiter

über Winter in seiner Hanffabrik beschäftigt. Das Hindurchschleppen teilweise überflüssiger Arbeitskräfte durch die Arbeitsdepressionen muss das Lohnkonto um so stärker belasten, je grösser die Unterschiede zwischen diesen und den Arbeitshöhepunkten sind, und je länger die ersteren andauern. Ein ständiges Hinüberwechseln der Arbeiter von der Industrie zur Landwirtschaft und umgekehrt kommt kaum in Betracht, weil, wie *Sombart* beweist, die tote Saison in der Industrie nicht mit den Arbeitskulkulationspunkten der Landarbeit zusammenfällt. In den Vereinigten Staaten hat man allerdings mit dem Austausch gute Erfahrungen gemacht. Vielleicht ist es aber möglich, dass eine Symbiose zwischen Industrie und Landwirtschaft auf dem Boden gemeinsamer Solidarität herbeigeführt werden kann; denn wie *Ford* ganz richtig sagt, sind Landwirtschaft und Industrie Komplementäre, keine getrennten Komplexe.

Verbandsjahrbücher

Wie sie sind — wie sie sein sollen

Von Salomon Schwarz

In Deutschland hat sich die Gewerkschaftswelt an die Verbandsjahrbücher so sehr gewöhnt, dass die regelmässige Herausgabe der Jahrbücher durch alle nicht zu kleinen Verbände als etwas Selbstverständliches betrachtet wird. Wohlgemerkt: die Herausgabe nicht der *Jahresberichte* der Verbände, sondern der *Jahrbücher*, deren Inhalt meist bedeutend über die Grenzen des Jahresberichtes des Verbandes im eigentlichen Sinne hinausgeht.

Diese Art der gewerkschaftlichen Literatur ist in ihrer ausgebildeten Form eine Eigentümlichkeit der *deutschen* Gewerkschaftsbewegung. Auch sonst in den Ländern deutscher Zunge ist eine Neigung zur Herausgabe solcher Schriften vorhanden, hier ist man aber meist gezwungen, die Verbandsschrift, sei es auf den Jahresbericht zu beschränken, sei es einmal in zwei resp. drei Jahren — im Anschluss an den Verbandskongress — herauszugeben. In den *romanischen* Ländern sind die Jahrbücher der Verbände völlig unbekannt, wie auch die Jahresberichte der Verbände in Buchform nur eine seltene Ausnahme bilden. In den *angelsächsischen* Ländern sind die Jahresschriften der Verbände zwar keine seltene Erscheinung, sie sind hier aber fast durchweg nur eigentliche Jahresberichte der Organisationen, meist Geschäftsberichte für die Verbandskongresse. In den *slawischen* Ländern — in Polen, Russland, Tschechoslowakei — ist manchenorts die Neigung vorhanden, grössere Verbandsschriften — bewusst möglichst nach deutscher Art — herauszugeben. Die Entwicklung steckt hier aber erst in den Anfängen; die Verbandsschriften werden nur von wenigen Verbänden und meist nur unregelmässig herausgegeben, so dass von Jahrbüchern, die gerade durch ihre regelmässige Wiederkehr sich auszeichnen sollen und dadurch erst ihre Bedeutung erlangen, hier noch nicht die Rede sein kann.

Auch in Deutschland ist man sich des *begrifflichen Unterschiedes* zwischen dem Jahrbuch und dem Jahresbericht des Verbandes nicht immer bewusst. Man schreitet allmählich und oft *rein empirisch* über die Grenzen des eigentlichen Jahresberichtes hinaus und behält noch jahrelang die Bezeichnung Jahresbericht oder Geschäftsbericht des Verbandes bei, obgleich die Verbandsschrift längst zu einem Nachschlagewerk nicht nur über die Verbandsentwicklung und die Verbandstätigkeit, sondern auch über die bedeutenden wirtschaftlichen, sozialpolitischen u. a. Fragen, die die Verbandsmitglieder, insbesondere die Verbandsfunktionäre angehen, geworden ist. So liegen uns für das Jahr 1926 22 Jahresschriften der dem ADGB. angeschlossenen Verbände vor, von denen nur 13 — die der Bau-, Berg-, Fabrik-, Holz-, Lebensmittel-, Nahrungsmittel-, Textil-, Verkehrsarbeiter, der Maler, Maschinisten, Sattler, Schuhmacher und Zimmerer — die Bezeichnung Jahrbuch tragen. Die Jahresschrift des Metallarbeiter-Verbandes trägt die glücklich gewählte Bezeichnung Jahr- und Handbuch. Die übrigen acht Jahresschriften werden, sei es als Jahresbericht (Buchdrucker, Lederarbeiter), sei es als Rechenschaftsbericht (graphische Hilfsarbeiter), sei es als Geschäftsbericht (Eisenbahner, Gemeindearbeiter), sei es als Jahres- und Geschäftsbericht (Hutarbeiter), sei es einfach als Bericht des Vorstandes (Buchbinder) resp. der Hauptverwaltung (Hotelangestellte) bezeichnet, obgleich die meisten von diesen Jahresschriften mit Recht die Bezeichnung Jahrbuch tragen könnten.

In ihrem Aufbau und Inhalt unterscheiden sich die Jahresschriften der Verbände ziemlich weit voneinander. Was aber den meisten Jahrbüchern eigen ist, und wodurch sie sich vor allem von den eigentlichen Geschäftsberichten der Verbände unterscheiden, ist das Bestreben, die Verbandsmitglieder über die wichtigsten Erscheinungen im Wirtschaftsleben zu orientieren. Das Jahrbuch soll eines der wichtigsten *Mittel zur wirtschaftlichen Schulung* der Verbandsmitglieder, insbesondere der Verbandsfunktionäre sein, soll dem Leser Verständnis für die wirtschaftliche Bedingtheit des gewerkschaftlichen Kampfes vermitteln, soll ihm die kritische Beurteilung der Unternehmerargumente gegen die gewerkschaftlichen Forderungen erleichtern und ihn zur Vertretung der Interessen der Arbeitermassen rüsten. Um dies zu erreichen, beginnen die meisten Jahrbücher mit einer wirtschaftlichen Jahresrundschau. Was aber da geboten wird, bedarf oft einer ernsten Kritik.

Zur richtigen wirtschaftlichen Rüstung eines Gewerkschafters gehört nicht nur die Orientierung über die wirtschaftlichen Verhältnisse im eigentlichen Verbandsgebiet, sondern auch das Verständnis der wirtschaftlichen Gesamtlage. Man muss sich aber dessen bewusst sein, dass in dem wirtschaftlichen Teil der Jahrbücher der einzelnen Verbände der Schwerpunkt in die Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse des respektiven Industrie- oder Berufszweiges gelegt werden muss. Die eingehende Untersuchung der gesamten Wirtschaft bildet meist für die Einzelverbände eine zu schwierige Aufgabe, zu deren sachgemässer Lösung ihnen die Kräfte fehlen. Die allgemeinen wirtschaftlichen Kapitel in den Jahrbüchern sind daher oft von einem geringen Wert und könnten

vielleicht, ohne dass die Jahrbücher in ihrer Bedeutung etwas einbüßen, wesentlich gekürzt werden. Um so mehr Beachtung sollte der wirtschaftlichen Berichterstattung des ADGB. geschenkt werden, wobei zu erwägen wäre, ob nicht von dem ADGB., neben dem Jahrbuch des Bundes, eine besondere wirtschaftliche Jahresschrift herausgegeben werden sollte. Bei der Bedeutung, welche die Fragen der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik im öffentlichen Leben und insbesondere im Kreise der gewerkschaftlichen Interessen gewonnen haben, wird es auf die Dauer unmöglich sein, sich mit dem zwangsläufig kurzen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Bericht im Jahrbuche des ADGB. abzufinden, um so mehr, als die unvermeidliche Verzögerung des Erscheinens des Jahrbuches bis in die zweite Hälfte des Jahres in den Fragen der wirtschaftlichen Berichterstattung besonders schmerzhaft empfunden wird. Eine wirtschaftliche Sonderjahresschrift, herausgegeben vom ADGB., eventuell in Verbindung mit der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik, könnte wohl bereits im Frühjahr erscheinen und den gewerkschaftlichen Funktionären zugleich einen viel tieferen Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse vermitteln, als es heute mit Hilfe der Jahrbücher der Verbände und des ADGB. möglich ist.

Um so mehr soll die *spezielle* wirtschaftliche Berichterstattung — die über die wirtschaftlichen Erscheinungen im eigentlichen Verbandsgebiet — ausgebaut werden: die Entwicklung der Produktion, die Rohstoffversorgung, die Marktverhältnisse auf dem Innen- und Aussenmarkt sowie die handelspolitische Lage, die Änderung der Unternehmungsformen und die Konzentrationsbewegung, die internationale wirtschaftliche Verflechtung usw. — alle diese Fragenkomplexe sollten in den Jahrbüchern eingehend erörtert werden, und das Material zu diesen Fragen sollte hier, wenn auch gedrängt, so doch möglichst erschöpfend und übersichtlich *mit genauen Quellenangaben* zusammengestellt werden. In manchen Jahrbüchern — in denen der Holzarbeiter, Fabrikarbeiter, Bauarbeiter u. a. — wird bereits heute auf diesem Gebiete bedeutende und gute Arbeit geleistet. In der Regel bedarf jedoch dieser Teil der Jahrbücher noch eines *systematischen* Ausbaues.

Viel schwieriger, aber um so notwendiger ist der Ausbau des wirtschaftlichen Teiles der Jahrbücher in einer anderen Richtung: Heute werden die *Geschäftsberichte und Bilanzen der Unternehmungen und Konzerne* nur selten und nur völlig ungenügend in den Jahrbüchern — wie in der Gewerkschaftspresse überhaupt — berücksichtigt. Nur in dem Jahrbuch der Lebensmittelarbeiter haben wir summarische Angaben über die Bilanzen der Unternehmungen gefunden. In einer Reihe von Jahrbüchern (Textilarbeiter, Metallarbeiter, Fabrikarbeiter, Lebensmittelarbeiter, Nahrungsmittelarbeiter) werden wenigstens Angaben über die *Dividende*, zuweilen auch über die *Aktienkurse* mitgeteilt. Als ein Anfang ist es nicht schlecht. Die eigentliche Arbeit steht hier noch bevor.

Besondere Beachtung sollte in dem wirtschaftlichen Teil der Jahrbücher der *Rationalisierung* gewidmet werden, d. h. den konkreten Methoden und Ergebnissen der Rationalisierung je in dem betreffenden Industrie- oder Berufszweig. Man sollte glauben, dass die Jahrbücher der Verbände sich zu einer der besten

Quellen für das Studium der Wirtschaftsrationalisierung, wie sie sich wirklich gestaltet, entwickeln werden. Bis jetzt ist erstaunlicherweise nichts davon zu merken. Mit Ausnahme des Jahrbuches der Metallarbeiter, das wenigstens einen guten Anfang macht, weichen die Jahrbücher der Verbände einer ernsthaften Erörterung dieser eminent wichtigen Fragen aus. Die Ausfüllung dieser Lücke ist dringend geboten.

Neben den wirtschaftlichen Erscheinungen im eigentlichen Sinne müssen die Jahrbücher über alle wichtigen *sozialökonomischen Erscheinungen* im Verbandsgebiete Aufschluss gewähren: Beschäftigungsgrad und Arbeitslosigkeit, Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitsleistung, soziale Lasten usw. — über alle diese Fragen muss das Material laufend und systematisch gesammelt und in dem Jahrbuch geordnet werden. Auch die *Denkschriften und andere Veröffentlichungen der Unternehmer*, die sich auf die Fragen des Arbeitslohnes, der Arbeitszeit u. ä. beziehen, müssten hier kurz referiert und kritisch gewürdigt werden. Hier, wenn nicht an einer anderen Stelle (s. u.), wäre vielleicht auch eine gedrängte, aber wohlfundierte Auseinandersetzung mit manchen *sozialpolitischen* Schriften der Unternehmer am Platze.

Von besonderer Bedeutung ist bei der Erörterung sozialökonomischer Erscheinungen die Anwendung der *vergleichenden Methode*. In den Fragen der *Arbeitslosigkeit* sollte man es nicht vermeiden, den Vergleich mit anderen Industrie- resp. Berufszweigen zu ziehen, wie es heute schon z. B. in den Jahrbüchern der Bauarbeiter und der Schuhmacher geschieht. Eine solche vergleichende Darstellung erleichtert es, die Besonderheiten in der Arbeitsmarktentwicklung im Verbandsgebiete besser zu erkennen. Auf dem Gebiete der *Arbeitszeit* und des *Arbeitslohnes* liegt die praktische Bedeutung der vergleichenden Methode vorwiegend in einer anderen Ebene. Hier sollte vor allem für die Möglichkeit der *internationalen Vergleiche* gesorgt werden, insbesondere in den Industriezweigen, die für den Aussenmarkt arbeiten, und deren Unternehmer sich viel zu gern auf die angeblich niedrigeren Lohnkosten im Auslande zu berufen pflegen. Heute wird auch auf diesem Gebiete noch viel zuwenig gemacht. Eine internationale Arbeitszeitstatistik bietet unseres Wissens nur das Jahrbuch der Fabrikarbeiter, und zwar auch dieses nur für die Papierindustrie. Eine internationale Lohnstatistik enthalten, ausser dem Jahrbuch der Fabrikarbeiter (ebenfalls nur für die Papierindustrie), nur noch die Jahrbücher der Buchbinder und der Metallarbeiter. In dem letzten Jahrbuch wird insbesondere auf die Statistik des Internationalen Arbeitsamtes Bezug genommen, ohne dass diese Statistik richtig verwertet wird. Eine nähere, wenn auch kritische Verwertung dieser Statistik in den Jahrbüchern der Metallarbeiter, Bauarbeiter, Holzarbeiter und der graphischen Berufe (diese Statistik erstreckt sich nur auf diese Arbeitszweige) wäre sehr zu begrüssen¹⁾.

Neben den wirtschaftlichen und sozialökonomischen Fragen treten in den Jahrbüchern die Fragen der *Sozialpolitik* entschieden in den Hintergrund. Nicht etwa, weil die Sozialpolitik eine geringere Rolle im Gewerkschaftsleben spielt,

¹⁾ Über diese Statistik s. „Gewerkschafts-Zeitung“, 1925, Nr. 2, 3 und 21, und 1926, Nr. 47.

sondern aus einem anderen Grunde: die Fluktuität im Bereiche der Sozialpolitik ist bei weitem nicht so scharf ausgesprochen wie im Bereiche der Wirtschaft; das Bedürfnis nach einer periodischen Berichterstattung ist hier daher viel weniger ausgesprochen. Auch werden die Probleme der Sozialpolitik meist nicht auf einen besonderen Industrie- oder Berufszweig zugeschnitten, sie haben vielmehr eine allgemeine Bedeutung und werden daher in der allgemeinen Presse weit und breit erörtert. Dieses schwächere Bedürfnis nach einer Erörterung von sozialpolitischen Fragen in den Jahrbüchern führt oft dazu, dass sie bei der Abfassung der Jahrbücher völlig übersehen werden. Sicherlich zu Unrecht. Ein kurzer allgemeiner Bericht über die Entwicklung der Sozialpolitik im Berichtsjahre, der sich, wie der allgemeine wirtschaftliche Bericht, nicht zu sehr in die Einzelheiten vertieft, und ein eingehender, wenn auch gedrängter, spezieller Bericht über die neuen sozialpolitischen Erscheinungen im Verbandsgebiete, soweit diese im Berichtsjahre zu verzeichnen sind, sollten in einem guten Verbandsjahrbuch nicht fehlen. Auch eine Auseinandersetzung mit den sozialpolitischen Streitschriften der Unternehmer wäre hier unter Umständen sehr zu begrüßen.

Bei aller Bedeutung der Jahrbücher für die wirtschaftliche und sozialpolitische Schulung der Verbandsmitglieder darf jedoch nie vergessen werden, dass den Grundstock des Jahrbuches der Bericht über die Entwicklung und die Tätigkeit des Verbandes im Berichtsjahre bilden soll. In manchen Jahrbüchern wird auf diesem Gebiete eine vorbildliche Arbeit geleistet. Vieles ist hier jedoch noch nachzuholen.

Es ist unmöglich, alle hier auftauchenden Fragen im Rahmen dieses Artikels zu erörtern. Dies hätte eine eingehende Erörterung der einzelnen Fragenkomplexe — Organisationsfragen, Finanzen, Tarifwesen, Arbeitskonflikte, Bildungsarbeit, Jugendarbeit usw. — erfordert, wozu uns der Raum fehlt. Wir wollen uns daher darauf beschränken, auf die Notwendigkeit einer gewissen *Vereinheitlichung der Berichterstattung* hinzuweisen, und dies an einem besonders einfachen Beispiel erläutern.

Die Notwendigkeit der Einheitlichkeit der *Mitgliederstatistik* sollte besonders einleuchtend sein. Auch scheint die Mitgliederstatistik keine besonderen Schwierigkeiten zu bieten. Wenn die Praxis der Mitgliederstatistik der dem ADGB. angeschlossenen Verbände trotzdem noch viele Mängel aufweist, so ist die Ursache dieser Mängel vor allem in dem ungenügenden Austausch der in den einzelnen Verbänden gesammelten Erfahrungen sowie darin zu suchen, dass man nicht genügend energisch der Vereinheitlichung der Mitgliederstatistik zustrebt.

Die Mitgliederstatistik des ADGB. ist klar: der ADGB. fordert von den ihm angeschlossenen Verbänden die Zahlen der Mitglieder am letzten Tage eines jeden Jahresviertels ein und veröffentlicht zwei Reihen von Zahlen: die *Tageszahlen* je am Schlusse des Jahresviertels und die *Jahresdurchschnittszahlen*, errechnet durch Zusammenzählung der Mitgliederzahlen am Schlusse der Vierteljahre im Berichtsjahre und der Schlusszahl des Vorjahres, geteilt durch 5. Wie die Tageszahlen am Quartalschluss, so haben auch die Jahresdurchschnitts-

zahlen jede für sich ihre Bedeutung. Will man z. B. die flüssigen Mittel eines Verbandes pro Mitglied am Jahresschluss mit denen am Jahresbeginn vergleichen, so bediene man sich der Schlusszahlen für das Berichtsjahr und das Vorjahr. Will man jedoch z. B. die Zahl der pro Mitglied im Laufe des Jahres geleisteten Beiträge berechnen, so sollte man sich der Jahresdurchschnittszahlen bedienen. Will man die Entwicklung des Verbandes im Laufe des Jahres verfolgen, so bediene man sich der Schlusszahlen für die Jahresviertel. Will man dagegen ein Gesamtbild der Verbandsentwicklung während einer längeren Periode gewinnen, so bediene man sich besser der Jahresdurchschnittszahlen usw.

Man sollte glauben, dass die Veröffentlichung dieser Statistik von Jahr zu Jahr durch den ADGB. genügen sollte, um die Verbände vor den Irrtümern bei der Führung der Mitgliederstatistik zu bewahren und zur Anwendung des gleichen Verfahrens anzuregen. Diese Vermutung wird leider durch den Inhalt der Jahrbücher nicht bestätigt.

Von den 22 uns vorliegenden Jahresschriften der Verbände wird nur in zehn Schriften (bei den Bau-, Berg-, Fabrik-, Holz-, Leder-, Lebensmittel-, Nahrungsmittel-, Textilarbeitern, den Buchbindern und graphischen Hilfsarbeitern) das gleiche Verfahren wie in dem Jahrbuche des ADGB. angewandt. Das Jahrbuch der Buchdrucker bringt nur die Schlusszahlen für 1925 und 1926 sowie die Jahresdurchschnittszahl, die, wie man sich aus dem Jahrbuch des ADGB. überzeugen kann, richtig, d. h. auf Grund von fünf Quartalschlusszahlen berechnet ist. Die Jahresschriften des Verkehrsbundes, der Eisenbahner, der Zimmerer und der Hotelangestellten bringen nur die Schlusszahlen für 1925 und 1926, das Jahrbuch der Hutarbeiter die Jahresschlusszahlen sowie für die ersten drei Quartale des Berichtsjahres auch — gesondert — die Schlusszahlen der männlichen und weiblichen Mitglieder. In allen diesen Fällen haben wir es nur mit einer unvollständigen Berichterstattung zu tun. Viel schlimmer steht es mit den Jahrbüchern der Gemeindefahrer, Maler und Schuhmacher: hier werden zwar die Schlusszahlen für die Jahresviertel wie auch die Jahresdurchschnittszahlen veröffentlicht, die Jahresdurchschnitte werden jedoch nur auf Grund von vier Quartalschlusszahlen (d. h. ohne die Schlusszahl für 1925) berechnet. Dass hier die Verfasser der genannten drei Jahrbücher einen Fehler begehen, liegt auf der Hand.

Vielleicht ein noch schwererer Fehler ist im Jahrbuch der Sattler zu verzeichnen: hier werden die Schlusszahlen für die fünf Jahresviertel veröffentlicht, ferner Durchschnittszahlen für fünf Jahresviertel und schliesslich die Jahresdurchschnittszahl berechnet für das Jahr 1926, nicht nach vier Durchschnittszahlen für die vier Quartale des Jahres, wie es theoretisch richtig wäre (s. u.), sondern nach fünf Quartalsdurchschnittszahlen, d. h. auch für das letzte Vierteljahr 1925, was offenkundig falsch ist.

Eine Sonderstellung nimmt das Jahrbuch der Metallarbeiter ein. Hier werden die Quartalschlusszahlen und die Jahresdurchschnittszahl veröffentlicht, diese letzte Zahl wird aber nicht nach der Methode des ADGB., sondern auf Grund von vier (nicht veröffentlichten) Durchschnittszahlen für die vier Jahresviertel errechnet. Theoretisch ist es zweifellos eine bessere Methode. Deren Vorzüge

sind aber nicht so bedeutend, dass es zu billigen wäre, wenn *ein* Verband für sich diese Methode *an Stelle* der allgemein gebräuchlichen (und nicht *ergänzend* zu ihr) einführt²⁾.

Wieder anders wird schliesslich die Mitgliederstatistik vom Verband der Maschinisten und Heizer geführt, und zwar, wie sich das Jahrbuch ausdrückt, „auf kassenrechnerischen Grundlagen“, oder anders, nach der Zahl der sogenannten *Vollzahler*. Die Statistik der Vollzahler, d. h. der Zahl der vom Verband erhobenen Wochenbeiträge, dividiert durch die Zahl der Wochen, hat sicherlich ihre Existenzberechtigung. Man muss sich aber dessen bewusst sein, dass es *keine Mitglieder-, sondern Beitragsstatistik* ist, und dass sie die Zahlen der Mitglieder zu niedrig angibt. Das Jahrbuch der Maschinisten erkennt zwar selbst, dass „die wirkliche Mitgliederzahl um einige Tausend höher zu bewerten ist“ als die im Jahrbuch angegebene, hält es aber nicht für nötig, aus dieser Erkenntnis die nötigen Konsequenzen zu ziehen.

Die Statistik der Vollzahler ist auch sonst manchen Verbänden nicht unbekannt. Wir finden entsprechende Zahlen in den Jahrbüchern der Lederarbeiter, der Gemeindearbeiter und der Zimmerer, allerdings — und mit Recht — nicht an Stelle, sondern neben der eigentlichen Mitgliederstatistik. Um dem Leser eine richtige Vorstellung von der praktischen Bedeutung einer scharfen Unterscheidung dieser zwei Statistiken zu ermöglichen, führen wir nur noch vergleichend die respektiven Zahlen an: im Lederarbeiter-Verband erreichte im Berichtsjahre die Jahresdurchschnittszahl der Mitglieder 37 179, die der Vollzahler 22 502, im Gemeindearbeiter-Verband entsprechend 204 541³⁾ und 186 513, im Zimmerer-Verband 86 424³⁾ und 54 809. Der Vollständigkeit halber sei nur noch erwähnt, dass auch der Verband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten eine der Statistik der Vollzahler ähnliche Statistik führt; hier wird jedoch die Zahl der gezahlten Wochenbeiträge nicht durch 52, sondern — ohne nähere Begründung — durch 44 dividiert.

Der bedeutende Unterschied zwischen der Zahl der Vollzahler und der Jahresdurchschnittszahl der Mitglieder ist in erster Linie auf die grosse Arbeitslosigkeit des Jahres 1926 zurückzuführen, da in den meisten Verbänden die arbeitslosen Mitglieder Freimarken kleben, die bei der Statistik der Vollzahler nicht berücksichtigt werden. Daneben aber weisen alle Verbände bald einen grösseren, bald einen geringeren Prozentsatz von *Restanten* auf, was wiederum die Kluff

²⁾ Bezeichnet man die 5 Quartalsschlusszahlen durch *a*, *b*, *c*, *d* und *e*, so wird die Jahresdurchschnittszahl nach der Methode des ADGB. durch die Formel:

$$\frac{a+b+c+d+e}{5}$$

ausgedrückt, die Jahresdurchschnittszahl nach der von den Metallarbeitern angewandten Methode durch die Formel

$$\left(\frac{a+b}{2} + \frac{b+c}{2} + \frac{c+d}{2} + \frac{d+e}{2} \right) : 4 \text{ oder anders } \frac{a+2b+2c+2d+e}{8}$$

Bei dieser Methode kommen die Zahlen für den 31. Dezember weniger, die für den 31. März, den 30. Juni und den 30. September mehr zur Geltung.

Für das Jahr 1926 gibt das Jahrbuch der Metallarbeiter die Durchschnittszahl 656 368 an; nach der Methode des ADGB. wäre es 669 095.

³⁾ Nach dem Jahrbuch des ADGB.

zwischen der Zahl der Vollzahler und der Jahresdurchschnittszahl der Mitglieder vergrößert.

Ein Verband macht hier allerdings eine erstaunliche Ausnahme. Das Jahrbuch der Metallarbeiter weist für das Berichtsjahr im Durchschnitt pro Mitglied 48,74 Wochenbeiträge auf, daneben 4,26 beitragsfreie Marken. Insgesamt also im Jahresdurchschnitt pro Mitglied 53 Wochenmarken. Dies lässt vermuten, dass die Mitgliederstatistik des Metallarbeiter-Verbandes auf einer besonderen Grundlage geführt wird, dass es eigentlich nur eine versteckte *Markenstatistik* ist, die sich von der Statistik der Vollzahler nur dadurch unterscheidet, dass sie nicht nur die Beitragsmarken, sondern auch die beitragsfreien Marken berücksichtigt. Sollte diese Vermutung richtig sein, so müssen die wirklichen Mitgliederzahlen im Metallarbeiter-Verband merklich höher sein, als es das Jahrbuch angibt.

Die obigen Ausführungen sollen die Notwendigkeit einer planmässigen Arbeit an der Vereinheitlichung der gewerkschaftlichen Berichterstattung erläutern, ohne den Anspruch zu erheben, selbst das relativ kleine Thema, die Mitgliederstatistik in den Verbandsjahrbüchern, erschöpfend zu behandeln. Die Forderung nach einer Vereinheitlichung der Berichterstattung, ein Gegenstück zu der unter der etwas willkürlichen Bezeichnung Verwaltungsreform angestrebten Vereinheitlichung der gewerkschaftlichen Beitrags- und Unterstützungssysteme, bedeutet keineswegs die Forderung nach einer völligen Uniformierung dieser Berichterstattung. Auf dem Boden des einheitlichen Systems der Berichterstattung, das ein notwendiges Minimum erfasst, bleibt vielmehr noch Raum genug für eine schöpferische Initiative der einzelnen Verbände, die die Berichterstattung über das allgemeine Minimum hinaus ausbauen wollen und so der Bereicherung und Erweiterung der allgemeinen Berichterstattung vorarbeiten. Um bei der Mitgliederstatistik zu bleiben, möchten wir z. B. auf die Anfänge der Zählung der verheirateten Frauen im Textilarbeiter-Verband, auf die Berechnung des „vermeidbaren Mitgliederverlustes“ im Baugewerksbund, auf die Zählung der „buchmässigen“ und der zahlenden Mitglieder im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hinweisen.

Wir lassen die übrigen Probleme der gewerkschaftlichen Berichterstattung in den Jahrbüchern unerörtert. Nur noch einige Worte über die *Grenzen dieser Berichterstattung* seien hier hinzugefügt. Diese sollen nicht zu eng gezogen werden. Zur richtigen Beurteilung der Entwicklung und der Tätigkeit des Verbandes ist es erforderlich, nicht nur über seine *absolute*, sondern auch über seine *relative* Grösse orientiert zu sein, nicht nur also — um bei der Mitgliederstatistik zu bleiben — über die eigentliche Mitgliederzahl, sondern auch über das *Organisationsverhältnis*, ein in den Jahrbüchern meist noch viel zuwenig beachtetes Problem. Zur Erkenntnis der relativen Stärke des Verbandes gehört auch die genaue Orientierung über die *Verbände anderer Richtungen* im Verbandsgebiete, worüber selbst solche bedeutende Jahrbücher wie die der Metallarbeiter, der Holzarbeiter, der Textilarbeiter, der Bergarbeiter, der Fabrikarbeiter so gut wie nichts mitteilen (gut dagegen bei den Bauarbeitern, den

Malern und manchen anderen). Noch dürftiger ist in den Verbandsjahrbüchern die Information über die *Organisationen der Unternehmer*. Auch hier kann das Jahrbuch des Baugewerksbundes als vorbildlich erwähnt werden.

Und nun noch einige Bemerkungen über *die redaktionelle Ausgestaltung* der Jahrbücher. Das Jahrbuch soll *einheitlich* sein. Gerade weil das Jahrbuch von vielen Händen geschrieben werden muss, ist die Aufgabe der Ordnung des gesamten Materials, die Arbeit des *Redakteurs des Jahrbuches*, von einer grossen Bedeutung. Auf diesem Gebiete wird wie auf keinem anderen gesündigt. Wir lassen hier die Sünder ungenannt. Mag der Leser selbst ein halbes Dutzend Jahrbücher in die Hand nehmen und sie z. B. mit dem musterhaften Jahrbuch des Holzarbeiter-Verbandes vergleichen. Es wird ihm nicht schwer sein, hier ein Urteil zu fällen.

Die gute Systematisierung des Materials erhöht wesentlich die *Volkstümlichkeit* des Jahrbuches, die ferner durch Klarheit und Genauigkeit der Sprache, durch zweckmässige Ausgestaltung der statistischen Tabellen (vorbildlich wiederum das Jahrbuch der Holzarbeiter) sowie der Kassenberichte, durch Belebung des Textes mit Hilfe von Schaubildern (vorbildlich das Jahrbuch der Maschinisten), vielleicht auch durch ein sorgfältig differenziertes Sachregister (Fabrikarbeiter, Buchbinder, bei den letzteren allerdings erstaunlicherweise an Stelle des Inhaltsverzeichnisses) gefördert werden kann.

Die Systematisierung des gesamten Materials im Jahrbuch gewinnt, wenn manche im Jahrbuch zu veröffentlichende Dokumente in einen Anhang am Schluss des Jahrbuches ausgesondert werden, wie es heute schon im Jahrbuch der Buchdrucker gemacht wird. Auch manche spezielle Fragen, die einer besonderen fachmännischen Bearbeitung bedürfen, könnten unter Umständen in gesonderten Abhandlungen im Rahmen des Jahrbuches erörtert werden. Es sind z. B. die Fragen der *Gewerbehygiene* und die *technischen Probleme der Rationalisierung*, die sich heute für eine solche Erörterung besonders eignen. In dem Jahrbuch der Lederarbeiter ist bereits mit einem Artikel über die Milzbrand-erkrankungen in Gerbereibetrieben, aus der Feder eines bedeutenden Fachmannes, ein solcher Anfang gemacht worden. Zur Abfassung solcher Abhandlungen könnte man nötigenfalls die besten Kräfte aus den Kreisen der Wissenschaft heranziehen, was nicht nur für die Verbände von Bedeutung wäre, sondern vielleicht auch in den Kreisen der Wissenschaft ein Interesse für die Bedürfnisse der Arbeiterbewegung fördern könnte.

*

In den zwangsläufig fragmentarischen Bemerkungen über die Verbandsjahrbücher suchten wir das Wichtigste herauszugreifen, wobei allerdings vieles, darunter sicherlich auch manches von grosser Bedeutung, übersehen werden musste. Der Inhalt der Jahrbücher ist oft viel zu mannigfaltig, um im Rahmen eines Artikels erschöpfend behandelt zu werden. Diesen Inhalt auszubauen und besser auszugestalten, ist die vornehmste Aufgabe der Verfasser der Verbandsjahrbücher, die somit zur Schulung unseres Funktionärkörpers und zur Steigerung der Stosskraft der gesamten Gewerkschaftsbewegung beitragen.

Die Rechtfertigung des Dinta

Von Fritz Fricke

Das „Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung“ trägt einen falschen Namen. „Deutsches Institut für industrielle Arbeiterpolitik“ wäre weniger irreführend. Dieses Institut stellt in der Propaganda und in seiner Verteidigung gegen die Kritik stets denjenigen Komplex seiner Bestrebungen in den Vordergrund, der sich auf die Berufsausbildung bezieht oder unmittelbar damit in Verbindung steht. In Wirklichkeit ist aber die Berufsausbildungsarbeit nur ein Teil seiner Bestrebungen, die viel weiter reichen und in folgende Ziele ausmünden: 1. Befreiung des Arbeiters aus der Einsamkeit seiner isolierten Teilfunktion im Herstellungsprozess, 2. Überwindung der feindseligen Oppositionsstellung des Arbeiters zum Unternehmer, 3. Befriedigung und Befriedung des Arbeiters im gegenwärtigen Wirtschaftssystem.

Diese Ziele leitet das Dinta aus der Tatsache ab, dass die moderne technische Entwicklung an der scharf durchgeführten Arbeitsteilung, die den Arbeiter daran hindert die Gesamtbeziehungen des Werkes zu übersehen und innerlich in ein Verhältnis zu seiner Arbeitsleistung zu kommen, nichts ändert, sondern noch verschärft. Diese Isolierung des Arbeiters in seinen Teilfunktionen bilde eine der Grundlagen für die allzu weite innere Entfernung des Arbeiters vom Werke und auch von den Leitern des Werkes und sei somit zugleich eine Ursache für die scharfe Spannung, die zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer besteht.

Das eigenartige am Dinta ist nun, dass es glaubt, die bestehenden sozialen Spannungen lediglich dadurch ausgleichen zu können, indem es die Arbeiterschaft einer neuartigen, auf die Heranbildung eines wirtschaftsfriedlichen Arbeitertyps abgestellten Erziehungsarbeit unterwirft. Immer wieder wird in den Schriften des Dinta dieser werksgemeinschaftlich-wirtschaftsfriedliche Arbeitertyp umrissen. Eine Erziehung zu werksgemeinschaftlichen Ideen hat aber nichts mehr zu tun mit technischer Arbeitsschulung, sondern ist eine Angelegenheit der Werks- und Arbeitspolitik und läuft nach dem Eingeständnis des Leiters des Dinta, Dr. Arnhold, den gewerkschaftlichen Interessen zuwider. Dass die Gewerkschaften sich gegen diese einseitige geistige Beeinflussung der Arbeiterschaft durch die Unternehmer wehren müssen, ist selbstverständlich. Dieser Kampf um die „Seele des Arbeiters“ ist aber nicht von den Gewerkschaften heraufbeschworen worden, er wurde vielmehr eingeleitet vom Dinta, das einmal geschaffen, mit äusserster Energie und unter Aufwand grosser finanzieller Mittel alle Anstalten traf, um so bald als möglich eine grosse Zahl industrieller Betriebe für die Durchführung seiner werkspolitischen Pläne zu gewinnen. Die Stellung des Dinta ist klar: Es wurde von der westdeutschen Schwerindustrie unter Führung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute gegründet. Bis heute wird es auch aus diesen Kreisen finanziert, soweit nicht sein Werkszeitungssystem einige Überschüsse abwirft. Es ist also eindeutig eine Einrichtung der Arbeitgeber und es lehnt bewusst jeden anderen Einfluss ab.

Das Dinta kann keinen anderen Sinn haben als den, die sozialpolitischen Interessen und Absichten der Unternehmer in den einzelnen Betriebsbelegschaften geltend zu machen und durchzuführen. Die sehr geschickte Verkoppelung dieser betrieblichen Arbeitgeberpolitik mit der an sich notwendigen und bedeutungsvollen Umgestaltung der Berufsausbildung ändert nichts am Charakter dieses Instituts. Es beweist nur, dass man die neuen werkspolitischen Tendenzen bereits in der Ausbildung der jungen Arbeiter geltend und richtunggebend werden lässt. Es ist keinesfalls so, dass dem schwerindustriellen Dintainstitut in erster Linie und hauptsächlich die Versorgung der deutschen Wirtschaft mit einem erstklassigen Facharbeiterstamm obliegt und dass nunmehr, zwangsläufig, um diesen Qualitätsarbeiter heranbilden zu können, ein starker Einfluss auf seinen seelischen Habitus genommen werden muss. Umgekehrt liegt es; die noch immer auf dem alten „Herr-im-Hause“-Standpunkt beharrende Eisenhüttenindustrie verlangt nach einer Arbeiterschaft, die sich willig in allen Dingen der Führung ihrer „Brotherren“ unterwerfen soll. Als Mittel hierzu wurde das psychologisch orientierte Dintasystem ins Leben gerufen, das seinerseits die Berufsausbildung als einen der vielen Erziehungswege benützt, die zum Ziele des gewünschten werksgemeinschaftlichen Arbeitertyps führen sollen, und der zugleich ein vorzügliches sozialpolitisches Aushängeschild abgibt.

Vor allem ist dieses Aushängeschild ein sehr wertvoller taktischer Schutz gegen jede unbequeme Kritik. Besonders die Abwehr der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer soll damit stark behindert werden. Ein Angriff gegen das Dinta wird bei dieser Sachlage zugleich scheinbar auch ein Angriff gegen die volkswirtschaftlich so notwendige Reform der Berufsausbildung und Berufserziehung. Das Dinta und seine Nachbeter können, hinter dieser Deckung geborgen, sehr leicht und mit dem Anschein der Berechtigung jeden Gegner der Ignoranz und übelwollenden Verständnislosigkeit zeihen, weil er nicht einsehen kann und will, wie sich hier unter Führung „einsichtsvoller“ Unternehmerkreise neue und gewaltige Perspektiven für die Zukunft deutscher Wirtschaft und für die sozialpolitische Verständigung eröffnen.

Ein Beispiel für diese taktische Haltung bildet ein Aufsatz im Heft 6 der Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände „Der Arbeitgeber“ aus der Feder Dr. Paul Ostholds vom Dinta-Institut. Dieser Artikel macht sich den Titel einer von mir in der Verlagsgesellschaft des ADGB. herausgegebenen Broschüre „Sie suchen die Seele“ zu eigen und zieht unter dieser Überschrift gegen meine Schrift scharf zu Felde. In der Einleitung beschwert sich Dr. Osthold vor allem über die Methode, die von mir bei der Kritik des Dinta angewendet wird. Er beklagt vor allen Dingen, dass die Dinta-Bestrebungen in Zusammenhang gestellt werden mit anderen werksgemeinschaftlichen und werkspolitischen Bestrebungen, und dass in einem Einleitungskapitel, nach seiner Meinung in ungerechtfertigter Verallgemeinerung der einzelnen Objekte, einiges Grundsätzliche vom Standpunkt der Arbeitnehmer über die Idee der Werksgemeinschaft überhaupt ausgesagt wird. Er bezeichnet diese Methode als unzulänglich und findet, dass jeder, dem es um eine „Waffenführung mit reiner Hand im sozial-

politischen Ringen“ zu tun ist, eine solche Methode bedauern müsse. Er bestreitet ihren guten Willen, dem Objekt der Kritik, also dem Dinta, gerecht zu werden, weil es nicht in seiner klaren Vereinzelung untersucht, sondern in einen Gesamtrahmen hineingespannt wird.

Diese Klagen Dr. Ostholds über meine Methode berühren mich keineswegs, auch nicht seine Bemerkung über die „Waffenführung mit reiner Hand“. Abgesehen davon, wie wir noch zeigen werden, dass gerade die Methoden des Dinta selbst keinen Anspruch auf diese Bewertung erheben können, soweit es in diesem „sozialpolitischen Ringen“ auftritt, möchte ich bemerken, dass es mir bei der Abfassung der Broschüre gar nicht darauf ankam, eine sozialpolitische und sozialpädagogische Auseinandersetzung über die Methoden des Dinta zu führen, sondern eine ausgesprochene politische Streitschrift zu schreiben, die bewusst eine agitatorische Note enthält, um die Arbeiterschaft vor den Bestrebungen des Dinta zu warnen. Dabei ist es mein Recht, jede Blöße des Gegners auszunützen.

In seinem Aufsatz kündigt Osthold an, dass auch der nächste Tätigkeitsbericht des Dinta dem Institut Gelegenheit geben werde, „die eine oder andere weitere Unrichtigkeit von Gewicht unter den Frickeschen Behauptungen und Voraussetzungen richtigzustellen“. Dieser Dinta-Jahresbericht liegt jetzt vor. Er begnügt sich trotz dieses Hinweises aber nur mit einer kurzen Bemerkung, in der völlig falsch behauptet wird, die „freigewerkschaftliche Opposition gegen das Dinta sei nach einem bestimmten Schlüssel *organisiert*“. Es heisst dort weiter: „Dieser Schlüssel wird geliefert durch die Schrift von Fritz Fricke: ‚Sie suchen die Seele‘. Frickes Methode besteht darin, dass er ohne jede objektive Berechtigung eine Anzahl im sozialpolitischen Sinne werksgemeinschaftlicher oder gegengewerkschaftlicher Äusserungen und Persönlichkeiten zu Worte kommen lässt, die mit dem Dinta entweder sehr wenig oder gar nichts zu tun haben.“ Der Tätigkeitsbericht beschränkt sich also trotz Ostholds Ankündigung auf einige Unterstellungen, die sich ebenfalls nur auf die Methode meiner Schrift beziehen, ihren sachlichen Inhalt jedoch ignorieren. Demgegenüber und zugleich auch gegenüber den oben angeführten Äusserungen Ostholds ist festzustellen: Die Schrift behandelt im 1. Kapitel unter der Überschrift „Die Idee der Werksgemeinschaft im Rahmen der sozialpolitischen Reaktion“ die Rolle, welche die werksgemeinschaftlichen und wirtschaftsfriedlichen Beeinflussungsversuche der Unternehmer in der heutigen Sozialpolitik spielen. In den nachfolgenden, deutlich bezeichneten Kapiteln werden als Träger solcher Beeinflussungsversuche abgehandelt: 1. das Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung, in fünf Unterabschnitten, 2. die Deutsche Volkshochschule Berlin-Treptow und 3. die Landarbeiterbildung. In einem Schlusskapitel wird die Stellung der Gewerkschaften zur Frage der Werksgemeinschaft ganz allgemein und zu dem Problem Dinta im besonderen untersucht. Es ist also unrichtig, wenn Osthold behauptet, dass das Dinta nicht in klarer Vereinzelung auf seine Eigenschaften hin untersucht worden ist. Es ist auch eine sehr grobe Unterstellung, wenn der Tätigkeitsbericht behauptet, dass ich über das Dinta Äusserungen und Persönlichkeiten zu Worte kommen lasse, die mit dem Dinta

entweder nichts oder sehr wenig zu tun haben. In den Kapiteln, die sich mit dem Dinta beschäftigen, werden folgende Persönlichkeiten zitiert:

1. Generaldirektor Vögeler vom Stahltrust, er ist Vorsitzender des Dintainstituts und war in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute auch an der Gründung des Dinta massgeblich beteiligt.
2. Dr. Osthold selbst, der beim Deutschen Institut für technische Arbeitsschulung angestellt ist, und der dessen Programmschrift: „Der Kampf um die Seele unseres Arbeiters“ geschrieben hat.
3. Professor Dunkmann, der auf jener Gemeinschaftssitzung der Fachausschüsse des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute in Bonn am 24. Mai 1925, von der die Gründung des Dinta ausging, das erste einleitende und grundlegende Referat „Massenpsychologie und Arbeiterfolg“ gehalten hat. Es werden vornehmlich nur Stellen aus dieser Rede Dunkmanns zitiert. Nur an einer einzigen Stelle wird ein Zitat von ihm aus einem Artikel des „Glückauf“, Nummer 1, 1925, gebracht, der sich mit dem Dinta beschäftigte. Wenn das Dinta heute Herrn Dunkmann verleugnet, so ist das seine Sache. Dunkmannscher Geist ist aber noch immer in ihm lebendig.
4. werden Äusserungen von Dr. Arnhold, dem Leiter des Deutschen Instituts für technische Arbeitsschulung, herangezogen.
5. wird zitiert Max Schiesen, Ausbildungsleiter des Dintainstituts.

Alle diese Herren stehen oder standen (Dunkmann) mit dem Dinta in direkten Beziehungen. Andere Persönlichkeiten kommen in diesen Kapiteln als Zeugen für oder gegen das Dinta überhaupt nicht zu Worte. Mit diesem Nachweis dürfte die Kritik des Dinta an der Methode der Schrift genügend gekennzeichnet sein.

Herr Osthold erhebt weiter den Vorwurf, dass ich mir einen Gebrauch und eine Ausdeutung mir vorliegender Schriften gestatte, die ihm die Entscheidung schwer machen, ob ich auf geistigem oder moralischem Gebiet versage. Zur Bekräftigung seiner Behauptung führt er eine Stelle an, in der ich mich mit dem Aufsatz von Arnhold „Das Dinta und die Gewerkschaften“ in Heft 6 der „Wirtschaftlichen Nachrichten für Rhein und Ruhr“ vom 10. Februar 1927 beschäftige. Ich sage dort, dass Arnhold den Betriebsmenschen als das Erziehungsideal des Dinta zu dem sozialen Menschen, den die Gewerkschaften wollen, in Gegensatz stellt. Osthold zitiert zum Gegenbeweis aus dem gleichen Aufsatz Arnholds eine Stelle, in der dieser sagt: „Es sei selbstverständlich, dass man ausserhalb der begrifflichen Sphäre den Betriebsmenschen nicht vom sozialen Menschen — dem Menschen einer bestimmten Gesellschaftsschicht ausserhalb der Werkshierarchie — trennen kann.“ Auf diese Stelle baut sich sein Vorwurf einer missbräuchlichen Ausdeutung mir vorliegender Schriften auf. Er hat übersehen, dass auf Seite 53 meiner Schrift ein Zitat von Arnhold abgedruckt ist, in dem dieser in direktem Gegensatz zu der eben angeführten Stelle sagt, dass „die Gewerkschaften es nicht ertragen können und ertragen wollen, dass, wenn die Dintarbeit Erfolg hat, sich dieser Erfolg psychologisch auswirken wird, und dass er mindestens — wahrscheinlich aber auch höchstens — das von der Gewerkschaft gewollte Tempo der gesellschaftlichen Entwicklung mit dem Zeichen des Ritenuto (der Hemmung) versehe“. Arnhold sagt dann selbst: „Der Gegensatz ist da.“ Hieraus ergibt sich, dass Arnhold, was er auch an einer anderen Stelle noch einmal betont, sich bewusst ist, dass die produktive Werkspolitik des Dinta in die soziale Atmosphäre ausserhalb des Werkes hinausstrahle, und dass diese Aus-

strahlung hier mit dem sozialen Menschen, den die Gewerkschaften beanspruchen, kollidiere. Etwas anderes wird in meiner Schrift auch gar nicht behauptet. Im übrigen habe ich es nicht zu vertreten, wenn Herr Arnhold sich selbst widerspricht. Es kam mir übrigens in diesem Zusammenhang lediglich darauf an, die Gegensätzlichkeit der Interessen zwischen Dinta und Gewerkschaften aufzuzeigen. Auf eine soziologische Untersuchung habe ich mich ausdrücklich nicht eingelassen. Es heisst darüber: „Wir haben hier nicht Raum genug, um seiner soziologischen Methode, die fehlerhaft und oberflächlich ist, nachzugehen.“ (Seite 54.) Ich begnüge mich daraufhin damit, kurz anzudeuten, dass der Betriebsmensch, als das Ideal des Dinta, einen psychologischen Habitus darstelle, der, soziologisch gesehen, lediglich dem Unternehmer selbst oder einer kleinen Schicht leitender Angestellten, nicht aber der Masse der Lohnarbeiterschaft adäquat sein kann.

Sehr merkwürdig ist, dass Herr Osthold, der in seiner Programmbroschüre von der „grobkörnigen Lehre Marxens“ spricht, der weiter die Verschärfung der Spannung zwischen den beiden Interessenfronten, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, lediglich der Marxschen Gesellschaftslehre zur Last legt, für seine Rechtfertigung des Dinta bei Marx Unterschlupf sucht. Er weist auf eine Stelle aus dem 9. Abschnitt des 13. Kapitels von Marx' „Kapital“ hin, in welcher Marx über die Fabrikgesetzgebung spricht und im Zusammenhang damit nachweist, dass die technische Entwicklung der Industrie, die durch den Manufaktur-Betrieb eingeführte Zerlegung des Arbeitsprozesses und die dadurch eintretende seelische Entfremdung des Arbeiters vom Arbeitsprozess nicht aufhebe, sondern verstärke. Diese ungünstigen Wirkungen auf die seelische Gestalt der Arbeiterschaft durch die Vereinzelung der Arbeitsoperationen, die auch dem Dinta als Ausgangspunkt dienen, sind von mir weder in meiner Broschüre noch sonstwo bestritten worden. Deshalb entbehren die von Osthold daraus gezogenen Schlussfolgerungen wie das ganze Zitat der Notwendigkeit. Er zitiert dann weiter eine Stelle aus demselben Kapitel, in der Marx auf die Versuche von Robert Owen hinweist, der zum Ausgleich der körperlich und seelisch so abträglichen Einseitigkeit der Arbeit, seine Fabrikkinder und jungen Leute in bestimmten Arbeitspausen mit gymnastischen Übungen beschäftigte. Und nun kommt der Witz: Herr Osthold behauptet, dass das Dinta Karl Marx als Paten für sich in Anspruch nehmen kann. Es heisst wörtlich: „Es folgt daraus, dass an und für sich aus der Verbindung von produktiver Arbeit, theoretischem Unterricht und jenem Betätigungskomplex, *den Marx Gymnastik nennt, und den wir umfassender als Jugendpflege bezeichnen*, im Bereiche des Industrierwerkes weder der Arbeitssklave noch der Industriebhörige notwendigerweise hervorzugehen braucht.“ Wenn Herr Osthold mir in seinem Aufsatz den Vorwurf macht, dass ich mir eine Ausdeutung von Schriften erlaube, die ihn daran zweifeln lassen, ob ich geistig oder moralisch versage, so darf ich ihm an dieser Stelle seinen Vorwurf mit mehr Berechtigung zurückgeben, als er ihn mir gemacht hat. Die gymnastischen Übungen Robert Owens, auf die Marx hinweist, haben bestimmt nicht den Industriebhörigen zur

Folge. Sie aber gleichzusetzen mit der Jugendpflege des Dinta, ist ein so starkes Stück journalistischer Manövriertätigkeit, wie es nicht oft in Erscheinung tritt. Herr Osthold will doch nicht etwa im Ernst behaupten, dass Marx eine Jugendpflege, die, wie aus einem Zitat von Max Schliesen in meiner Schrift hervorgeht, vaterländische Gesinnung zum Ziele hat, gleichsetzen würde mit den von ihm angeführten gymnastischen Übungen in den Fabriken Robert Owens. Ich darf weiter darauf hinweisen, dass Arnhold gelegentlich eines Besuches einer Gruppe von etwa 100 Studenten der Bonner Universität in einer Rede die Bestrebungen des Dinta dahin zusammenfasste, dass der Arbeiter begreifen lernen muss, dass im Produktionsprozess mehr gedient als verdient werden müsse. Oder dass Herr Dunkmann in jenem Artikel des „Glückauf“ davon spricht, dass die Seele der Arbeit gehöre, die der Arbeiter „bei uns“ finde, und darum dem Unternehmer, und dass er hinzusetzt, dass „überall da, wo einer allein den Kampf um die Ernährung seiner Familie zu kämpfen hat“, jene Hingabe an die Arbeit zu beobachten sei. Diese und viele andere von mir besprochenen oder zitierten Äusserungen aus dem Dintakreise lassen aber sehr deutlich erkennen, dass man mit der Werksjugendpflege doch etwas mehr erreichen will als einen Arbeiter, dessen Körper durch die Arbeitseinseitigkeit nicht verdorben ist, dass man auf eine ganz bestimmte politische Haltung hinzielt. Es scheint mir denn doch etwas schwierig zu sein, die werkspolitische gesinnungsmässige Beeinflussung und Schulung der Arbeitermassen durch ein von der Schwerindustrie gegründetes und von ihr finanziertes Institut, ausgerechnet unter Berufung auf die Lehre von Karl Marx rechtfertigen zu wollen.

Auch damit scheint mir Herr Osthold kein Glück zu haben, dass er eine Stelle aus der Rede von Jäckel über Wirtschaftsdemokratie auf dem Breslauer Gewerkschaftskongress zitiert, in der dieser die Forderung aufstellt, dass im Arbeiter Persönlichkeitsenergien entfaltet werden, dass der Arbeiter Freude an der Arbeit haben müsse, er solle seine Seele in die Arbeit hineinlegen und mit seiner ganzen Persönlichkeit in ihr aufgehen können. Diese Äusserungen sind gemacht und haben ihre volle Berechtigung im Rahmen eines Referats, das für die Arbeiterschaft weitgehende demokratische Mitbestimmungsrechte im Betrieb und darüber hinaus in der Gesamtleitung der Wirtschaft überhaupt fordert. Je stärker sich die Arbeiterschaft aus einer Änderung der heutigen Gesellschaftsverfassung als mitbestimmendes und mitleidendes Subjekt der Wirtschaft wird fühlen können, um so mehr werden die von Jäckel geforderten seelischen Attribute in ihr wachsen. Unter der gleichen Voraussetzung stehen auch die Ausführungen von Lothar Erdmann, auf die sich Osthold beruft, und die Erdmann in seinem letzten Artikel zum „Problem der Arbeitsgemeinschaft“ in der „Arbeit“ im Jahre 1926 gemacht hat. Herr Arnhold formulierte diesen Gegensatz in dem obenerwähnten Aufsatz „Das Dinta und die Gewerkschaften“ viel treffender und richtiger, als er fragte: „Es scheint in der Tat, die Gewerkschaften kennen ihre eigenen Kinder nicht wieder, weil sie ein Fremder an der Hand führt.“ Hier handelt es sich um dasselbe: Osthold beruft sich auf Äusserungen und Forderungen von Gewerkschaftsführern, die den seelischen Zusammenhang des

Arbeiters zum Produktionsprozess zum Gegenstand haben. Arnhold berief sich auf Forderungen, die die Gewerkschaften hinsichtlich der Berufsausbildung und Berufserziehung gestellt haben. Mir scheint die Formulierung Arnholds ehrlicher und richtiger zu sein. Das Dinta gibt sich wohl den Anschein, als ob es eine Reihe von gewerkschaftlichen Forderungen in die Hand genommen habe. Es bringt aber diese Forderungen der Gewerkschaften, ausgerichtet am Interesse des Unternehmers, in Zusammenhang mit seinen *werkspolitischen* Bestrebungen und fälscht somit ihren Geist völlig um. Die berufs- oder sozialpädagogischen Massnahmen und Einrichtungen, die es daran knüpft, entziehen sich jeglichem Einflusse der Gewerkschaften und der Organe der Öffentlichkeit und werden einseitig von den Unternehmern beherrscht. Von diesem Augenblick an hat aber das Dinta kein Recht mehr, sich auf eine Ähnlichkeit seiner Bestrebungen mit den gewerkschaftlichen Zielen und Absichten zu berufen. Die von Arnhold präsentierten Kinder sind nun allerdings nicht mehr identisch mit denen der Gewerkschaften.

Etwas mehr Ehrlichkeit in der Offenlegung seiner Ziele durch das Dinta würde der Diskussion sehr förderlich sein. Oft genug sprechen die Dintaleute von industrieller Menschenführung. Dunkmann hat in seiner Rede in der schon erwähnten Sitzung des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute, von der das Dinta seinen Ausgang nahm, sehr ausführlich darüber gesprochen, dass die Industrie die Führung der Arbeitermassen an sich reißen müsse. Dieser ganze Kampf um die Seele des Arbeiters, den das Dinta führt, ist doch zugestandenermassen nichts anderes als ein Kampf um die Führung. Bis heute stehen die Arbeitermassen, in hohem Grade auch die Unorganisierten, unter der Führung der Gewerkschaften. In diesen Verbänden entscheidet letzten Endes ihr eigener Wille. Der demokratische Charakter der Berufsverbände sichert der Arbeiterschaft in diesen den entscheidenden Einfluss. Wollen die Führer der neuen Arbeitspolitik etwa ernsthaft den Interessengegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter wegdiskutieren? Sind sie sich nicht darüber klar, dass eine Arbeiterschaft, die unter der Führung ihres Arbeitgebers steht, ihre Interessen in die Hände desjenigen legen würde, der tatsächlich, aus der ganzen Struktur der gegenwärtigen Wirtschaft heraus, im scharfen Gegensatz zu diesen Interessen stehen muss? Wann würde der durchschnittliche deutsche Unternehmer oder Werksleiter jemals die Berechtigung einer allgemeinen Lohnerhöhung oder Arbeitszeitverkürzung freiwillig einsehen, dieser Berechtigung sogar nachgeben? Wann besonders, wenn er weiss, dass diese Massnahme auf Kosten seiner Geschäftsgewinne gehen muss, weil vielleicht eine Preiserhöhung zurzeit nicht zugänglich ist? Welcher Arbeitgeber würde jemals offen, rückhaltlos und wahrheitsgemäss seiner Arbeiterschaft die wirklichen Geschäftsgewinne und Überschüsse darlegen, ohne zu fürchten, die so oft geschmähte „Begehrlichkeit“ der Masse zu reizen. Es ist schon so, eine Arbeitermasse, die sich der Führung ihres Unternehmens unterstellt, muss sehr schnell in Hörigkeit versinken. Wenn dies nicht geschieht, müsste sie in kürzester Frist doch wieder dahin kommen, sich von dieser Führung loszusagen und auf die eigenen Füsse zu stellen.

Hat man in Dintakreisen noch niemals daran gedacht, dass doch auch die Unternehmer eine sehr fein gegliederte, fast restlos durchgeführte klassenmässige Organisation besitzen? Gegliedert nach ihren Hauptgruppen, in den Arbeitgeberverbänden, den Fachverbänden der Industrie, des Handels, des Verkehrs-, Bank-, Versicherungsgewerbes usw. Nicht zu vergessen sind die Kartelle, Syndikate und Truste. Welchen anderen Zweck haben diese Organisationen als den, die besonderen Interessen dieser Schicht zu vertreten. Was würden die deutschen Arbeitgeber wohl sagen, wenn man von ihnen verlangte, sich in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen der Führung der Gewerkschaften zu unterwerfen?

Das Dinta erstrebt in seinen Lehr- und Anlernwerkstätten, in seinen Werkschulen die Ausbildung eines erstklassigen Facharbeiters. Soweit gut. Es geht aber weiter, es will diesen Qualitätsarbeiter in allen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen der Führung und geistigen Leitung seiner Arbeitgeber anheimgeben. Das geht aber nur, wenn man ihm jeden Blick für geistige, wirtschaftliche und politische Selbständigkeit, Mündigkeit und Freiheit nimmt, ihn also zum vertrauensvollen, in kindlicher Unterordnung sich ergebenden Geschöpf macht. Das ist Patriarchalismus oder auch Hörigkeit.

Damit dürfte der Wunsch des Herrn Osthold erfüllt sein, die grundsätzlichen gewerkschaftlichen Hintergründe meiner Kritik offenzudecken.

Das Dinta ist, das habe ich in meiner Schrift nachgewiesen, ausgesprochen zu dem Zweck gegründet worden, einen Arbeitertyp zu schaffen, dessen ganzes Leben gipfeln soll in dem Werke, in dem er beschäftigt ist, allenfalls noch in der Pflege und Erhaltung seiner Familie, der darüber hinaus aber allen ausserbetrieblichen, gesellschaftlichen Ordnungen und Schichtungen und den daraus sich ergebenden klassenmässigen Bestrebungen fremd und verständnislos gegenüberstehen muss. Denkt man sich dieses Ziel erreicht, so wäre die Arbeiterschaft schutzlos jeder Unternehmerwillkür preisgegeben, wenn sich nur diese Unternehmerwillkür in Formen äussern würde, die es dem Arbeiter nicht zum Bewusstsein kommen lassen, dass er einer solchen unterliegt. Man möge diese Ansicht ruhig als „Misstrauen“ bezeichnen. Die deutschen Unternehmer haben jedenfalls bisher noch nichts erkennen lassen, was eine andere Haltung rechtfertigen würde.

Zum Schluss kann ich mir nicht versagen, an dieser Stelle noch einmal auf eine Äusserung von Osthold hinzuweisen, die schon auf Seite 18 meiner Schrift abgedruckt ist, und die die Persönlichkeit Ostholds in besonders klarem Licht erstrahlen lässt. Auf Seite 5 seiner Programmschrift „Der Kampf um die Seele des Arbeiters“ schreibt er: „Herrscht auf der einen Seite bei den Arbeitgebern der Glaube an das Recht jeder Persönlichkeit, die Mut, Fähigkeit und Hilfsmittel genügend aufzubringen weiss, um etwas zu unternehmen, nun ihre Kraft und ihr Glück zu versuchen, und herrscht dort der Wunsch, sie keinen anderen Beschränkungen zu unterwerfen als den Geboten der Religion oder des Ethos und des die Wege des moralischen Rechts schützenden Gesetzes, dann hat die Gegenseite es verlernt, das sittlich Wertvolle und wirtschaftlich Fördernde an dieser Art Unternehmertum zu erkennen.“ Vorher spricht er von der Ver-

schärfung der Interessenfronten durch den Marxismus, und hinterher redet er davon, dass sich das Gesellschaftsbild dieser Gegenseite, der Arbeiter, „zu sehr unter der grobkörnigen Lehre Marxens verzerrt“ habe.

Es ist schwerlich anzunehmen, dass Herr Osthold wirklich so naiv ist, zu glauben, dass der moderne Unternehmer seine Geschäfte nur nach den Geboten der Religion, des Ethos oder des Gesetzes orientiert, das die Wege des moralischen Rechts zu schützen scheint. Ist er es aber wirklich, so braucht man sich nicht zu wundern, dass er den Klassengegensatz, mit Hilfe des Dinta, durch *Erziehung* — und zwar der Arbeiter — aus der Welt zu schaffen gedenkt. Entspringt diese Stelle aber nicht einer geradezu unbegreiflichen wirtschaftlichen und politischen Naivität, sondern bildet sie eine taktische bewusst demagogische Voraussetzung, eingekleidet in ein moralisches Gewand, dann richten sich damit sowohl Herr Dr. Osthold selbst, als auch das von ihm geförderte und geleitete Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung.

Amerikanische Arbeitslosigkeit

Von Georg Decker

Wer das Problem der amerikanischen Arbeitslosigkeit untersuchen will, der muss zunächst die Frage nach den Tatsachen selbst, das heisst vor allem nach der Zahl der Arbeitslosen, stellen. Diese Frage lässt sich für die Vereinigten Staaten nicht so direkt und mit so relativer Genauigkeit wie für Deutschland beantworten. Es gibt in Amerika keine einigermaßen umfassende und Schlüsse auf den gesamten Zustand des Arbeitsmarktes zulassende statistische Beobachtung. Man hat laufend zur Verfügung bloss eine Statistik der Beschäftigung in einigen tausend industriellen Betrieben, die als typisch angenommen werden und insgesamt rund drei Millionen Arbeiter beschäftigen, und diese Statistik bildet die Grundlage für alle Schätzungen. Durch den Mangel an entsprechenden statistischen Angaben lässt sich nun zwar die Tatsache erklären, dass man in Amerika ohne speziell durchgeführte Untersuchungen nie eine genaue Vorstellung vom Umfang der Arbeitslosigkeit gewinnen kann, nicht aber die Tatsache, dass dort eines schönen Tages eine ungeheuere, von niemand geahnte Arbeitslosigkeit plötzlich „entdeckt“ wurde. Im letzten Jahr war eine Abschwächung der Konjunktur zu verzeichnen, jedoch kein so stürmischer Rückgang der Beschäftigung, der in der kurzen Zeit eine so gewaltige Arbeitslosigkeit bewirken könnte. Die Arbeitslosigkeit wurde aber in des Wortes wahrster Bedeutung *sichtbar*, das heisst, man *sah* in den Strassen der Grossstädte, und namentlich vor den verschiedenen Arbeitsvermittlungsstellen, eine ungewöhnlich grosse Anzahl von Arbeitssuchenden, was durch das gleichzeitige Zusammenwirken mehrerer Ursachen zu erklären ist: die andauernde allmäh-

liche Zunahme der Arbeitslosigkeit wurde durch die saisonmässige verstärkt, dazu kam der Zustrom von Arbeitslosen in die Grossstädte aus den Kohlenrevieren, wo zum Teil seit April 1927 gestreikt wird, wie aus einigen anderen Bezirken. Und dies geschah in der Zeit, als das politische Leben schon durch die Vorbereitung zur Präsidentenwahl beherrscht wurde. Die Republikaner wollten als *die* Partei der amerikanischen Prosperität in den Wahlkampf ziehen, wie sie es früher so oft mit Erfolg getan hatten. Unter diesen Umständen bot die sichtbar gewordene Arbeitslosigkeit den Demokraten die beste Gelegenheit, die Republikaner anzugreifen. Man sieht die Arbeitslosen, die bettelnden Leute, die durch die Not erschöpften und erbitterten Gestalten. Die „Leute von der Hauptstrasse“ fühlen sich nicht wohl, sie werden beunruhigt. Es bleibt nur, die Zahl der Arbeitslosen zu schätzen und allgemein bekanntzumachen: so sieht die berühmte republikanische (d.h. von der republikanischen Partei verursachte) Prosperität aus!

Darf man darauf schliessen, dass die öfters genannte Zahl von 4 Millionen Arbeitslosen bloss eine sensationelle, aus politischen Gründen entstandene Übertreibung ist? Oder handelt es sich um eine sensationelle Aufmachung an sich richtiger Tatsachen? Man war auf die angekündigte Richtigstellung des amerikanischen Arbeitsministeriums (Department of Labour) gespannt. Diese Richtigstellung sah aber nur äusserlich wie ein Dementi aus. Tatsächlich war sie eher eine Bestätigung und Bekräftigung. In der offiziellen Erklärung des Arbeitsministeriums wurde mitgeteilt, dass die Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger seit 1925 bis Januar 1928 von 25 222 742 auf 23 348 692, also um 1 874 050 *abgenommen* hat. Man darf aber diese Abnahme der Beschäftigten keinesfalls mit der Zahl der Arbeitslosen oder sogar nur mit der Zunahme der Arbeitslosen gleichsetzen, weil dabei erstens die Arbeitslosigkeit, die 1925 schon vorhanden war, und zweitens der natürliche Zuwachs der arbeitsfähigen Bevölkerung nicht berücksichtigt worden ist. Jede von diesen beiden Grössen übersteigt aber eine Million, so dass man zu den vom Arbeitsministerium angegebenen 1,9 Millionen noch unbedingt mehr als 2 Millionen hinzuzählen muss. Man kommt also auch auf diese Weise auf nicht weniger als 4 Millionen.

Nicht weniger als 4 Millionen? Vielleicht wäre es besser, zu sagen: nicht weniger als 10 Millionen! Warum sollen wir das Jahr 1925, wie es das Arbeitsministerium getan hat, oder das Jahr 1923, wie es in einigen anderen Schätzungen getan wird, und nicht 1920, das Jahr der letzten Volkszählung, als Vergleichsbasis nehmen? Dieselbe statistische Abteilung des Arbeitsministeriums schätzte die Zahl der Arbeiter und unteren Angestellten für 1920 auf etwa 29 Millionen (genauer 28 968 350). Seitdem müsste diese Zahl, nach dem Zuwachs der Bevölkerung gemessen, sich um mehr als 4 Millionen vermehrt haben; anstatt dessen hat sich die Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger nach den Angaben des Arbeitsministeriums um mehr als 5,5 Millionen vermindert. Also: wo sind 10 Millionen? Es ist doch unmöglich, anzunehmen, dass schon jahrelang solche Arbeitslosigkeit (1925 wären es nach dieser Schätzung etwa 6 Millionen!) existiert hätte, ohne von jemand bemerkt zu werden. Wir müssen

nun den Schluss ziehen, dass alle hier berührten Schätzungen auf falscher Grundlage gemacht werden, und dass sie auf einer Verwechslung von zwei verschiedenen Problemen beruhen. Es geht in Amerika seit Jahren eine grosse soziale Umschichtung vor sich, vielleicht darf man sogar von der Bildung neuer sozialen Schichten sprechen. Es liegt auf der Hand, dass man diese soziale Umschichtung nicht mit der Arbeitslosigkeit schlechthin gleichsetzen und jeden, der aus einem Beruf oder aus einer sozialen Schicht ausgesteuert wird, zu den Arbeitslosen zählen darf.

Sehen wir nun die offizielle Schätzung genauer an. Sie macht äusserlich den Eindruck der höchsten Genauigkeit, ist aber in Wirklichkeit äusserst ungenau. Das Arbeitsministerium hat nämlich die geschätzte Zahl der Lohnempfänger in den verarbeitenden Industrien und bei den Eisenbahnen im Jahre 1925 mit der *geschätzten* Zahl der Arbeiter in den gleichen Gruppen im Januar 1928 verglichen mit dem Ergebnis, dass eine Abnahme um 7,43 Prozent festgestellt wurde. Dann wurde angenommen, dass alle anderen Gruppen der Lohn- und Gehaltsempfänger (Landarbeiter, Bergarbeiter, Bureauangestellte, Handlungshelfen, Hausangestellte usw.) auch in dem gleichen Verhältnis, d. h. um 7,43 Prozent, sich verminderten. Die Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger ist auch auf Grund von Schätzungen für 1925 mit 25 222 742 angenommen; 7,43 Prozent davon ergeben 1 874 049,7; also zieht man 1 874 050 ab und behält als Rest 23 348 692. Dann kommt ein Hokusfokus: man veröffentlicht die auf diese Weise ermittelte Zahl als die Bestandszahl der Lohn- und Gehaltsempfänger im Januar 1928; sie wird als solche von der entsprechenden Zahl für 1925 abgezogen, wobei man natürlich wiederum auf die Ausgangszahl 1 874 050 zurückkommen muss, und dies soll nun als die angeblich *errechnete* Zunahme der Arbeitslosen gelten! Abgesehen von anderen möglichen Fehlerquellen, ist diese Schätzung aus dem Grunde unbrauchbar, da sie die *gleiche* Entwicklung in allen Wirtschaftszweigen voraussetzt, während die *Ungleichheit* der Entwicklung, die *Umschichtung*, zum Wesen des Problems gehört.

Es wurde durch die beiden im Jahre 1925 stattgefundenen grossen statistischen Erhebungen über die Landwirtschaft und über die verarbeitenden Industrien klar festgestellt, dass in diesen beiden Wirtschaftszweigen seit 1920 bzw. 1919 eine starke Abnahme der Beschäftigten stattgefunden hat. Für die Landwirtschaft ist die Berechnung der „Farm population“, d. h. der in den landwirtschaftlichen Betrieben wohnenden Bevölkerung bezeichnend; sie betrug:

1920	31 614 269
1925	28 981 668

Die beiden Zahlen sind nicht ganz vergleichbar, weil 1920 auch rund 600 000 Landarbeiter mitgezählt wurden, die eigentlich nicht in den Betrieben selbst wohnten, während diese Gruppen der Landarbeiter 1925 nicht mehr mitgezählt wurden. Man darf rechnen, dass in dieser Zeit die landwirtschaftliche Bevölkerung, in runden Zahlen, von 31 auf 29 Millionen zurückgegangen ist. Die Weiterentwicklung lässt sich auf Grund der laufenden Statistik des amerikanischen

Landwirtschaftsministeriums (Department of Agriculture) folgendermassen darstellen:

Die landwirtschaftliche Bevölkerung am 1. Januar:

1925	28 982 000
1926	28 541 000
1927	27 892 000
1928	27 699 000

Die Abnahme seit 1920 beträgt also etwa 3,3 Millionen. Die Zahl der Menschen, die die Landwirtschaft verlassen haben, ist aber noch bedeutend grösser. Um eine allgemeine Vorstellung von der Bevölkerungsbewegung auf dem Lande zu geben, sei hier folgende Zusammenstellung für 1927 angeführt:

Landwirtschaftliche Bevölkerung am 1. Januar 1927:	27 892 000	Mehr	Weniger
Im Jahre 1927 geboren	647 000		
Im Jahre 1927 gestorben			236 000
Übersiedelt vom Lande in die Städte			1 978 000
Übersiedelt von den Städten auf das Land	1 374 000		
Landwirtschaftliche Bevölkerung am 1. Januar 1928:	27 699 000		

In den letzten drei Jahren gestaltete sich die Bilanz der Bevölkerungsbewegung zwischen Land und Stadt folgendermassen. Es sind übersiedelt:

	Vom Lande	Auf das Land	Weniger
1925	1 900 000	1 066 000	834 000
1926	2 155 000	1 135 000	1 020 000
1927	1 978 000	1 374 000	604 000
	<hr/> 6 033 000	<hr/> 3 575 000	<hr/> 2 458 000

Wir sehen also, dass sich das Mehr der Abgewanderten vom Lande im Vergleich mit den Eingewanderten ziemlich genau errechnen lässt. Die entsprechende Zahl betrug für die Zeit vom 1. Januar 1920 bis zum 1. Januar 1925 etwa 4,3 Millionen und für die ganze Zeit vom 1. Januar 1920 bis 1. Januar 1928 rund 6,8 Millionen. In dieser Zahl sind aber nicht die Erwerbstätigen allein, sondern auch ihre Familienangehörigen mit einbegriffen. Wie stark wurde nun der Arbeitsmarkt durch diese Abwanderung aus der Landwirtschaft belastet? Wieviel von diesen 6,8 Millionen sind als Arbeitskräfte zu betrachten? Wir müssen uns damit begnügen, dass wir nur eine Grenze, nämlich die *untere* für die Zahl der von der Landwirtschaft zu anderen Wirtschaftszweigen abgewanderten Arbeitskräfte, errechnen. Am 1. Januar 1920 wurden 31,6 Millionen als „farm population“, das heisst als landwirtschaftliche Bevölkerung gezählt, und von diesen gehörten 10,3 Millionen zu den Erwerbstätigen in den landwirtschaftlichen Betrieben. Nach diesem Verhältnis gerechnet, sollten von den oben ermittelten 6,8 Millionen etwa 2,3 Millionen zu den Erwerbstätigen gezählt werden. Der Anteil der Arbeitskräfte an der Gesamtzahl der Abgewanderten war aber bedeutend höher, und zwar aus den folgenden Gründen:

Erstens machen den grösseren Teil der Abgewanderten die Landarbeiter aus, die im Durchschnitt bedeutend weniger Familienangehörige haben als die selbständigen Landwirte. Dann wird beobachtet, dass aus den Farmerfamilien die jüngere Generation, das heisst die noch unverheirateten Kinder, in die Städte

übersiedelt, wodurch der prozentuale Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtzahl der Abgewanderten auch gesteigert wird. Man darf also sagen, dass die Gesamtzahl der Arbeitskräfte, die auf diese Weise für die Verwendung ausserhalb der Landwirtschaft frei geworden ist, mehr als 2,3 Millionen beträgt. Diese Zahl wäre an sich gar nicht so hoch, um den Arbeitsmarkt empfindlich zu belasten. 2,3 oder mehr Millionen in 8 Jahren, also etwa 300 000 im Jahr — das liegt völlig im Rahmen der Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt von einem Jahr zum anderen. Die gleiche Zahl gewinnt aber eine ganz andere Bedeutung angesichts der Tatsache, dass in dieser Zeit die Abnahme der Zahl der Beschäftigten nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in vielen anderen Wirtschaftszweigen stattfand, vor allem in der verarbeitenden Industrie. Wir haben bereits erwähnt, dass auch die Betriebszählung der verarbeitenden Industrie eine bedeutende Abnahme der Gesamtzahl der Beschäftigten zwischen 1919 und 1925 feststellt, und zwar verminderte sich die Zahl der Arbeiter in den verarbeitenden Industrien von 9 Millionen auf 8 384 000. Aus der Schätzung des amerikanischen Arbeitsministeriums ergibt sich, dass die Zahl der Beschäftigten in der verarbeitenden Industrie im Januar 1928 etwa 7,7 Millionen betrug, während es, an dem Zuwachs der Bevölkerung gemessen, nicht weniger als 10,2 Millionen sein sollen, so dass hier auch die Unterbeschäftigung von nicht weniger als 2½ Millionen festzustellen ist. Für die Zahl der Eisenbahner haben wir die genauen Angaben, durch welche rund 95 Prozent aller in dem Eisenbahnverkehr Beschäftigten erfasst werden. Es waren bei den Eisenbahnen beschäftigt:

1919	1 913 000
1920	2 022 000
1927	1 774 000

Die Zahl der Beschäftigten im Bergbau (im Erz- und Kohlenbergbau wie auch in den Steinbrüchen) betrug:

1919	997 000
1925	967 000

Es hat sich auch die Zahl der Beamten vermindert, die in den Organen der föderativen Regierung tätig sind. Die Zahl dieser Beamten betrug:

1921	597 000
1925	548 000

Als Aufnahmegebiete für die Arbeitskräfte, die in der Landwirtschaft oder in der verarbeitenden Industrie frei wurden, kommen einige Berufsgruppen in Frage, über deren Entwicklung leider keine genaueren Angaben vorhanden sind. Die starke Entwicklung aber, die im Laufe der letzten Jahre der Autoverkehr angenommen hat, hat nicht nur die Zunahme der beruflichen Autoführer bewirkt, sondern auch die Zahl der Beschäftigten im Handel mit den Wagen und mit den Betriebsstoffen hat stark zugenommen, wie auch die Zahl der Beschäftigten im Strassenbau. Auch die Zahl der Beschäftigten bei der Herstellung der Filme und in den Kinos ist stark gestiegen. Man kann ein genaues Bild über Entwicklung des Handels in diesen Jahren noch nicht gewinnen; man darf aber nach den

einzelnen Beschreibungen annehmen, dass die Zahl der Beschäftigten im Handel eher zu- als abgenommen hat.

Zur Entlastung des Arbeitsmarktes hat aber am stärksten ohne Zweifel die Entwicklung der Bautätigkeit beigetragen, und die Abschwächung der Beschäftigung auf diesem Gebiet gehört mit zu den wichtigsten Ursachen, warum in der letzten Zeit die Arbeitslosigkeit so stark in Erscheinung getreten ist.

Das Bild ist alles andere als einheitlich. Es hat ohne Zweifel eine gewisse Verschiebung von einer Berufsgruppe zur anderen stattgefunden. Während in einigen Wirtschaftszweigen die Zahl der Beschäftigten stark zurückgegangen ist, haben andere, die früher eine viel geringere Rolle spielten, jetzt eine ganz besondere Bedeutung bekommen. Und trotzdem wurde dadurch der Rückgang der Zahl der Beschäftigten in den grössten Wirtschaftszweigen — Landwirtschaft und verarbeitende Industrie — bei weitem nicht ausgeglichen. Daher die eigenartige Erscheinung, die jetzt als riesengrosse amerikanische Arbeitslosigkeit so starkes Aufsehen erregt hat. Man darf aber nicht alle diejenigen, die *beschäftigungslos* geworden sind, als Arbeitslose im üblichen Sinne betrachten. Zu einem gewissen Teil, den wir leider nicht näher schätzen können, sind es zum Beispiel die Arbeiter, die schon die *jetzt nach unten verlegte* Altersgrenze überschritten haben, und die von ihren Ersparnissen und noch mehr von der Unterstützung ihrer Kinder leben. So viel ist jedenfalls sicher, dass die Zahl der Beschäftigungslosen in den letzten Jahren bedeutend grösser war als die Zahl derjenigen, die bloss aus konjunkturellen Gründen erwerbslos wurden. Man beobachtet vielmehr, dass auch während der Periode, die alle übrigen Merkmale der ausgezeichneten Konjunktur trug, die Zahl der Beschäftigten in der verarbeitenden Industrie zurückging.

Die letzte Betriebszählung, deren Ergebnis bekanntgeworden ist, ist die von 1925. Im Jahrbuch des Wirtschaftsministeriums für dieses Jahr („Commerce Yearbook 1925“) wurde geschrieben:

„Als Ganzes betrachtet, erreichten Industrie und Handel in den Vereinigten Staaten im Laufe des Jahres 1925 die höchsten Grenzen, die je in unserer Geschichte erreicht wurden, die Jahre der anormalen Aktivität während des Krieges nicht ausgenommen.“

Trotzdem bietet die Entwicklung der verarbeitenden Industrien, die jedes zweite Jahr durch die Betriebszählung erfasst werden, das folgende Bild:

	Zahl der Unternehmen	Zahl der Angestellten	Zahl der Arbeiter
1919	214 000	1 429 000	8 990 000
1921	196 000	1 141 000	6 938 000
1923	196 000	1 350 000	8 768 000
1925	187 000	1 340 000	8 384 000

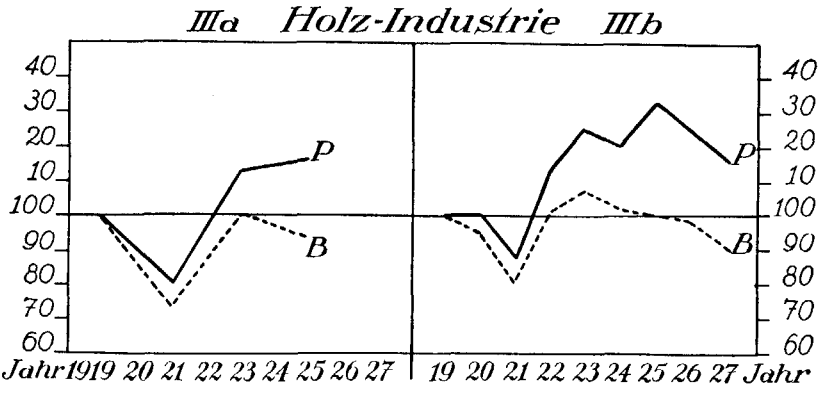
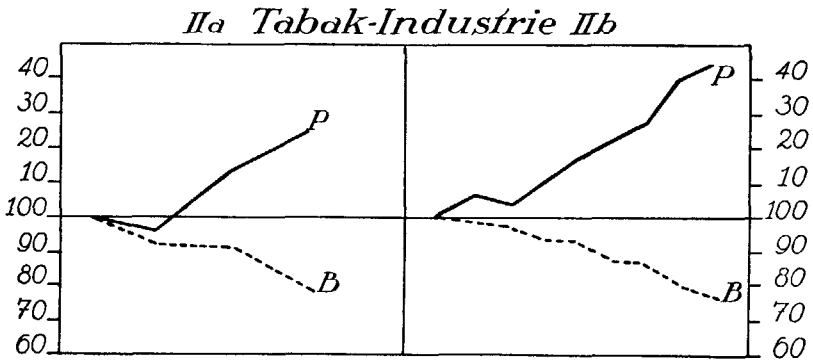
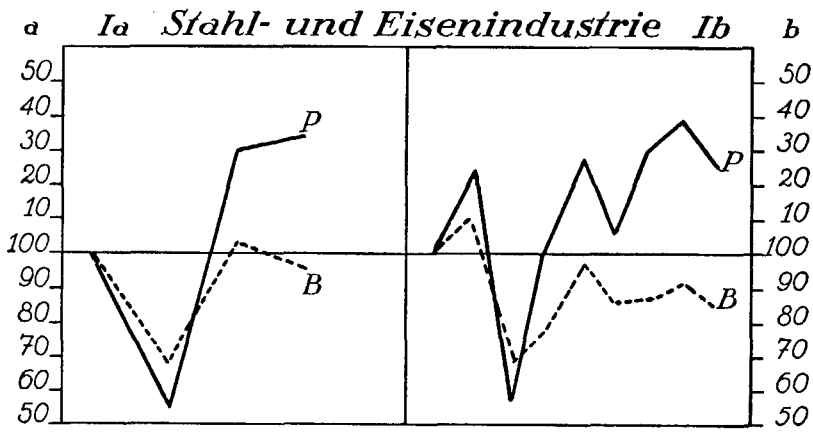
1921 war das Jahr der furchtbaren Krise, so dass die Zählung von 1921 den tiefsten Stand der amerikanischen Wirtschaft widerspiegelt. Im übrigen ist der grosse Zug der Entwicklung in der Richtung einer Abnahme der Zahl der Beschäftigten und namentlich der Arbeiter unverkennbar. *Eine Abnahme der Zahl der Arbeiter bei gleichzeitiger Zunahme der Erzeugung* — darin zeigt sich dieser

grosse Zug der Entwicklung, wie er aus folgender Tabelle besonders klar ersichtlich wird:

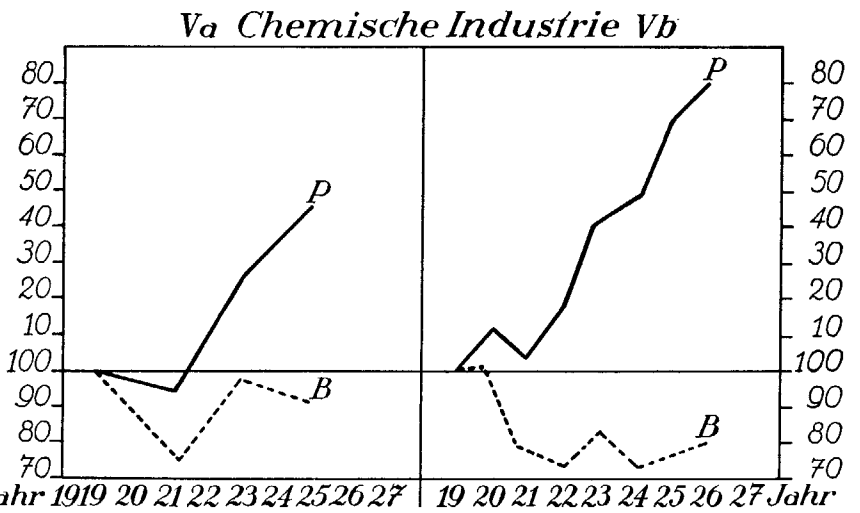
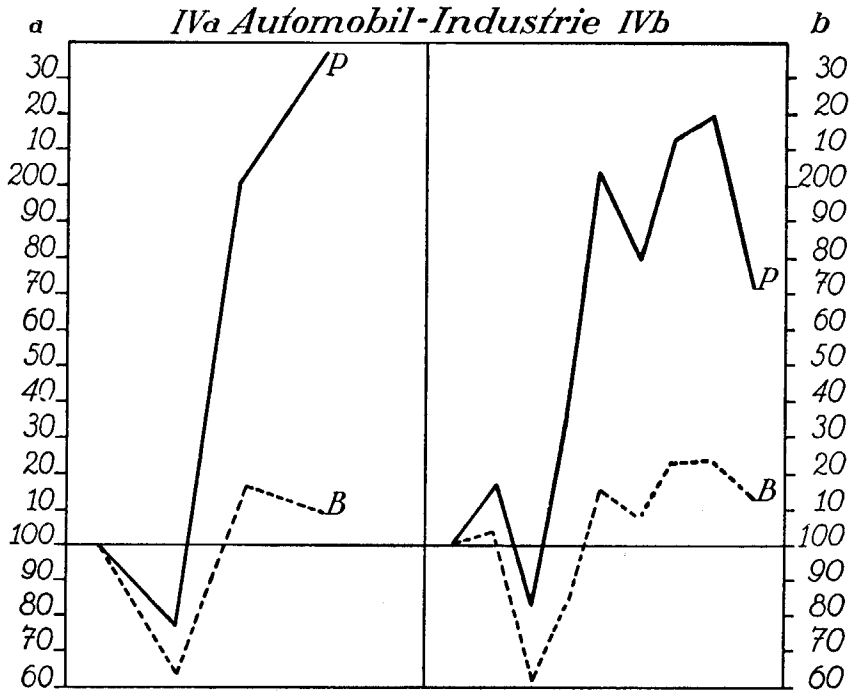
	Zahl der Lohnempfänger	Bevölkerung	Anteil der industr. Arbeiter an der Gesamtbevölkerung	Produktionsmenge	Produktion je Arbeiter
1919	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1921	77,2	103,3	73,9	78,6	101,8
1923	97,5	106,4	90,7	120,2	123,3
1925	93,3	109,9	83,9	125,0	134,0

Wir haben diese Zusammenstellung dem „Monthly Labour Review“ (Monatschrift des offiziellen „Bureau of Labor Statistics“) entnommen, wobei wir uns dessen bewusst sind, dass die „Produktionsmenge“ der gesamten Industrie keine genau festzustellende und im Grunde genommen eine fiktive Grösse ist. Die Untersuchung aller einzelnen Industrien führt aber zu einem so übereinstimmenden Ergebnis, dass es keinem Zweifel unterliegt, dass die hier angeführte Zusammenstellung ein völlig richtiges Bild der Entwicklung gibt. Sie ist aufgebaut auf dem Produktionsindex des Federal Reserve Board und wurde im Mai 1927 veröffentlicht. Einige Wochen später wurden vom amerikanischen Wirtschaftsministerium (Department of Commerce) die Ergebnisse der Untersuchung über die Entwicklung der verarbeitenden Industrien veröffentlicht, in denen der Umfang der Produktion für jedes fünfte Jahr vor und jedes zweite Jahr nach dem Kriege auf Grund der Betriebszählungen errechnet wird. Wir haben die Entwicklung der einzelnen Industriegruppen, wie sie sich erstens nach den Betriebszählungen und zweitens auf Grund der Produktions- und Beschäftigungsindizes darstellt, genau verglichen und graphisch durch Kurven aufgezeichnet. Die Ergebnisse sind völlig eindeutig und übereinstimmend, wie es aus einigen Beispielen, die wir hier anführen, ersichtlich wird. Die Kurven, die auf Grund der Betriebszählungen gezeichnet werden, reichen bis 1925, die nach den Indizes gezeichneten bis 1927 oder 1926. In allen Fällen ist für die Produktionsmenge wie auch für die Zahl der Beschäftigten 1919 mit 100 angenommen. In allen Fällen ist die obere, mit P bezeichnete Kurve die der Produktionsmenge und die untere, mit B bezeichnete, die der Zahl der Beschäftigten.

Auf unseren Schaubildern Ia und Ib sehen wir die Kurven für die Stahl- und Eisenindustrie. 1921 war für die Industrie das Jahr des Tiefstandes: es wurden im Laufe des Jahres nur 56 Prozent der Produktion von 1919 und nur 41 Prozent der Produktion des Rekordjahres 1926 erreicht. Während des Aufschwunges, der nach dem Jahr 1921 stattfand, hat die Rationalisierung die starke Produktivitätssteigerung bewirkt, so dass 1923 die Produktion ihrer Menge nach um 28 bis 31 Prozent (die erste Zahl ist auf Grund des Produktionsindex, die zweite auf Grund der Betriebszählung errechnet) grösser war als 1919, während die Zahl der Beschäftigten ungefähr die gleiche wie 1919 (nach dem Beschäftigungsindex 98 Prozent und nach der Betriebszählung 102 Prozent) war. Die Kurven Ia geben die Schwankungen von 1923 zu 1924 und von 1924 zu 1925 nicht wieder, sondern zeigen nur, dass die Produktivität zwischen 1923 und 1925 so gestiegen ist, dass 1925 eine etwas grössere Produktionsmenge als 1923 mit einer geringeren



Jahr 1919 20 21 22 23 24 25 26 27 | 19 20 21 22 23 24 25 26 27 Jahr



Jahr 1919 20 21 22 23 24 25 26 27 | 19 20 21 22 23 24 25 26 27 Jahr

Zahl von Beschäftigten erreicht wurde. Es ist aber sehr wichtig, auf Grund der Kurven Ib feststellen zu können, dass während des neuen Aufschwunges 1924 bis 1926 die Zahl der Beschäftigten wiederum gestiegen ist, ohne aber die Zahl weder von 1919 noch sogar von 1923 erreicht zu haben.

Noch stärker hat sich die Produktivitätssteigerung in der Tabakindustrie (Schaubilder IIa und IIb) ausgewirkt. Dieses Beispiel ist insbesondere deshalb wichtig, weil hier die Produktionsmenge (die Zahl der erzeugten Zigarren und Zigaretten, das Gewicht des erzeugten Rauchtobaks) am einfachsten und am genauesten festzustellen ist. Hier war die Produktion 1925 nach der Betriebszählung um 24,5 Prozent und nach dem Index um 26 Prozent grösser als 1919, während die Zahl der Beschäftigten nur 80 bis 87 Prozent der von 1919 ausmachte; 1927 betrug die Produktion 144 Prozent und die Zahl der Beschäftigten nur 79,5 Prozent (nach den Indizes gerechnet) gegenüber 1919. Hier war die Produktionssteigerung so, dass die Zahl der Beschäftigten trotz der ununterbrochenen Steigerung der Produktion ebenso ununterbrochen abnahm. Die Schaubilder IIIa und IIIb, auf denen die Kurven für die Holzindustrie wiedergegeben sind, zeigen die gleiche, aber weniger stark ausgesprochene Entwicklung: zwischen 1921 und 1924 bewegen sich die beiden Kurven nahezu parallel, und dann hat eine so starke Produktivitätssteigerung eingesetzt, dass die Zahl der Beschäftigten trotz des bedeutenden Aufschwungs abgenommen hat. Besonders eindrucksvoll sind aber die Schaubilder IVa und IVb für die Automobilindustrie: dies ist das Bild der Industrie, die sich in starker Fortentwicklung befindet, bei der die scharfe Konkurrenz eine kolossale Produktivitätssteigerung bewirkte und die Verdienstmöglichkeiten infolge der Absatzsteigerung es lohnend machten, das Risiko des scharfen Konkurrenzkampfes aufzunehmen. Ein ähnliches Bild bietet auch die Entwicklung der chemischen Industrie (Va und Vb), bei der eine starke Produktivitätssteigerung infolge des gewaltigen wissenschaftlich-technischen Fortschrittes stattfand. Das sieht man besonders klar auf dem Schaubild Vb. Der Unterschied zwischen beiden Bildern ist auf die verschiedene Zusammensetzung der Gruppen zurückzuführen.

In allen diesen (und auch fast in allen übrigen) Fällen war die Entwicklung so, dass die Arbeitskräfte, die durch den technischen Fortschritt oder durch die Rationalisierung freigesetzt wurden, nur während eines starken Aufschwunges neue Verwendung in derselben Industrie finden konnten. Blieb aber ein solcher Aufschwung aus, dann nahm die Zahl der Beschäftigten in der betreffenden Industrie ab, auch wenn die Produktion, wie in der Tabakindustrie, allmählich und ununterbrochen zunahm. Man darf sagen, dass die Ab- und Zunahme der Beschäftigten in jeder Industrie bei dieser Entwicklung nicht nur von der allgemeinen Konjunktur abhing, sondern auch davon, in welchem Ausmass der technische Fortschritt und die Rationalisierung, also die Produktivitätssteigerung überhaupt, *den neuen Absatzmarkt* für diese Industrie schufen. Dass die Tendenz dazu vorhanden war, wird aus der Tatsache der sinkenden Preise während der guten Konjunktur ersichtlich. Dass diese Tendenz nicht stark genug war, oder dass die Aufnahmefähigkeit des Marktes aus anderen Gründen

nicht ausreichte, davon überzeugt uns die Tatsache, dass die Gesamtzahl der Beschäftigten in den verschiedenen Industrien letzten Endes zurückgegangen ist.

So gewinnt die Problematik der amerikanischen Arbeitslosigkeit einen festeren Umriss. Wir sehen, dass wir es im Fall der amerikanischen Arbeitslosigkeit nicht nur mit einer konjunkturellen Erscheinung zu tun haben, sondern auch mit einem dauernden vielseitigen Prozess, der allerdings durch die Abschwächung der Konjunktur besonders stark in Erscheinung tritt. Wenn 1927 die industrielle Beschäftigung um rund 4 Prozent schwächer war als 1926, das heisst als im Jahre der ausgezeichneten Konjunktur, so wurde dadurch die Zahl der Arbeitslosen um einige Hunderttausend vermehrt. Noch stärker wirkte aber die Tatsache, dass auch in den Jahren der besseren Konjunktur die Erweiterung der industriellen Produktion dadurch gelähmt wurde, dass auf den wesentlichen Gebieten der Volkswirtschaft ein Ausfall der Kaufkraft stattfand, dem keine genügende Kaufkraftsteigerung auf der anderen Seite gegenüberstand. Auch Amerika hat also sein Problem des inneren Marktes, auch Amerika ist noch nicht reich genug!

Arbeitsmarktbericht

Von Ernst Berger (Gent)

Wir legten der Besprechung des *europäischen Arbeitsmarktes* eine Gliederung der Länder zugrunde, die von deren Währungsverhältnissen ausging¹⁾. Die Wertbewegung der Währung, Entwertung und Aufwertung, hat, wie wir sahen, einen weitgehenden Einfluss auf die Stellung fast jedes einzelnen Landes zum Weltmarkt ausgeübt. Je länger ihm zunächst die Entwertung seines Geldes eine scheinbare Senkung der Produktionskosten und damit, freilich teilweise unter Verschleuderung von Substanz und Arbeitswerten, einen Vorsprung auf dem Weltmarkt bescherte, je mehr sich dann Preise und Löhne dem gesunkenen Währungsstande durch entsprechende Steigerung angepasst hatten, um so höher wuchsen seine Preise über die des Weltmarktes hinaus, wenn seine Währung wieder stieg oder sich gar dem ursprünglichen Goldpunkte wieder näherte. Der vorherige zeitweise Vorsprung auf dem Weltmarkt verwandelte sich nun in das Gegenteil. Der überhöhte inländische Preisstand begünstigte die ausländische Einfuhr, schwächte die eigene Ausfuhrfähigkeit und beeinträchtigte auf beiden Wegen den einheimischen Arbeitsmarkt. Wie tiefgreifend diese Auswirkungen waren, ergibt sich daraus, dass sie überwiegend auch jetzt noch fühlbar, wenn auch teilweise abgeschwächt sind. Sie als wichtigstes Merkmal für die internationale Vergleichung des Arbeitsmarktes anzuerkennen, ist man jetzt vielleicht sogar in weiteren Kreisen bereit als früher. So besteht für uns jedenfalls kein Anlass, von unserer bisherigen Gruppierung abzugehen.

¹⁾ Vgl. die Arbeitsmarktberichte in der „Arbeit“, 1927, Heft 5, S. 322, und Heft 10, S. 653.

Unter den Staaten, deren Währung nach nur mässigen Schwankungen seit längerer Zeit wieder den Goldpunkt hält, interessiert uns aus mannigfachen Gründen *Grossbritannien* am meisten. Wir bemerkten im vorigen Berichte, dass es für dieses Land nicht leicht sein würde, seine nun seit Jahren beträchtliche Arbeitslosigkeit nachhaltig zu verringern. Tatsächlich lag auch im letzten Winter der Arbeitsmarkt nicht günstig, aber im ganzen scheint sich langsam eine Besserung anzubahnen. Die Arbeitslosenziffer, die im Mai 1927 1,06 Millionen, d. h. 8,8 Prozent der für den Fall der Arbeitslosigkeit versicherten Personen, betragen hatte, stieg bis zum August geringfügig auf 1,13 Millionen (9,4 Prozent), hielt sich auf etwa dieser Höhe bis zum Oktober, stieg dann im November, der Jahreszeit entsprechend, auf 1,2 Millionen (9,9 Prozent) und zu Jahresende auf 1,37 Millionen. Schon im Januar begann sie zu sinken, betrug zu Anfang Februar 1,2, zu Ende Februar 1,14, zu Ende März 1,06 Millionen. Sie lag damit um rund 130 000 unter der Ziffer vor Jahresfrist. Insgesamt verstärkt sich der Eindruck, dass eine wirtschaftliche Umschichtung im Gange ist. Den älteren, vormals wichtigsten Industrien: dem Kohlenbergbau, Teilen der Metallindustrien und solchen der Textilindustrie, geht es wenig gut. Die jahrelang besonders schwach beschäftigte Werftindustrie zeigt eine gewisse Besserung. Kräftig erstarkt ist eine Reihe neu geschaffener Industriezweige, so die Kunstseiden-, Automobil-, Papier- und chemische Industrie. Der im ganzen gesunde Kapitalmarkt begünstigt die schrittweise wirtschaftliche Besserung.

In den *Niederlanden* hat sich die verhältnismässig günstige Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes im ganzen fortgesetzt, offenkundig begünstigt durch die lebhaftere Wirtschaftstätigkeit in Deutschland. Der Hundertsatz der Erwerbslosen unter den Gewerkschaftsmitgliedern, der im Juni vorigen Jahres 6,5 betragen hatte, hielt sich auf dieser Höhe mit geringen Schwankungen bis zum Oktober, um im November auf 8,4, zum Jahresschluss allerdings stärker anzusteigen. Erhebliche Saisonschwankungen sind hier aber durch die wirtschaftliche Struktur weitgehend bedingt.

Fortschreitend günstiger hat sich, ebenfalls im Zusammenhang mit der zeitweise sehr lebhaften deutschen Konjunktur, der Arbeitsmarkt in der *Schweiz* entwickelt. Hatte dort die Arbeitslosenziffer sich vom Mai vorigen Jahres zum Herbst von 8000 auf 12 000 und dann bis zum Januar weiter auf 14 000 bewegt, so ist seither, bis Ende März, ein Rückgang auf rund 8000 eingetreten, und mit fortschreitender Jahreszeit dürfte die Ziffer verschwindend klein werden. Schon herrscht in einer Reihe von Berufen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, und in kleineren Landstädten macht sich der ungedeckte Bedarf empfindlich fühlbar.

In *Schweden* hat der Arbeitsmarkt im ganzen eine saisonmässige Entwicklung genommen, wenn dort die Arbeitslosenziffer von 21 000 um die Jahresmitte 1927 auf rund 50 000 zu Jahresende gestiegen ist. Gegen das Frühjahr hin setzt erfahrungsgemäss eine erhebliche Besserung ein. Zurzeit sind die meisten Industriezweige gut beschäftigt, auch die seit längerer Zeit klagende Zelluloseindustrie zeigt Fortschritte. Nur die Hüttenindustrie liegt nach wie vor ungünstig.

Wir eröffnen den Reigen der Länder, in denen die Aufwertung der Währung noch neueren Datums ist, mit *Norwegen*. Die in recht kurzer Zeit vollzogene Steigerung des Wertes der norwegischen Krone um rund hundert Prozent hat dem Arbeitsmarkte Furchen gegraben, die wohl erst nach längerer Zeit verflachen werden. Während des ganzen Jahres 1927 ist der Prozentsatz der Arbeitslosen nicht unter 20 gesunken, im Jahresmittel hat er 25,4, zu Jahresende 28 und damit nicht viel weniger als ein Jahr zuvor (29,6) betragen. Die Depression ist noch ziemlich allgemein, nur ein paar stillgelegte Werften haben den Betrieb wieder aufgenommen, und die Stickstoffindustrie zeigt Fortschritte.

Nicht viel besser sieht es in *Dänemark* aus, dessen Valuta bekanntlich eine der norwegischen sehr ähnliche Bahn durchlaufen hat. Zu Jahresende 1926 hatte der Prozentsatz der Arbeitslosen unter den Mitgliedern der Gewerkschaften 32,2 betragen. Er ist bis zum September 1927 auf 16,1 zurückgegangen, um bis zur Jahreswende 1927/28 wieder auf 30,5 — immerhin nicht so hoch wie ein Jahr zuvor — zu steigen. Bei dem ausgesprochenen Saisoncharakter des dänischen Arbeitsmarktes mag gegen den Sommer hin eine kräftigere Entlastung erwartet werden.

Verhältnismässig glatt hat sich der Stabilisierungsprozess in *Belgien* vollzogen. Die neue Münzeinheit, die „Belga“, hält seit eineinhalb Jahren sicher ihren Kurs. Der Geschäftsgang ist, trotz zeitweiser innerer Umschichtungen, im ganzen befriedigend. Starke Rohstoffeinfuhr, steigende Ausfuhr von Fertigerzeugnissen kommen der Wirtschaft im Innern zugute und bieten einen Rückhalt auch für den Arbeitsmarkt. Arbeitslosigkeit hat während des Jahres 1927 im Durchschnitt nur 5,5 Prozent der Arbeitnehmer betroffen. Zu Anfang 1928 lag sie, der Jahreszeit entsprechend, mit 9,2 Prozent etwas höher, um gegen den März wieder auf 5 Prozent herabzugehen.

In *Frankreich* dürfte der bis Ende 1926 tatsächlich vollzogenen Stabilisierung die gesetzliche demnächst folgen. Die Umstellung der Wirtschaft auf den erhöhten Kursstand des Franken, dessen Goldkurs immerhin doppelt so hoch liegt wie um die Jahresmitte 1926, hat sich langsam unter mancherlei Schwierigkeiten, aber doch in erträglichen Formen vollzogen. Eine eigentliche Krise ist nicht eingetreten, jedenfalls nicht für den Arbeitsmarkt. Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, dass der französischen Arbeitsmarktpolitik ein sehr wesentliches Ventil in der Wanderungsbewegung zur Verfügung steht. Das Land beschäftigt rund 1½ Millionen ausländische Arbeitskräfte, die durch Zu- und Abwanderung stark fluktuieren. Beschränkung der ersteren, Erleichterung der letzteren haben, wie erwartet, genügt, um den Arbeitsmarkt weitgehend zu entlasten. Allein in der Zeit vom 1. Januar bis 30. September sind rund 50 000 bis 60 000 Industriearbeiter mehr ab- als eingewandert. Die Arbeitslosenziffer, soweit die Statistik sie, freilich unzulänglich, erfasst hat, ist über 100 000 während des Jahres 1927 nicht hinausgegangen. Im Spätherbst wurden noch 20 000, im Januar 1928 noch weniger Arbeitslose gemeldet. Selbst wenn man die wirkliche Zahl doppelt so hoch oder höher annimmt und noch etwas Kurzarbeit hinzurechnet, muss die Lage des französischen Arbeitsmarktes als ver-

gleichsweise recht befriedigend gelten. Günstiger Geldmarkt, steigende Rohstoffzufuhr, wachsender Auftragsbestand, wenigstens bei einem Teil der Industriezweige, lassen auch die Aussichten für die Zukunft freundlich erscheinen.

Mitten in den wirtschaftlichen Auswirkungen der Stabilisierung steht noch *Italien*. Wie im letzten Bericht bemerkt, stellte sich um die Jahresmitte die Ziffer der Arbeitslosen und Kurzarbeiter mit 215 000 fast dreimal so hoch wie ein Jahr zuvor. Sie ist gegen Jahresende beträchtlich weiter gestiegen, nämlich auf 554 000. Bei dieser Entwicklung haben Einflüsse der Jahreszeit sowie der Rückgang der Auswanderung — der allein nach Frankreich in den ersten acht Monaten des Jahres 1927 rund 50 000 Personen betragen hat — eine nicht unerhebliche Rolle gespielt. Aber auch die eigentliche Konjunkturlage ist ungünstig und eine entscheidende Besserung noch nicht ersichtlich.

Die Wirtschaft der *Tschechoslowakei*, die in bezug auf natürliche Hilfsquellen so günstig gestellt ist wie wenig andere in Europa, hat ein besonders gutes Jahr zu verzeichnen, wobei die Wechselbeziehungen zur Konjunkturlage in Deutschland ebenfalls nicht zu verkennen sind. So ziemlich alle Industriezweige sind gut beschäftigt, unerledigte Aufträge teilweise noch für ein halbes Jahr vorhanden, die Rohstoffzufuhren andauernd hoch. Die Arbeitslosigkeit ist auch während des Winters geringfügig gewesen; im März zählte man 55 000 Arbeitslose.

Polen hatte bekanntlich auch nach Ersatz seiner alten Währung noch einmal den Kampf gegen die Geldentwertung zu führen und hat den Zloty bei etwa 60 Prozent des ursprünglich gedachten Goldkurses nunmehr dauerhafter festgelegt. Wirtschaft und Arbeitsmarkt hatten bis in das Jahr 1926 hinein unter dem Ringen der Währung mancherlei zu leiden. Seither ist im ganzen eine Besserung zu beobachten. Sie begann mit der Kohlenkonjunktur des Jahres 1926, die freilich im folgenden Jahre nicht voll anhielt. Dafür kam auch hier die deutsche Konjunktur einigermassen zustatten. Das gilt besonders im Bereiche der Textilindustrie, aber auch Eisen, Stahl und Zink weisen hohe Produktionsziffern auf. Die Naphthaindustrie hatte unter den Preiskämpfen des Weltmarktes zu leiden. Eine überwiegend gute Ernte kommt dem Absatz der Industrie zugute. Gegen Jahresende war allerdings eine leichte Abschwächung der wirtschaftlichen Betätigung festzustellen. Nach den Ziffern des Arbeitsmarktes aber, der stark saisonbedingt ist, könnte man sie leicht überschätzen. Die Zahl der eingeschriebenen Arbeitslosen ist nämlich von 115 000 im Oktober 1927 auf 137 000 im November, 165 000 im Dezember und 182 000 im Januar 1928 gestiegen, damit aber immerhin um rund 30 000 unter der Ziffer vom Januar 1927 geblieben.

In *Österreich* hält die im Verhältnis zur Einwohnerzahl ausserordentlich hohe Arbeitslosigkeit, wenn auch unter Schwankungen, an. An sich war, wiederum im Zusammenhange mit der Bewegung der deutschen Wirtschaft, das Jahr 1927 auch für die österreichische vergleichsweise etwas günstiger als manche Vorjahre, Eisen- und Stahlerzeugung, metallverarbeitende Gewerbe und Textilindustrie wiesen eine zum Teil erhebliche Produktionssteigerung auf. Doch trat

gegen Jahresende wieder eine Abschwächung ein, die allerdings zum Teil saisonbedingt war. Sie hat zurzeit wieder einer gewissen Besserung Platz gemacht. Andererseits drücken auf den Arbeitsmarkt zurzeit auch die arbeitssparenden Wirkungen der österreichischen Rationalisierungsmassnahmen. Mit diesen Vorbehalten war die Entwicklung der Arbeitslosenziffer die folgende: Oktober 1927 127 000, November 160 000, Dezember 207 000, Januar 1928 231 000, Ende März 180 000. Wenn letztere Ziffer um etwa 25 000 unter derjenigen vor Jahresfrist liegt, so ist dabei zu berücksichtigen, dass seither etwa ebenso viele über 60 Jahre alte Arbeitslose aus der Arbeitslosenfürsorge ausgeschieden und in den Bezug von Altersrente getreten sind.

Den vielgestaltigen Verhältnissen *Sowjet-Russlands* in wenigen Sätzen gerecht zu werden, ist schwer. Im Vordergrund steht hier das Problem der Kapitalbeschaffung, von welcher der Wiederaufbau und Ausbau der Industrie und damit auch das Mass der möglichen Arbeitsgelegenheit weitgehend abhängen. Die Zahl der in den industriellen Betrieben beschäftigten Arbeiter hatte vor dem Kriege etwa 2,5 Millionen betragen und stellt sich für das Jahr 1927 mit 2,6 Millionen durchschnittlich etwas höher. Die Arbeitslosenziffer ist daneben noch bedeutend. Die Angaben darüber lauten freilich einigermassen widerspruchsvoll. Man wird sie richtig vielleicht mit einer Million im Sommer und eineinhalb Millionen im Winter annehmen. Wer sich unseres Berichtes vom Mai vorigen Jahres erinnert, in dem wir vom Mehrschichtensystem als Mittel zur Verminderung der Arbeitslosigkeit bei kleinstem Kapitalaufwand sprachen, wird vielleicht mit Interesse hören, dass die Sowjetregierung diesen Weg neuerdings beschreitet. Am 6. Januar 1928 hat sie 22 Textilbetriebe bestimmt, in denen künftig in drei Schichten von je sieben Stunden Dauer gearbeitet werden soll. Das System sei schrittweise zu erweitern, und zwar in den Jahren 1928/29 auf rund ein Viertel der in Betracht kommenden Betriebe, in den folgenden drei Jahren je auf ein weiteres Viertel. Vorläufig scheint der Mangel an hinreichend qualifizierten Facharbeitern für die Besetzung der dritten Schicht einige Schwierigkeiten zu bereiten.

In *Kanada*²⁾ ist die Automobilindustrie zwar von der Entwicklung in den Vereinigten Staaten einigermassen mitbetroffen worden, im übrigen aber verzeichnete dieses weite, zukunftsreiche Land ein sehr gutes Jahr. Die ausgezeichnete Ernte der vorherrschenden Landwirtschaft bedeutete für die nicht übermässig zahlreiche Industrie eine aufnahmefähige Absatzbasis. Die Erwerbslosigkeit war demgemäss — mit 4,9 Prozent der Arbeiterschaft im Monatsdurchschnitt — erträglich und niedriger als im Vorjahr. Zu Jahresende 1927 war allerdings eine leichte Steigerung festzustellen.

Von den übrigen überseeischen Ländern weist *Argentinien* zurzeit eine Abschwächung des Arbeitsmarktes auf, zum Teil im Zusammenhang mit der Einfuhrpolitik europäischer Länder. In *Australien* hat sich gegen Jahresende der Arbeitsmarkt leicht verschlechtert, in *Neuseeland* gebessert. *Japan* erholt sich

²⁾ Von der Berichterstattung über den Arbeitsmarkt der Vereinigten Staaten ist in diesem Zusammenhang abgesehen worden, da sich damit ein besonderer Aufsatz von G. Decker in diesem Heft (S. 299) befasst.

langsam von den schweren Folgen, welche dort die Erdbebenkatastrophe nach sich gezogen hatte.

Wir haben den Arbeitsmarkt des Auslandes diesmal ausführlicher geschildert als in früheren Jahren. Das mag sich rechtfertigen einmal deshalb, weil die wieder zunehmende internationale Verflechtung der Wirtschaft die Rückwirkungen der ausländischen Verhältnisse auch auf *Deutschlands Wirtschaft und Arbeitsmarkt* steigert. Sodann aber werden wir die Geduld des Lesers auch dadurch entschädigen können, dass der Bericht über den deutschen Arbeitsmarkt diesmal in manchen Teilen kürzer gehalten werden kann. Das ist deshalb möglich, weil die Ausführungen unseres Berichtes vom Herbst, einschliesslich der vorsichtigen Andeutungen über die voraussichtliche Weiterentwicklung, im wesentlichen zutreffend waren. Wir schlossen im Oktober unseren Bericht mit folgenden Worten:

..... besteht für die *nächste Zukunft kein Anlass zu übermässiger Besorgnis*. Noch scheint der deutsche Konsum aufnahmefähig. Noch sind die Lager des Handels meist nicht übermässig gefüllt. Noch ist der Auftragsbestand bei der Industrie ein erheblicher. Die Kapitalversteifung ist im Gange, aber sie dürfte erst allmählich der Inlandkonjunktur Grenzen ziehen. Inzwischen können wir an der inneren wirtschaftlichen Festigung, an der Senkung unseres Preisstandes, an der Steigerung unserer Ausfuhr weiterarbeiten und *müssen es*. Besser ist es, wir erkennen die Unsicherheit unserer Lage, bemühen uns, sie zu bessern, als dass wir uns durch wahrscheinliche Rückschläge allzusehr entmutigen lassen. In diesem Sinne werden wir auch nicht verzweifeln, falls die Erwerbslosenziffern im *späteren Verlauf des Winters* zeitweise die Million wieder überschreiten.

Den tatsächlichen Verlauf der Entwicklung seit dem Herbst mögen zunächst wieder unsere gewohnten Tabellen aufzeigen. Wir erinnern an unsere früheren Erläuterungen dazu. Zum Zwecke leichterem Vergleich und richtigerer Beurteilung beschränken wir das Zahlenbild nicht ausschliesslich auf den engeren Berichtszeitraum, sondern ziehen seine Linien ein Stück in die Vergangenheit zurück. Somit erfassen unsere Darstellungen über die *Statistik der Erwerbslosenunterstützung* (Tafel 1) und der *Arbeitslosigkeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern* insgesamt den Zeitraum vom September 1925 bis April 1928, wobei aber die Angaben aus neuerer Zeit, die naturgemäss stärker interessieren, vorangestellt sind (Tafel 1, Spalte 1 bis 6, Tafel 2, Spalte 1 bis 4) und die Angabenhäufigkeit sinngemäss für den engeren Berichtszeitraum, d. h. das Winterhalbjahr 1927/28, am grössten ist. Neben jede Angabe aus neuerer Zeit ist diejenige für den entsprechenden Zeitpunkt des Vorjahres gestellt (Tafel 1, Spalte 7 bis 10, Tafel 2, Spalte 5 bis 8). In den letzten Spalten jeder Tafel ist dann der Vergleich zwischen dem jeweiligen Stande des Arbeitsmarktes und demjenigen zur entsprechenden Zeit des Vorjahres gezogen und der äusserliche und prozentuale Unterschied ermittelt worden (Tafel 1, Spalte 11 und 12; Tafel 2, Spalte 9 und 10). Den Ziffern in Spalte 9 der Tafel über die Arbeitslosigkeit der Gewerkschaften kommt lediglich die Stellung von Hilfsziffern zu, welche die äussere Veränderung der von den Gewerkschaften berichteten Prozentziffer angeben, während die prozentuale Veränderung dieser Prozentziffer in Spalte 12 errechnet ist. Der Gedankengang mag durch folgendes Beispiel erläutert werden: Die Gewerkschaften mögen in einem Zeitpunkt 10 Prozent arbeitslose Mitglieder gehabt haben, ein Jahr später 7,5 Prozent. Dann beträgt die äussere Verringerung (Hilfsziffer) 2,5 Prozent, das heisst ein Viertel oder 25 Prozent der älteren Ziffer. Die prozentuale Besserung (Endziffer) würde also 25 sein. — Zu der Übersicht über die Statistik der Erwerbslosen-

fürsorge darf schliesslich noch daran erinnert werden, dass neben sie seit dem Winter 1926/27 die Krisenfürsorge getreten ist (Spalte 5). Da diese erst seit Jahresbeginn 1927 Zahlenmaterial liefert, mussten, um die Entwicklung für den ganzen Berichtszeitraum unter einheitlichen Gesichtspunkten darstellen zu können, für die ältere Zeit Schätzungsziffern über die damals nicht von der engeren Erwerbslosenfürsorge erfassten Arbeitslosen eingesetzt werden, für die eine im Herbst 1926 durchgeführte Erhebung den Anhalt geboten hat.

Im Berichtszeitraum waren Arbeitslose (in 1000)						Im entsprechenden Zeitpunkt des vorangehenden Jahres waren Arbeitslose (in 1000)				Im Berichtszeitraum waren also gegenüber den entsprechenden Zeitpunkten des vorangehenden Jahres mehr (+) oder weniger (-) Arbeitslose	
Zeitpunkt	in der Erwerbslosenfürsorge			ausserhalb der Erwbl.-fürsorge bzw. ab 1. 1. 27 in der Krisenfürsorge	insgesamt erfasste Arbeitslose (Spalte 4 u. 5)	Zeitpunkt	in der Erwerbslosenfürsorge	ausserhalb der Erwbl.-fürsorge (b. 1. 1. 27 Ar-ge-schätzt, v. da an. d. Krisen-fürs.)	insgesamt erfasste Arbeitslose (Spalte 8 u. 9)	in 1000	in Proz.
	männliche	weibliche	zus.								
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1926 15. 9.	1195	289	1484	70	1554	1925 15. 9.	252	70	322	+1232	+383
1927 15. 1.	1557	283	1840	138	1978	1926 15. 1.	1763	70	1833	+ 145	+ 8
15. 4.	820	167	987	234	1221	15. 4.	1884	70	1954	- 733	- 37
15. 6.	480	118	598	208	806	15. 6.	1749	70	1819	-1013	- 56
15. 9.	303	78	381	136	517	15. 9.	1484	70	1554	-1037	- 67
1. 10.	286	69	355	—	—	1. 10.	1394	—	—	—	—
15. 10.	265	65	330	113	442	15. 10.	1339	77	1416	- 974	- 69
1. 11.	274	66	340	116	456	1. 11.	1308	—	—	—	—
15. 11.	319	73	393	126	519	15. 11.	1317	100	1417	- 898	- 63
1. 12.	507	98	605	147	752	1. 12.	1370	—	—	—	—
15. 12.	709	122	831	172	1003	15. 12.	1467	110	1577	- 574	- 38
1928 1. 1.	1037	151	1188	211	1399	1927 1. 1.	1749	—	—	—	—
15. 1.	1201	170	1371	228	1599	15. 1.	1840	138	1978	- 379	- 19
1. 2.	1156	177	1333	215	1548	1. 2.	1827	—	—	—	—
15. 2.	1115	176	1291	216	1507	15. 2.	1761	193	1954	- 447	- 23
1. 3.	1062	176	1238	215	1453	1. 3.	1696	—	—	—	—
15. 3.	1027	173	1201	212	1413	15. 3.	1436	224	1660	- 247	- 15
1. 4.	851	160	1011	198	1208	1. 4.	1121	—	—	—	—
15. 4.	695	150	845	182	1027	15. 4.	987	234	1221	- 194	- 16
1. 5.	—	—	—	—	—	1. 5.	870	—	—	—	—

In gewohnter Weise ergänzen wir diese beiden von uns als grundlegend angesehenen Statistiken für die neueste Zeit noch durch einige Ziffern aus den anderen Zweigen der seit Einrichtung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung fortschreitend sich vervollkommnenden deutschen Arbeitsmarktstatistik. Die Zahl der als „arbeitsuchend“ bei den Arbeitsnachweisen vorgemerkten Personen — eine Ziffer von hohem Interesse, die nur leider durch schwer auszuschaltende Fehlerquellen: Doppelmeldungen, Nichtabmeldung erledigter Gesuche, Meldung noch in Arbeit stehender Personen usw., einigermaßen beeinträchtigt wird — hat in Tausenden betragen zu Ende Oktober 884, November 1255, Dezember 1926, Januar 2012, Februar 1930, März 1664. Demgegenüber hat sich die Zahl der unbesetzt gebliebenen Stellen, ebenfalls in Tausenden, von 56 im Oktober auf 39 im November und Dezember, 57 im Januar, 72 im Februar und 85 im

Zeitpunkt		Es waren erwerbslos unter 100			Zeitpunkt		Es waren erwerbslos unter 100			Männliche und weibliche erwerbslose Gewerkschaftsmitglieder zusammen waren im Berichtszeitraum gegenüber dem vorangehenden Jahre mehr (+) oder weniger (-)	
		männlichen	weiblichen	überhaupt			männlichen	weiblichen	überhaupt		
		Gewerkschaftsmitgliedern					Gewerkschaftsmitgliedern			Hilfsziffer	Prozent
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
1926	1. 9.	16,6	17,2	16,7	1925	1. 9.	4,2	4,4	4,3	(+ 12,4)	+ 284
1927	1. 1.	17,8	12,2	16,7	1926	1. 1.	20,8	14,1	19,4	(- 2,7)	- 14
	1. 4.	12,3	9,3	11,5		1. 4.	21,8	19,7	21,4	(- 9,6)	- 45
	1. 7.	6,3	6,1	6,3		1. 7.	18,0	18,6	18,1	(- 11,8)	- 65
	1. 9.	4,9	5,3	5,0		1. 9.	16,6	17,2	16,7	(- 11,8)	- 71
	1. 10.	4,5	4,9	4,6		1. 10.	15,3	15,0	15,2	(- 10,6)	- 70
	1. 11.	4,5	4,4	4,5		1. 11.	14,5	12,8	14,2	(- 9,7)	- 68
	1. 12.	7,9	5,0	7,4		1. 12.	14,8	11,7	14,2	(- 6,8)	- 48
1928	1. 1.	14,2	6,5	12,9	1927	1. 1.	17,8	12,2	16,7	(- 3,8)	- 23
	1. 2.	12,3	6,4	11,2		1. 2.	17,6	11,3	16,5	(- 5,3)	- 32
	1. 3.	11,3	6,1	10,4		1. 3.	16,7	10,2	15,5	(- 5,1)	- 33
	1. 4.	9,9	6,1	9,2		1. 4.	12,3	9,3	11,5	(- 2,3)	- 20

März bewegt. Die letztere Ziffer hat also im Oktober 6,3 Prozent der ersteren, im November 3,1 Prozent, Dezember 2,0 Prozent, Januar 2,8 Prozent, Februar 3,7 Prozent, März 5,1 Prozent ausgemacht. Nicht zu verwechseln hiermit ist die ungleich wichtigere sogenannte Andrangsziffer, d. h. die Zahl der Meldungen von Arbeitsuchenden auf je 100 offene Stellen. Diese Verhältniszahl hat betragen für den Monat September 223, für den Oktober 236, November 333, Dezember 486, Januar 443, Februar 425, März 344.

Wollte man rein nach dem äusseren Zahlenbilde urteilen, so liesse sich für den Winter eine sehr erhebliche Zunahme der Arbeitslosigkeit feststellen, und man könnte dadurch zu dem Schluss verleitet werden, dass die deutsche Konjunktur im letzten Halbjahr einen bedenklichen Rückschlag erlitten habe. Das Zahlenbild bedarf aber der sogenannten „Saisonbereinigung“, d. h. man muss, um die wirkliche Konjunkturveränderung zum Winter feststellen zu können, die saisonmässige Abschwächung des Arbeitsmarktes, das durch die Jahreszeit bedingte Anschwellen der Arbeitslosigkeit in den Aussenberufen — Landwirtschaft, Gärtnerei, Binnenschifffahrt, Baugewerbe, Teilen des Gastwirts-gewerbes usw. —, in Rechnung stellen. Darüber ist denn auch im vorigen Herbst reichlich gerechnet und gestritten worden. Man hat die Ziffer bzw. den Prozentsatz der durch die Jahreszeit bedingten, die „eigentliche“ Konjunktur nicht berührenden Zunahme der Arbeitslosen recht verschieden hoch angegeben. Das ist nicht verwunderlich deshalb, weil sich zwar theoretisch der Begriff der Konjunktur von der „Saison“, kaum aber die tatsächliche Wirtschaftsentwicklung von den jahreszeitlichen Auswirkungen lösen lässt. Schon das Beispiel des Bau-gewerbes würde genügen, um das zu erläutern. Es ist bis zu einem gewissen Grade Schlüsselgewerbe, d. h. es verbraucht Erzeugnisse zahlreicher anderer Industriezweige, die wegen des hohen Kapitalzinses und aus anderen objektiven

und subjektiven Gründen nicht beliebig auf Vorrat produzieren, sondern vom Auf- und Abschwellen der Bautätigkeit jeweils belebt oder abgeschwächt werden. Gerade im vorigen Herbst mit seiner sehr entwickelten Bautätigkeit dürfte diese Rückwirkung sehr stark gewesen sein. Hinzu kommt das bekannte Gesetz von der „potenzierenden Tendenz“ der Arbeitslosigkeit: da nämlich fast jeder erwerbslos werdende seinen Verbrauch an Bekleidung, Genussmitteln usw. einschränken muss, so erwächst daraus die Gefahr weiterer Arbeitslosigkeit auch in anderen Industriezweigen, wie umgekehrt Wiederaufnahme der Arbeit durch einen Erwerbslosen die Arbeitsmöglichkeiten auch für andere sichert und mehrt. Diese mittelbare Auswirkung der Saisonarbeitslosigkeit wird sich erst aus den Durchschnitten vieler Jahre einigermaßen errechnen lassen. Zurzeit aber heisst es bescheiden und sich bewusst sein, dass wir weitgehend mit Schätzungsziffern arbeiten müssen. Wir haben den Saisonzuwachs der Arbeitslosigkeit aus den Aussenberufen in früheren Jahren mit rund einer halben Million angenommen. Für den Winter 1927/28 muss im Hinblick auf die schon erwähnte besonders lebhaftete Bautätigkeit des vorigen Jahres, die umfangreichen öffentlichen Arbeiten, wohl auch vermehrte Verwendung inländischer Arbeitskräfte in der Landwirtschaft mit einer etwas höheren Saisonrate gerechnet werden, zu der noch ein weiterer saisonmässiger Zugang von Arbeitslosen nach dem Weihnachtsgeschäft tritt. Vielleicht geht man nicht fehl, wenn man die unmittelbare und mittelbare Saisonzunahme der Arbeitslosenziffer im letzten Winter auf annähernd 750 000 veranschlagt. Nach Tafel 1 hat im Gipfelpunkt des Arbeitsmarktes, im Oktober 1927, die Ziffer der unterstützten Arbeitslosen 442 000 betragen, im Tiefpunkt, Mitte Januar, 1 559 000, also rund 1,1 Millionen mehr. Davon würden, wenn man einmal die „Saisonbereinigung“ versucht, jene 750 000 Saisonarbeitslosen abgerechnet werden, so dass sich, unter nochmaligem Vorbehalt der Unsicherheit der Schätzung, eine absolute Zunahme der Arbeitslosigkeit von etwa 300 000 und eine entsprechende, immerhin *mässige Abschwächung der Konjunktur* ergeben würden, wie wir sie am Schlusse des vorigen Berichtes erwartet haben. Man gelangt zu einem ähnlichen Ergebnis, wenn man die Abnahme der Arbeitslosenzahl im vorigen Frühjahr mit der diesjährigen vergleicht. Sie hatte im Jahre 1927 vom Tiefpunkt am 15. Januar (1,98 Millionen unterstützte Arbeitslose) bis zum 15. April (1,22 Millionen) rund 800 000 betragen, vom 15. Januar 1928 (1,6 Millionen) bis zum 15. April 1928 (1,03 Millionen) nicht ganz 600 000. Der Rückgang war also um rund 200 000 geringer, was ebenfalls als Zeichen eines immerhin noch mässigen Konjunkturrückganges gelten muss.

Diese vielleicht noch zu sehr an der Oberfläche der Arbeitslosenversicherung haftende Rechnung erfährt ihre Ergänzung und Bestätigung, wenn man die übrigen zur Verfügung stehenden Angaben der Arbeitsmarktstatistik zum Vergleich heranzieht. Ganz allgemein ergibt sich dabei, dass die beträchtliche, in diesem Umfange vorübergehende Zunahme der Erwerbslosen während des Winters 1927/28 zum weitaus grössten Teil auf die Saisongewerbe entfällt, dass aber die Gesamtkonjunktur nur die erwartete mässige Abschwächung erfahren hat.

Das folgt schon aus der Tatsache, dass die *Kurzarbeit* sich nur unbedeutend vermehrt hat, nämlich von 2 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder im Oktober auf 2,2 Prozent im November, 3,1 Prozent im Dezember, 3,5 Prozent im Januar, 3,6 Prozent im Februar, 3,7 Prozent im März. Das ist etwa die gleiche Zahl wie im April des Vorjahres und im Vergleich mit dem Durchschnitt der letzten Jahre sehr mässig. Die Geringfügigkeit der Zunahme wird noch deutlicher, wenn man auch das Ausmass der Arbeitszeitkürzung mit in Rechnung stellt. Die Statistik unterscheidet in dieser Hinsicht vier Gruppen, eine mit geringster Kürzung um eine bis 8 Stunden wöchentlich, eine mit mittlerer um 9 bis 16 Stunden, eine mit hoher um 17 bis 24 Stunden, eine mit höchster um 25 und mehr Stunden. Die Kürzungen in der ersten Gruppe haben betroffen im Oktober 1927 35488, im März 1928 71820 Arbeitnehmer, in der zweiten Gruppe 20947 und 44688 Arbeitnehmer, in der dritten Gruppe 11725 und 23301 Arbeitnehmer, in der vierten Gruppe 7527 und 8096 Arbeitnehmer. Die Fälle geringster Kürzung haben unter den Kürzungsfällen überhaupt ausgemacht im Oktober 46,9 Prozent, im März 48,5 Prozent, die Fälle mittlerer Kürzung 27,7 und 30,2 Prozent, die Fälle hoher Kürzung 15,5 und 15,8 Prozent, die Fälle höchster Kürzung 9,9 und 5,5 Prozent. Zugenommen hat also der Anteil der geringsten und mittleren Kürzung, während derjenige der höchsten Kürzung erheblich zurückgegangen ist. Auch daraus folgt, dass sich die Konjunktur bisher nur mässig abgeschwächt hat.

Dieses Ergebnis bestätigt sich weiter, wenn man die einzelnen Berufsgruppen näher prüft. Die Vollbeschäftigung ist nach den Berichten der Gewerkschaften im März 1928 gegenüber dem Oktober 1927 am stärksten verringert im Baugewerbe mit 71,7 gegenüber 94,4 Prozent vollbeschäftigten Mitgliedern. Abgesehen aber von diesem Saisongewerbe, stellen sich die Rückgänge der Vollbeschäftigung durchschnittlich viel mässiger dar. Der Prozentsatz der Vollbeschäftigung ist nämlich vom Oktober zum März zurückgegangen im Bergbau von 94,6 auf 93,9 Prozent, in der Industrie der Steine und Erden von 93,6 auf 89,5, in der Metallindustrie von 93,8 auf 93, in den Spinnstoffgewerben von 96 auf 84,8, in der Papierindustrie von 92,6 auf 90,1 in der Lederindustrie von 85,8 auf 66,8, im Holz- und Schnitzstoffgewerbe von 91,4 auf 83,5, im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe von 90,2 auf 89,3, im Bekleidungs-gewerbe von 85,8 auf 79,3, im Verkehrsgewerbe von 94 auf 93,5 Prozent. Berücksichtigt man, dass auch die hier zum Ausdruck gebrachten Rückgänge noch zum Teil auf Saisonauswirkungen beruhen, so erscheint der Schluss auf eine nur *mässige Konjunkturabschwächung* erneut begründet.

Er erfährt vollends seine Bestätigung, wenn man die sogenannten Industrieberichte des Reichsarbeitsblattes zu Rate zieht. Nach diesen betrug im Oktober 1927 der Prozentsatz schlechter Beschäftigung 14, der befriedigender 52, der guter Beschäftigung 34. Die entsprechenden Ziffern lauteten für November 14, 49, 37, für Dezember 17, 51, 32, für Januar 21, 50, 29, für Februar 19, 55, 26, während im März die schlechte Beschäftigung 23, die befriedigende 46, die gute 31 Prozent ausmachte. Vom Oktober 1927 zum März 1928 ist also der Prozentsatz schlechter Beschäftigung bei den erfassten Betrieben von 34 auf 31, der-

jenige befriedigender Beschäftigung von 52 auf 46 zurückgegangen, während der Prozentsatz schlechter Beschäftigung von 14 auf 23 gestiegen ist. Nimmt man sinngemäss als durchschnittliche Beschäftigungslage 25 Prozent Anteil der schlechten, 50 der befriedigenden, 25 der guten Beschäftigung an, so ergibt sich; dass die Konjunktur gegenüber dem Monat Oktober zwar einigermaßen zurückgegangen, aber *noch immer überdurchschnittlich* ist. Zu beachten bleibt in dieser Zahlengruppe noch, dass die günstigsten Ziffern für die industrielle Beschäftigung der Monat November aufweist, in welchem im allgemeinen die Arbeitslosigkeit bereits wieder zugenommen hatte. Auch das zeigt einmal wieder die vergleichsweise langsamere Abschwächung der Gesamtkonjunktur gegenüber der Saisonbewegung im vorigen Herbst. Vom November bis zum Januar folgte dann die Abschwächung in der Industrie schneller nach, weil das Weihnachtsgeschäft vorüber war und die Saison sich auch mittelbar stärker auswirkte. Vom Januar bis zum März ergab sich schliesslich eine weitere, mässigere Verringerung der industriellen Tätigkeit, wie sie für die derzeitige Konjunkturentwicklung bezeichnend ist.

Die langsam sich vollziehende *Abschwächung* der Konjunktur scheint vor allem die Industriezweige zu berühren, die für den *Konsum* und insbesondere für den *Inlandkonsum* produzieren. Wir hatten vorhin für die Zeit vom Oktober bis März in der Vollbeschäftigung der Kraftstoffe und Produktionsmittel erzeugenden Industriezweige — Bergbau, Metallindustrie usw. — nur einen geringfügigen Rückgang festzustellen, während er in den für den Konsum arbeitenden Industrien — Textilien, Bekleidung, Leder — ungleich erheblicher war. Das deckt sich mit anderen Nachrichten aus der Wirtschaft: Die Lager an Konsumartikeln haben im Jahre 1927 eine gewisse Auffüllung erfahren, nachdem der Bedarf sich einigermaßen eingedeckt hatte. Vorsichtiger Vorratswirtschaft als etwa im Jahr 1925 sucht ein weiteres Anwachsen der Bestände zu vermeiden. Es entspricht dem, dass die Einfuhr, insbesondere von Textilstoffen, in letzter Zeit fühlbar nachgelassen hat. Hingegen scheint, zum Beispiel nach den Erfahrungen der Leipziger Messe, in einer Reihe von Verbrauchs- und Gebrauchsgütern neben die verminderten Inlandaufträge ein grösserer Bestand an Aufträgen aus dem Auslande getreten zu sein. Darüber hinaus ist aber im Monat März die Ausfuhr von Fertigwaren allgemein gestiegen und hat mit 760,8 Millionen Mark den bisher höchsten Stand vom Oktober vorigen Jahres übertroffen. Wie sich hieraus schon andeutet, ist auch die Ausfuhr von Produktionsmitteln gewachsen, und auch das hat dazu beigetragen, dass die deutsche *Produktionsmittelindustrien* heute im allgemeinen einen *besseren Geschäftsgang* aufweisen als die mehr für das Inland produzierenden Verbrauchsindustrien.

Diese Entwicklung ist einigermaßen zwangsläufig. Zunächst ist die Produktionsmittelindustrie im allgemeinen weitergehend rationalisiert, daher auf dem Weltmarkte konkurrenzfähiger, aber auch in höherem Grade auf die breitere Absatzbasis des Weltmarktes angewiesen. Sodann ist die eigene Kapitalbildung des deutschen Volkes im Jahre 1927 zwar gewachsen, aber noch lange nicht er-

heblich genug, um uns neben den Reparationszahlungen eine weitgehend auf den Verbrauch ausländischer Rohstoffe aufgebaute Inlandkonjunktur dauernd zu gestatten. Sie würde Kapitalabflüsse zur Folge haben, die wir vorerst noch nicht ertragen. Sosehr daran festzuhalten ist, dass in der Gesamtheit der inländische Absatz ungleich wichtiger für unsere Industrie bleibt als der ausländische, und dass im Verhältnis zu unserem inneren Wirtschaftsumsatz die Ziffern der Aussenhandelsbilanz nur vergleichsweise bescheidene Spitzen darstellen, so unbedingt notwendig ist es auch, diese Spitzen allmählich *aktiv* zu gestalten. Nur dann werden wir auch unsere *Zahlungsbilanz* dem Auslande gegenüber restlos sichern und damit auch vom ausländischen Kredit unabhängiger werden, den wir bis auf weiteres zwar noch nicht entbehren können, dessen pfleglichster Gebrauch für uns aber Pflicht ist.

Auf die grundlegende Bedeutung der *Kapitalfrage* für Wirtschaft und Arbeitsmarkt haben wir wieder und wieder hingewiesen. Auch an anderer Stelle der gewerkschaftlichen Presse ist sie in letzter Zeit sehr eindringlich gewürdigt worden. So schrieb Dr. Braunthal im „Gewerkschaftsarchiv“, „es könne überhaupt nicht daran gezweifelt werden, dass in der augenblicklichen Situation der deutschen Wirtschaft die Frage der Kapitalversorgung die Kernfrage der Konjunktur geworden ist“.

Für den Arbeitsmarkt bleibt sie es bis auf weiteres gewiss. Sie hat dort, wie im vorigen Bericht erwartet und in diesem Bericht dargetan, zu einer mässigen Abschwächung bereits geführt. Sie wird vielleicht im Bereiche des Wohnungsbaues besonders fühlbar werden. Dessen vorjährige, sehr weite Ausdehnung wird in diesem Jahre vielleicht nicht möglich sein, weil die Beschaffung der Baugelder allzu schwierig sich gestalten kann. Mittelbar wird das die Baustoff- und andere Industrien berühren. Auch in der Landwirtschaft wird der saisonmässige Auftrieb durch mancherlei Schwierigkeiten, insbesondere aber wiederum durch die Kapitalfrage begrenzt sein. So sollte man *vom diesjährigen Sommer keine übermässig grosse Entlastung des Arbeitsmarktes erhoffen*. Im Augenblick haben wir zwar noch erheblich weniger Arbeitslose als vor Jahresfrist, dass ihre Zahl aber weiter in dem Masse sinkt wie die vorjährigen Ziffern, erscheint fast ausgeschlossen. Andererseits ist zu weitgehenden *Befürchtungen kein Anlass*. Ein Stück Gesundheit der Wirtschaft war im letzten Halbjahr doch wieder festzustellen, etwas mehr Stetigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung beginnt sich abzuzeichnen und verheisst allmähliche Linderung auch der Krisen des Arbeitsmarktes.

Rundschau der Arbeit

Ergebnisse der Arbeitswissenschaft¹⁾, zusammengestellt im Institut für angewandte Psychologie in Berlin.

Dr. Otto Lipmann.

Das Institut für angewandte Psychologie in Berlin SW 68, Schützenstrasse 26, bittet, ihm zur Vervollständigung der Übersicht „Ergebnisse der Arbeitswissenschaft“ sowohl bereits veröffentlichte als auch unveröffentlichte Ergebnisse von Betriebsstatistiken u. dgl. zur Verfügung zu stellen.

Beziehungen zwischen der Art der Arbeitsgestaltung (A III 4a) und dem Energieverbrauch des Arbeiters (B IV 1).

Sämtliche der hier wiedergegebenen Ergebnisse sind im Laboratorium gewonnen, indem bei verschiedenen Arbeitsgestaltungen die im Körper bei der Verbrennung freiwerdenden Wärmeeinheiten mit Hilfe eines Respirationsapparates gemessen und mit den für die Verrichtung der mechanischen Arbeit erforderlichen Wärmeeinheiten verglichen wurden. Die zahlenmässigen Ergebnisse bei Nr. 161 bis 163 gelten nur für die bestimmte Körperkonstitution der untersuchten Versuchsperson.

160. Das Verhältnis zwischen aufgewendeter Muskelenergie und geleisteter Arbeit beträgt günstigstenfalls

beim Gewichtheben	100 : 8,4
beim Feilen	100 : 9,4
beim Hantelstossen	100 : 10,0
beim Stossen am senkrecht stehenden Hebel	100 : 14,0
beim Kurbeldrehen	100 : 20,0
beim Radfahren	100 : 30,0
beim Gehen auf wagerechter Bahn	100 : 33,5

Quelle: Atzler, Physiologie der Ermüdung. Zentralblatt für Gewerbehygiene, Beiheft 7. 1927.

161. Beim Ziehen und Stossen von Lasten hängt die Ökonomie des Energieaufwandes ab von
der Anzahl der je Minute ausgeführten Schritte (Optimum: 90 bis 110),

¹⁾ Vgl. den Aufsatz „Arbeitswissenschaft“ in I (2) der „Arbeit“ und die Zusammenstellungen von „Ergebnissen“ in I (3, 5), II (1, 5, 7), III (4, 6, 10), IV (1, 4, 7, 10) und V (1).

der Länge der Schritte (Optimum: 60 cm),
der Grösse der zu bewegenden Last (Optimum: Reibungswiderstand von 15 kg),
der Art der Fortbewegung (Ziehen an einer Deichsel, Ziehen mit Hilfe eines Schultergurtes, Schieben mit gestreckten Armen; Höhe des Handgriffes) [Optimum: Schieben mit gestreckten Armen bei einer Handgriffhöhe von 75 cm].

Quelle: Atzler, Fortbewegung von Lasten durch menschliche Arbeitskraft. Technik und Wirtschaft 20 (4), 89 ff. 1927.

162. Beim Tragen von Lasten auf horizontaler Bahn hängt die Ökonomie des Energieaufwandes ab von

der Grösse der zu bewegenden Last (Optimum: 43 Prozent des Körpergewichts),
der Geschwindigkeit der Fortbewegung (Optimum: 60 cm je Minute),

der Art des Tragens (ein- oder zweihändig mit senkrecht herabhängenden oder mit schräg seitwärts gerichteten Armen) [Optimum: Wenn die Art der Last senkrecht Herabhängen der Arme zulässt, zweihändig; wenn die Art der Last Schräg-Seitwärtsrichtung der Arme erfordert, einhändig].

Quelle: Atzler und Herbst, Die Ökonomie des Lasttragens über eine ebene Strecke. Arbeitsphysiologie 1 (1), 54 bis 74. 1928.

163. Bei der Maurerarbeit hängt die Ökonomie des Energieaufwandes ab

von der Grösse (dem Gewicht) der verwendeten Ziegelsteine. (Das Gewicht von 3,2 kg der Berliner Normalform ist günstiger als das der kleineren amerikanischen und als das der grösseren Kloster-Form),

davon, in welcher Höhe über der Standfläche des Maurers die Arbeit jeweils zu verrichten ist. (Die Arbeit wird bis zur Höhe von 1 m immer günstiger.)

Quelle: Baader und Lehmann, Über die Ökonomie der Maurerarbeit. Arbeitsphysiologie 1 (1), 40 bis 53. 1927.

Schriftenübersicht.

Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Band IV: Gewerkschaftskampf und Massenstreik. Eingeleitet und bearbeitet von Paul Fröhlich. Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin 1928, 700 Seiten.

Rosa Luxemburgs Schriften über die deutschen Gewerkschaften sind klassische Literatur des Sozialismus, Zeugnisse einer zurückliegenden Epoche der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, tot und lebendig zugleich. Klassisch, weil hier eine bestimmte, innerlich vollkommen einheitliche Auffassung in konsequent durchgeführter Darstellung ihren vollendetsten Ausdruck gefunden hat, und darum ein lebendiges Stück der Geistesgeschichte der deutschen, der westeuropäischen Bewegung, entsprungen einem leidenschaftlichen politischen Temperament, für das die Hindernisse realpolitischer Logik nicht bestanden. Lebendig auch insofern, als die hier vertretene Auffassung — aus der Sprache des westeuropäischen Sozialismus, in der Rosa Luxemburg (trotz allem) dachte und schrieb, übersetzt ins Östlich-Bolschewistische — weiterlebt in der kommunistischen Bewegung. Und dennoch tot, weil die einst keineswegs von Rosa Luxemburg allein vertretene Anschauung vom Wesen der Gewerkschaft durch die deutsche Arbeiterbewegung — abgesehen von ihrem kommunistisch entarteten Teil — in inneren Kämpfen und durch harte Arbeit überwunden wurde, ehe noch ihr Schatten in der bolschewistischen Gewerkschaftslehre auferstand.

Paul Fröhlich hat zu dem Bande eine Einleitung geschrieben und den zahlreichen Abschnitten Vorbemerkungen beigegeben. Er steht als Repräsentant des Toten von heute neben der lebendigen Toten. Er will in der Einleitung die historisch-politische Situation darstellen, aus der Rosa Luxemburgs Schriften hervorgegangen sind. Fröhlich meidet jedoch konsequent das Niveau und die Betrachtungsweise des Historikers, der seinem Gegenstande frei

gegenübersteht, ihn souverän beherrscht und geistig neu schafft. Er unterliegt völlig seinem Gegenstande; die Höhe des historischen Stoffes, dem sein verzweifelttes Mühen gilt, die Schriften Rosa Luxemburgs, vermag er kaum zu streifen. Er beugt sich der bolschewistischen Doktrin und bleibt befangen in der durch die kommunistische Wald- und Wiesenliteratur erzeugten geistigen Umnachtung.

Zwei für die Kommunisten heute noch leitende Vorstellungen haben (für Deutschland) ihren Ursprung in den Schriften Rosa Luxemburgs über die Gewerkschaften: Die Idee vom „Weitertreiben“ partieller Arbeitskämpfe und die Auffassung, die Bewegung sei (so übersetzt Fröhlich die Auffassung Rosa Luxemburgs ins Modern-Kommunistische) „nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben oder erkrankt“, wenn die Vormachtstellung der Partei gegenüber den Gewerkschaften nicht anerkannt wird.

Von dieser letzten Auffassung muss man allerdings sagen, dass sie bereits bei Rosa Luxemburg nicht mehr originell war; sie vertrat sie, nachdem sie in der deutschen Arbeiterbewegung schon für überwunden galt, von neuem in ihrer Schrift: „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“, die 1906 zum Mannheimer Parteitag der Sozialdemokratie erschien. Diese Schrift bildet in dem IV. Bande der gesammelten Werke das Hauptstück, und der Kern ihrer Gedanken liegt in folgenden Sätzen: „Die Gewerkschaften vertreten nur die Gruppeninteressen und eine Entwicklungsstufe der Arbeiterbewegung. Die Sozialdemokratie vertritt die Arbeiterklasse und ihre Befreiungsinteressen im ganzen. Das Verhältnis der Gewerkschaften zur Sozialdemokratie ist demnach das eines Teiles zum Ganzen, und wenn unter den Gewerkschaftsführern die Theorie von der ‚Gleichberechtigung‘ der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie soviel Anklang findet, so beruht das auf einer gründlichen Verkennung des Wesens selbst der Gewerkschaften und ihrer Rolle im

allgemeinen Befreiungskämpfe der Arbeiterklasse.“ (S. 465.) Die irriige Einschätzung der Bedeutung der Gewerkschaften durch die Gewerkschaftsführer selbst äussere sich in einer Reihe von Tendenzen: in der Überschätzung der Organisation und der „gewerkschaftlichen Kampfweise selbst, ihrer Aussichten und Erfolge“ (S. 473) sowie in der „monströsen Erscheinung, dass auf den sozialdemokratischen Parteitag und den gewerkschaftlichen Kongressen zum Teil ganz analoge Tagesordnungen und zu derselben Frage verschiedene, ja direkt entgegengesetzte Beschlüsse gefasst werden.“ (S. 476.) Die Existenz der Gewerkschaftskongresse biete einen Anreiz hierzu. „Ebenso führt nunmehr das Bestehen selbst einer parallelen, unabhängigen Zentralleitung der Gewerkschaften psychologisch dazu, auf Schritt und Tritt die eigene Unabhängigkeit gegenüber der Leitung der Sozialdemokratie fühlbar zu machen“, und so habe sich die Gewerkschaftsbewegung unbotmässigerweise „als eine unabhängige zweite Grossmacht aufgerichtet.“ (S. 477.) Daraus ergebe sich auch von selbst die Notwendigkeit, die „Entfremdung“ zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften zu beseitigen, „ihr gegenseitiges Verhältnis dem Bewusstsein der proletarischen Massen anzupassen, *d. h. die Gewerkschaften der Sozialdemokratie wieder anzugliedern*“. (S. 478; von Rosa Luxemburg unterstrichen.)

Das ist nun allerdings die gleiche Auffassung, die mehr als zehn Jahre früher, bald nach dem ersten Gewerkschaftskongress in Halberstadt und der Gründung der Generalkommission, in der Partei weit verbreitet war und 1895 auf dem Kölner Parteitag von namhaften Führern vertreten wurde. 1893 setzte Auer in einem Brief an Legien auseinander, die Gewerkschaften seien zwar ein selbständiger Teil, „aber immer *nur ein Teil* der organisierten, klassenbewussten Arbeiterbewegung . . . etwa wie die Artillerie eine Spezialwaffe in der Armee, aber doch nicht diese selbst,

sondern nur ein Teil derselben ist“. Die Bestrebungen, dieses Verhältnis zu ändern, halte er, fügte Auer hinzu, für sehr verkehrt. Auf dem Parteitag in Köln sagte Richard Fischer: „Man wollte eben (mit der Gründung der Generalkommission) eine Art parlamentarisches Komitee der Gewerkschaften bilden, welches mit der Parteileitung wie von Macht zu Macht verhandelte. Weil dieser Grössenwahn Schiffbruch litt, entstand der Streit.“ Und Kessler (Berlin) verglich die Einsetzung der Generalkommission mit dem „Schmieden eines zweiten Hammers“.

Das war 1895. Inzwischen aber war diese Auffassung von der Bedeutung der Gewerkschaften und der Stellung von Partei und Gewerkschaften und ihrer Führung zueinander überwunden worden. Nicht infolge eines Wandels der Gesinnung, nicht durch ein Abweichen von der grossen Linie des beide Bewegungen leitenden Willens, sondern als Konsequenz der wachsenden Einsicht in das eigenartige Wesen der Gewerkschaften, die sich den Köpfen der Bewegung erschloss aus der Beobachtung der zunehmenden Entfaltung der Kräfte der Gewerkschaften, war die Überwindung des Standpunktes von 1895 vollzogen worden. So traf die Renaissance dieser alten Anschauung unter der Führung von Rosa Luxemburg im Jahre 1906 zusammen mit dem Beschluss des Mannheimer Parteitages, auf dem die von ihr so heftig bestrittene Gleichstellung der von der Generalkommission einheitlich geführten und vertretenen Gewerkschaftsbewegung mit der Partei und ihre gleichberechtigte Mitwirkung mit dieser bei Entscheidungen, die das Schicksal der Arbeiterklasse betreffen, anerkannt wurden.

Fröhlich akzeptiert die von Rosa Luxemburg verfochtene Meinung dennoch für die KPD. Und für das Jahr 1928. Den Mannheimer Beschluss nennt er den „Sieg des Reformismus“. Das Unglück war geschehen: „Die Arbeiterbewegung hatte tatsächlich zwei Köpfe bekommen, die Befürchtungen, die bei der Gründung der

Generalkommission ausgesprochen wurden, hatten sich als berechtigt erwiesen.“ (S. 29.) Und nun sei es die Aufgabe der Kommunistischen Partei, „durch ihre Arbeit in den Gewerkschaften die Einheit der Arbeiterbewegung und ihren revolutionären Charakter wiederherzustellen“, also: der Bewegung den einen Kopf wieder abzuschlagen. Es ist daher auch folgerichtig, dass Fröhlich (heute noch) den „sicheren Instinkt“ lobt, von dem Auer 1895 geleitet war „bei seinen Befürchtungen, die Gewerkschaften könnten . . . die *Vormachtstellung* der Partei in der Arbeiterbewegung beseitigen“. (S. 16.) Dagegen verstehen wir nicht, wieso er es v. Schweitzer zum Vorwurf macht, dass dieser (1866) die Gewerkschaften „nur“ als Rekrutenschule für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein betrachten wollte, denn zwischen Schweitzer und Auer bestand in dieser Frage kein prinzipieller Unterschied. Da er doch so für Altertümer schwärmt, hätte er sich eine Berufung auf Schweitzer nicht entgehen lassen sollen.

*

Als Rosa Luxemburg ihre Broschüre schrieb, war sie erfüllt vom Erlebnis der russischen Revolution von 1905 und 1906, an der sie, in heißen Tagen in Warschau weiland, teilgenommen hatte. Am 2. Juni 1906 schrieb sie aus Warschau an Karl und Luise Kautsky: „Hier ist es sehr schön. . . Jetzt muss man den Druck des „Sztandar“ (des Parteiblattes) täglich mit Revolvern in der Hand in den bürgerlichen Druckereien erzwingen.“ Und ihre Broschüre trug stolz das Datum: Petersburg, den 15. September 1906. Sie fand in Russland eine Bewegung vor, die — mit den Einschränkungen, die bei historischen Vergleichen stets zu beachten sind — in einem Stadium sich befand, das den Stand der deutschen Bewegung von 1895 bei weitem nicht erreicht hatte. Die russische Bewegung von 1905 musste unter politischen Zuständen wirken, die ein selbständiges Auftreten gewerkschaftlicher Organisationen und Bemühungen um eine die Lage

der Arbeiterschaft bessernde Sozialreform gar nicht erlaubt hätten. Statt dessen war die russische Bewegung in jenen Jahren belebt vom frischen Tempo der Revolution und der eigenen Jugend und jugendlichen Unbekümmertheit. Gemessen an den Möglichkeiten, die ein solcher Zustand der Bewegung und der politischen Verhältnisse bot, erzielte sie ohne nennenswerte organisatorische Hilfsmittel für den Augenblick beträchtliche Erfolge, die auf manche Kreise der westeuropäischen Bewegung ebenso blendend wirkten wie das Tempo der Russen und in diesen Kreisen jene Stimmung und Anschauung hervorriefen, deren beredteste Zeugin Rosa Luxemburg war.

Im Überschwang der Freude über die russische Revolution wurde auch die Taktik der jüngeren Bewegung akzeptiert und gepriesen als das aus revolutionärer Erfahrung gewonnene *Muster* der Taktik der Arbeiterbewegung. Rosa Luxemburg legt ausführlich dar, wie partielle Streiks um lohnpolitische Forderungen Ausgangspunkte wurden für Bewegungen, die infolge der Fülle des aufgespeicherten sozialen Zündstoffes den Charakter von *Massenstreiks* annahmen, auf jeden Fall aber — in dem Russland, in welchem jede Möglichkeit politischen Wirkens mit den Mitteln der Demokratie fehlte — den Charakter *politischer* Erhebungen annehmen mussten. Hier finden wir den Ursprung der Taktik des „Weitertreibens“ regional begrenzter Arbeitseinstellungen mit ökonomischen Zielen zu ausgedehnten Aktionen politischen Inhalts, die heute noch und in jeder Situation von den Kommunisten mit ewig gleichbleibendem Stumpfsinn angepriesen wird als *die* Taktik der Arbeiterbewegung. Rosa Luxemburg hatte gesehen, wie Bewegungen dieser Art im russischen Proletariat um so nachhaltiger wirkten, gerade weil sie niedergeschlagen wurden, und sie schilderte ihr Erlebnis in begeisterter Sprache. Darüber wurde vergessen, dass diese Formen der Bewegung — wieder mit den beim historischen Vergleich ge-

botenen Einschränkungen — nichts anderes waren als die fast in allen Ländern wiederkehrenden Anfänge der gewerkschaftlichen Bewegung bei fehlender Koalitionsfreiheit, denen auf dieser Stufe der Entwicklung stets revolutionärpolitische Elemente beigemischt sind. Das politisch Primitive wird häufig Ereignis in Gestalt des politischen Heroischen. Rosa Luxemburg selbst schildert sehr anschaulich, wie in diesen Kämpfen die Organisationen erst entstanden, allerdings um bald wieder zerstört zu werden oder günstigstenfalls illegal weiterzuleben. Und sie verzeichnet mit Recht auch dann noch die Bildung erster organisatorischer Formen und Gewohnheiten als einen grossen Gewinn dieser Massenerhebungen, der bestehen bleibt und in die Zukunft wirkt, selbst wenn die Streiks materiell ergebnislos bleiben. So wie hier, sind die Anfänge der Arbeiterbewegung in allen Ländern gekennzeichnet durch die Entstehung von Organisationen aus Erhebungen unorganisierter Massen. Der weitere Verlauf der nationalen Bewegungen wird sodann bestimmt durch die (höchst verschiedene) politische Umwelt, welche sie vorfinden, durch die in der geschriebenen wie tatsächlichen politischen Verfassung eines jeden Landes gegebenen Möglichkeiten. In Russland gestattete die Verfassung keinen Fortschritt der Arbeiterklasse auf dem Wege der Reform, dagegen in Deutschland wohl, nachdem das Sozialistengesetz beseitigt war. Und indem die nationalen Bewegungen von den verfassungsmässigen Gegebenheiten Gebrauch machen, entwickeln sie ihre Eigenart, formen sie ihre taktischen Methoden. Auf dem gleichen Wege gestaltet sich das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Partei. Dieser Prozess hat in Deutschland von 1890 bis 1906 gedauert. Nun war er jedoch abgeschlossen, und Rosa Luxemburg kam bereits zu spät. Im Deutschland von 1906 (und später) konnte die russische Taktik den in Russland mit ihrer Hilfe erzielten Gewinn nicht bringen, weil hier die organisatorische Entwicklung bereits eine

beträchtliche Höhe erreicht hatte. Dagegen wäre in Deutschland mit Sicherheit der Verlust der Organisationen von ihrer Anwendung zu erwarten gewesen. Das liess Rosa Luxemburg nicht gelten. In Deutschland verachtete sie Organisation und Disziplin. Die Berufung auf die Notwendigkeit ihrer Erhaltung wies sie als schwächlichen Reformismus höhnisch zurück. Sie begrüsste aber zugleich die Anfänge der Organisation und die ersten Spuren disziplinierten Verhaltens bei den Russen als Garantien für die Zukunft der Bewegung. Sie blieb bei der Meinung, dass der Kampf der Arbeiterklasse auch nach der Errichtung gefestigter Organisationen und der Erlangung eines grösseren Wirkungsspielraumes für diese Organisationen im Rahmen des Staatswesens die gleichen Formen beibehalten müsse. Die russische Bewegung sei, behauptete sie, um ihre Thesen zu beweisen, gar kein unentwickelter Typ der Arbeiterbewegung, sondern ein weit fortgeschrittener. „Der Gradmesser der Reife der Klassenverhältnisse in Deutschland und der Macht des Proletariats“ liege nicht „in den Statistiken der deutschen Gewerkschaften oder in den Wahlstatistiken . . . , sondern — in den Vorgängen der *russischen* Revolution.“ Das vermochte die deutsche Arbeiterschaft jedoch nicht einzusehen.

In einem Punkte bedeutet jedoch die Lektüre der Schrift von Rosa Luxemburg auch heute noch einen Gewinn. Ihre Darstellung des Kampfes des russischen Proletariats in den Jahren 1905 und 1906 mutet an, als sei sie geschrieben zur Erklärung des Wesens der Kämpfe in Deutschland in den Jahren 1918 bis 1920, einer Phase der deutschen Arbeiterbewegung, die gleichfalls gekennzeichnet war durch das Hereinströmen bisher unorganisierter Schichten in die Organisationen und durch die Bildung neuer Organisationen.

*

Die Auffassung vom Verhältnis der Gewerkschaften zur Sozialdemokratischen Partei ist bei Rosa Luxemburg allenfalls

noch zu verstehen, besonders wenn man ihre russischen Erfahrungen, ihre Liebe zum russischen Proletariat und ihre Begeisterung für die russische Revolution zu ihren Gunsten in Rechnung setzt. Wenn dagegen Paul Fröhlich in der Einleitung den gleichen Standpunkt einnimmt, so ist das nichts als kritikloses Nachbeten seines grossen Vorbildes, zu dem er nach der Doktrin seiner Partei verpflichtet ist.

1906 war die politische Bewegung einig. Wenn Rosa Luxemburg der Partei die Führung des Ganzen der Arbeiterbewegung zugestand und von den Gewerkschaften die bedingungslose Unterordnung unter diese Führung verlangte, so konnte — abgesehen von allen Einwendungen, die hiergegen zu erheben waren — wenigstens nicht zweifelhaft sein, *welche Partei* als die zu solcher Führung berufene gelten sollte. Wenn sich aber der politische Zweig der Arbeiterbewegung in zwei, drei Teile spaltet, wie es geschehen und jetzt noch der Fall ist — was dann? Dann müsste entweder in den Gewerkschaften ein Streit beginnen über die Frage, welche von diesen Parteien nun die zur Ausübung der Vormachtstellung berufene sei — ein Streit, der die Aktionskraft der Gewerkschaften vollkommen lahmlegen würde — oder die Gewerkschaften müssten sich in ebenso viele Teile auflösen, wie es Parteien gibt, damit jede Partei das Vergnügen der Vormachtstellung gegenüber einer „Gewerkschaftsbewegung“ hätte.

Welch ein Wahnsinn . . . ! Nachdem seit der Entstehung der kommunistischen Partei die Einheit der politischen Arbeiterbewegung der Zersplitterung gewichen ist, muss der Anspruch *einer jeden Partei* auf eine Vorherrschaft über die Gewerkschaften schon um dieser Tatsache der Zersplitterung willen zurückgewiesen werden. Das heisst: Durch ihre eigene Entstehung und Existenz hat die kommunistische Partei ihre stumpfsinnige von Rosa Luxemburg übernommene These von der Vormachtstellung der Partei selbst ad absurdum geführt. Und indem sie nach ihrer Vorherrschaft in den Ge-

werkschaften strebt, setzt sie diese immer wieder der Gefahr zerstörenden inneren Zwistes und der Spaltung aus.

Richard Seidel.

Die Lebenshaltung der Angestellten. Untersuchungen auf Grund statistischer Erhebungen des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (AfA). Bearbeitet von Dr. Otto Suhr. Freier Volksverlag, G. m. b. H., Berlin 1928. 46 Seiten. Preis 1 Mk.

Der Haushalt des Kautmannsgehilfen. Eine Erhebung und Untersuchung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes (DHV.). Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband, Hamburg 1927. 64 Seiten und Tabellenwerk.

Fast gleichzeitig veröffentlichten zwei grosse *Angestelltenorganisationen*, der AfA-Bund und der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, eingehende Untersuchungen über *Haushalte* aus den Reihen ihrer Mitglieder. Die Statistiken umfassen das Jahr 1926, und ihre Ergebnisse stimmen derart überein, dass sie gemeinsam besprochen werden können. Die Erhebungen mussten sich, zum Bedauern der Verbände, in der Hauptsache auf die *Haushalte bessergestellter* Berufsangehörigen beschränken, weil es allzu schwierig war, minderbemittelte Familien zur Buchführung überhaupt oder zur regelmässigen Durchführung der Aufzeichnungen zu bewegen. Die Ergebnisse sind daher nur für einen kleinen Kreis von Erwerbstätigen charakteristisch. Sie gelten weder für die Mehrzahl der Angestellten, die mit weit geringerem Gehalt auskommen müssen, noch für die Arbeiter, deren Löhne sich im allgemeinen auf der Höhe dieser niedrigen Angestelltengehälter bewegen, deren Lebenshaltung sich also dem Lebenszuschnitt jener Proletarier unter den Angestellten nähert. Trotzdem sind beide Erhebungen wertvoll genug. Sie zeigen, dass die Ausgaben für Ernährung je nach der Einkommensgruppe durchschnittlich zwischen 30 und 40 Prozent der Gesamtausgaben liegen, während sie

im Lebenshaltungsindex des Statistischen Reichsamtes mit fast 55 Prozent gewertet werden. Dafür wägt die amtliche Zahl die „sonstigen Ausgaben“ (Kultur-, Verkehrs- usw. Ausgaben) nur mit etwas über 9 Prozent (allerdings unter Ausschluss der Steuern und Soziallasten), während die Verbandsuntersuchungen auf 30 bis 43 Prozent kommen. Legt man diese Verteilung der Ausgaben dem Lebenshaltungsindex zugrunde, so erhöht sich dieser um ungefähr 7 Prozent, und dementsprechend ergibt sich eine geringere Zahl für das Realeinkommen. Die durchschnittlichen Ersparnisse dieser immerhin bessergestellten Familien werden von der AfA-Statistik mit 1,21 Mk. je Kopf und Monat, von der DHV.-Statistik mit 1,36 Mk. angegeben, während der Reichsdurchschnitt der Sparkasseneinlagen (für die Gesamtbevölkerung) im Erhebungsjahre 1,89 Mk. betrug. Von den Gesamtausgaben entfielen in Prozent: auf die Sparkassenbeiträge 1,86 (AfA) bzw. 1,34 (DHV.), auf Steuern 4,51 (AfA) bzw. 4,82 (DHV.), auf Versicherungen 5,30 (AfA) bzw. 8,54 (DHV.). Die Erhebung über die *Mengen* der verbrauchten Nahrungsmittel, die eine neue Unterlage für das amtliche Nahrungsmittelschema hätte liefern können, ist in beiden Statistiken leider unbefriedigend ausgefallen. Hierüber wird also erst die umfangreiche Haushaltserhebung des Statistischen Reichsamtes Auskunft geben, die kürzlich abgeschlossen wurde, und deren Ergebnisse in einigen Monaten vorliegen werden.

In der AfA-Veröffentlichung klingt der Gedanke einer nach Einkommensklassen und Berufen gestaffelten Indexskala an mit der Begründung, dass der Index bei Tarifverhandlungen leider noch immer eine grosse Rolle spiele. Dieser Tendenz würde aber gerade durch einen gestaffelten Index Vor Schub geleistet. Deshalb sollte daran festgehalten werden, dass der Lebenshaltungsindex nur einen Anhalt für die Preisverschiebung des *notwendigsten* Lebensbedarfes bietet, also nur für die *unterste* Einkommensgrenze massgeblich sein darf.

Beide Erhebungen enthalten eine Fülle wertvollsten Materials, das in dieser kurzen Besprechung nicht einmal angedeutet werden kann. Sie seien deshalb der allgemeinen Beachtung angelegentlich empfohlen.

Dr. Hans Arons.

Dr. Karl Valentin Müller: „*Arbeiterbewegung und Bevölkerungsfrage.*“ Verlag Karl Zwing, Jena.

Autor und Verlag haben sich beide ein Verdienst dadurch erworben, das heikle Bevölkerungsproblem mit Mut aufgegriffen zu haben.

Im 1. Abschnitt behandelt der Autor das quantitative Bevölkerungsproblem, im Sinne von Malthus, unseres Erachtens zu breit, zumal die Schrecken der Übervölkerung durch die gewaltige Entfaltung der Produktivkräfte einerseits und den gewaltigen Geburtenrückgang in Nordwesteuropa andererseits für die heute führenden Kulturvölker auf die Dauer nicht nur gegenstandslos geworden sind, sondern vielmehr umgekehrt in naher Zukunft bereits ein Rückgang der absoluten Bevölkerung droht.

Im 2. Abschnitt kommt die qualitative Seite der Bevölkerungsbewegung zur Darstellung; die enge und bei dem heute noch herrschenden Laissez-faire unlösbare Verknüpfung des quantitativen mit dem qualitativen Bevölkerungsproblem springt nicht überall scharf genug in die Augen. Das 7. Kapitel, das „den proletarischen Klassenkampf im Lichte der Rassenbiologie“ beleuchtet, verdient besondere Beachtung; die wissenschaftlichen Unterlagen für die Unterwertigkeit des Lumpenproletariats sind zwar noch verhältnismässig schmal, aber doch so beachtenswert, dass sie gerade das kämpfende Proletariat zu einer Neuorientierung in der Sozialpolitik und im Ausbau der sozialen Hygiene zwingen.

Das Buch verdient weite Verbreitung im sozialistischen Lager, auch wenn vieles in der Betrachtungsweise, Materialauswertung und Zielsetzung abgelehnt, anderes modifiziert werden muss; es kann — recht benutzt — mit den Boden bereiten helfen

für die so notwendige sozialistische Bevölkerungspolitik der Zukunft, ohne die der Sozialismus unerfüllt bleibt. Einzelne Irrtümer sollten jedoch in der hoffentlich bald fälligen Neuauflage ausgemerzt werden, wie z. B. die Angabe, dass die Durchführung des Siedlungsgesetzes in erster Linie am Mangel an geeigneten Siedlern gescheitert sei (s. S. 54), oder die, dass die Franco-Kanadier eine malthusianische Tradition mit nach Kanada gebracht hätten. S. 15. (5 Generationen vor der Grossen Revolution, diese kirchenfrömmsten Katholiken der Erde!)

Max Klessé.

Dr. Georg Flatow und Rich. Joachim: *Arbeitsgerichtsgesetz* vom 23. Dezember 1926 nebst der Verordnung über die Entschädigung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer der Arbeitsgerichtsbehörden vom 24. Juni 1927 und dem Gesetz zur Abänderung des Betriebsrätegesetzes vom 28. Februar 1928. Verlag von Julius Springer, Berlin 1928. 592 Seiten.

An einen Kommentar, den zwei so bedeutende Arbeitsrechtler wie Ministerialrat Flatow und Oberregierungsrat Joachim gemeinsam bearbeitet haben, kann man mit einigen Erwartungen herangehen, um so mehr, als der letztgenannte als zuständiger Referent im Reichsarbeitsministerium an der Schaffung des Arbeitsgerichtsgesetzes hervorragenden Anteil hatte. Diese Erwartungen werden nicht enttäuscht. Der Kommentar nimmt ja auch schon um deswillen gegenüber dem bisherigen Schrifttum zum Arbeitsgerichtsgesetz eine Sonderstellung ein, weil zwischen seinem Erscheinen und der Verabschiedung des Gesetzes ein Zeitraum von etwa $1\frac{1}{4}$ Jahren liegt und infolgedessen in ihm die übrige einschlägige Literatur be-

reits kritisch verwertet werden konnte. Diesen Vorzug besitzt ausser dem Kommentar Flatow-Joachim nur noch der Kommentar Aufhäuser-Nörpel, der bereits in fünfter Auflage erschien, und beschränkt auch die zweite Auflage des Kommentars Dorsch-Volkmar.

In der äusseren Anlage gleicht das Werk dem im gleichen Verlag erschienenen Kommentar zum Betriebsrätegesetz von Flatow. Allerdings vermisst man eine Einleitung und Einführung, die man gerade von diesen Verfassern nicht ungern gesehen hätte. Das Inhaltsverzeichnis beschränkt sich auf die Angabe der Buchabschnitte, demgegenüber wurde zur Erleichterung der Orientierung Wert auf ein ausführliches und gut durchgearbeitetes Sachregister (zusammengestellt von Ministerialamtmanntmann Preszler) gelegt. Einführende und historische Bemerkungen finden sich im übrigen vor jedem Abschnitt.

Die Erläuterungen zum Gesetzestext selbst sind als Ziffernanmerkungen gegeben. Sie stellen die bisher ausführlichste und wissenschaftlich gründlichste Bearbeitung des Gesetzes dar und zeigen eine meisterhafte Beherrschung nicht nur dieses Gesetzesstoffes, sondern des gesamten Arbeitsrechts und der Zivilprozessordnung. Ein solches Werk kann sich natürlich in erster Linie nur wenden an die Wissenschaft und an den praktischen Berufsjuristen. Dem Laien, auch dem Laien-Arbeitsrichter und -Prozessvertreter wird es nicht immer möglich sein, aus der Fülle das Augenblicksnotwendige zu erkennen. Vielleicht wäre in Rücksicht hierauf noch eine Ergänzung möglich, indem nämlich den nur ziffernmässig getrennten Erläuterungen kurze Inhaltsüberschriften vorangesetzt würden.